



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die aktuelle Situation des Sprachenkonflikts in Belgien –
Meinungsanalyse der belgischen Bevölkerung anhand
Internetforen und Zeitungsartikeln

Verfasserin

Rhea-Desirée Drab

angestrebter akademischer Titel

Magistra der Philosophie (Mag. phil)

Wien, im Januar 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 236 346

Studienrichtung lt. Studienblatt: Romanistik Französisch Diplom

Betreuer: Ao. Univ.- Prof. Dr. Peter Cichon

Ich widme diese Arbeit meinen über alles geliebten Großeltern Alois und Maria.

Ohne diese beiden wunderbaren Menschen hätte ich vieles nicht erreichen können.

Ich bin ihnen für ihre Hilfe und Unterstützung unendlich dankbar.

DANKSAGUNG

Ich möchte mich bei meinem Betreuer Herrn Ao. Univ.- Prof. Dr. Peter Cichon bedanken, der mich bei meiner Diplomarbeit unterstützt hat und mir immer weitergeholfen hat, wenn ich nicht weiter wusste.

Des weiteren Danke ich meiner Mutter Helga Drab für ihre Unterstützung sowohl während der Schulzeit als auch während der Studienzeit. Da sie meine Begeisterung für die französische Sprache unterstützt hat und mir den Freiraum gegeben hat, meinen Traum Französisch zu studieren zu verwirklichen.

Zudem möchte ich mich auch bei meinem Opa, Alois Singer, herzlich bedanken, der mich nicht nur finanziell unterstützt hat, sondern mir bei allen meinen Problemen und Sorgen ein offenes Ohr geliehen hat.

Außerdem möchte ich mich bei meiner Tante, Helga Singer bedanken, die ebenfalls immer für mich da war und zudem diese vorliegende Diplomarbeit korrektur gelesen hat.

Ein weiteres Dankeschön an meinen Onkel Gerhard Singer, der mich ebenfalls während meines Studiums immer wieder unterstützt hat und ebenfalls diese Arbeit korrektur gelesen hat.

Des weiteren möchte ich mich bei meiner Freundin Patrizia Kaufmann bedanken, die mir während der Studienzeit eine echte Freundin war und mir nicht nur bei Uniangelegenheiten zur Seite gestanden hat, sondern mir auch im privaten Bereich immer wieder geholfen hat. Durch sie habe ich gelernt, was Freundschaft wirklich bedeutet. Danke.

IL Y A EN BELGIQUE, DES WALLONS ET DES FLAMANDS ;

IL N'Y A PAS DE BELGES.

(Jules DESTRÉE (1912))

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	1
2. HISTORISCHE ENTWICKLUNG BELGIENS UND DIE ENTWICKLUNG DES SPRACHENKONFLIKTS	9
2.1. GESCHICHTE BELGIENS VOR 1830	10
2.1.1. Geschichte und sprachliche Entwicklung unter den Römern, unter den Franken und im Mittelalter.....	10
2.1.2. Die Geschichte der spanischen Niederlande	12
2.1.3. Die österreichischen Niederlande.....	13
2.1.4. Nach den Österreichern die Franzosen.....	14
2.1.5. 15 Jahre vor der Revolution: der Wiener Kongress, seine Entscheidung und die Folgen.....	15
2.2. EIN NEUER STAAT ENTSTEHT – DAS JAHR 1830	17
2.3. BELGIEN BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG (1831-1914).....	19
2.3.1. Der nächste Schritt – eine Verfassung	19
2.3.2. Ein neuer Staat, aber zwei Sprachen – die Sprachenfrage in den ersten Jahren	20
2.3.2.1. Die Flaminganten – Beginn der flämischen Bewegung.....	22
2.3.2.2. Die wallonische Bewegung und die Wallinganten als Reaktion auf die flämische Bewegung	26
2.3.3. Katholiken und Liberale – das Ende einer Union und der Schulstreit.....	26
2.4. BELGIEN IM ERSTEN WELTKRIEG (1914-1918).....	28
2.4.1. Bruch der Neutralität des Königreiches Belgien.....	28
2.4.2. Die Flamenpolitik der Besatzer.....	29
2.5. BELGIEN – ZWISCHEN DEN BEIDEN KRIEGEN (1918 – 1940).....	30
2.5.1. Reformen nach dem Krieg	30
2.5.2. Der Staat und seine nunmehr drei Sprachen – Sprachpolitik und Sprachsituation nach dem ersten Weltkrieg.....	31
2.6. BELGIEN - DAS DÉJÀ-VU (1940-1945).....	35

2.7. BELGIEN SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG (1945-2011)	35
2.7.1. Belgien und die europäischen und internationalen Organisationen	35
2.7.2. Zwei Konflikte nach dem zweiten Weltkrieg	36
2.7.2.1. Erneuter Schulstreit und Schulpakt	36
2.7.2.2. Die Königsfrage	37
2.7.3. 1962 – Das Jahr der Entscheidung	37
2.7.3.1. Entwicklung zu der weitreichenden Entscheidung	37
2.7.3.2. Die endgültige Festlegung der Sprachengrenze und ihre Folgen.....	38
2.7.4. Fünf Staatsreformen und noch immer keine Einigung	42
2.7.5. Die weitere Entwicklung.....	44
3. SPRACHEN UND SPRACHGESETZGEBUNG IN BELGIEN	45
3.1. BELGIEN UND SEINE SPRACHEN	46
3.2. BELGIEN DER FÖDERALSTAAT	47
3.2.1. Die zweifache Gliederung Belgiens	47
3.2.1.1. Die Regionen.....	48
3.2.1.1.1. Die wallonische Region	49
3.2.1.1.2. Die flämische Region	50
3.2.1.1.3. Die Region Brüssel-Hauptstadt.....	50
3.2.1.2. Die Gemeinschaften	51
3.2.2. Die Sprachregionen	53
3.3. SPRACHGESETZGEBUNG IN BELGIEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES FRANZÖSISCHEN.....	54
3.3.1. Die Sprachen in der belgischen Verfassung.....	54
3.3.2. Die Zuständigkeiten der Gemeinschaften	56
3.3.3. Die Sprachgesetzgebung im Gerichtswesen	58
3.3.4. Die Sprachgesetzgebung in der Verwaltung	60
3.3.5 Die Sprachgesetzgebung im Unterrichtswesen	61
3.3.5.1. Die Wallonie und Flandern	61
3.3.5.2. Brüssel	62

3.3.6. Die Sprachgesetzgebung in den Gemeinden mit Spracherleichterungen.....	65
3.3.6.1. Die Wallonie und ihre Gemeinden mit Spracherleichterungen	65
3.3.6.2. Flandern und seine Gemeinden mit Spracherleichterungen.....	66
4. DIE AKTUELLE SITUATION DES SPRACHENKONFLIKTS IN BELGIEN – VON EINER STAATSKRISE ZUR NÄCHSTEN.....	67
4.1. DER BEGINN DER POLITISCHE KRISE IN BELGIEN – DIE PARLAMENTSWAHLEN DES JAHRES 2007 UND DIE ERSTE STAATSKRISE.....	67
4.1.1. Der lange Weg bis zur Angelobung der neuen Regierung	67
4.1.2. Eine neue Regierung – aber nur von kurzer Dauer	70
4.1.3. Wieder eine neue Regierung – wird diese lange bestehen?	72
4.2. BELGIEN OHNE REGIERUNG – DIE NÄCHSTE STAATSKRISE.....	74
4.2.1. Die vorgezogenen Neuwahlen und die Suche nach einem Premierminister	74
4.2.2. Endlich der erste Schritt zum Ende der Regierungskrise	77
4.2.3. Die sechste Staatsreform in Belgien – Ist ein Ende des Streits in Sicht?	79
4.2.4. Ein neuer Weltrekord	81
5. DER EWIGE ZANKAPFEL: BRÜSSEL-HALLE-VILVOORDE.....	85
5.1. ZUSAMMENSETZUNG VON BHV	85
5.2. RECHTE DER FRANKOPHONEN IN BHV UND DIE DAMIT VERBUNDENEN PROBLEME	86
5.2.1. Exkurs: Die Wahlkreise in Belgien	86
5.2.2. Der Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde	88
5.3. GESCHICHTE VON BHV	89
5.3.1. Die Anfänge und die Entwicklung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts	89
5.3.2. BHV soll aufgespalten werden – Der große Zankapfel	92
5.3.3. Aufspaltung von BHV – die lang ersehnte Lösung für ein jahrelanges Problem	93
6. DIE BELGIER UND DER SPRACHENKONFLIKT	95
6.1. MEINUNGEN UND KOMMENTARE ZUR REGIERUNGSKRISE IN BELGIEN.....	96
6.2. MEINUNGEN ZUM THEMA „EIN FRANKOPHONER UND SOZIALIST ALS BELGISCHER PREMIERMINISTER“	101
6.3. MEINUNGEN ZUR NEUEN REGIERUNG UNTER ELIO DI RUPO	105
6.4. MEINUNGEN UND KOMMENTARE ZUR AUFSPALTUNG DES EWIGEN ZANKAPFELS BHV	110

7. DIE ZUKUNFT BELGIENS – IST BELGIEN AM ENDE?	115
8. SCHLUSSWORT	119
9. RESUME EN FRANÇAIS.....	129
10. BIBLIOGRAFIE	145
10.1. BÜCHER.....	145
10.2. INTERNETQUELLEN.....	147
10.3. ZEITUNGSARTIKEL.....	148
10.4. INTERNETFOREN	152
12. LEBENSLAUF	155

1. EINLEITUNG

Belgien ein „unauffälliges Land“¹, so lautet ein Teil des Untertitels des Buches „Belgien für Deutsche – Einblicke in ein unauffälliges Land“ von Marion Schmitz-Reiners. Belgien ist ein kleines Land, das ist wahr, aber unauffällig ist es nicht wirklich, denn es machte immer wieder Schlagzeilen mit seinen Regierungskrisen der letzten vier Jahre, und mit der Tatsache, dass sich die Angehörigen der beiden Sprachgemeinschaften, also die Flamen und die Wallonen nicht verstehen und es immer wieder zu Konflikten wegen der unterschiedlichen Sprachen kommt.

Doch warum möchte ich mich in meiner Diplomarbeit gerade mit dem Streit zwischen den Flamen und den Wallonen auseinandersetzen? Der Grund dafür ist, dass mich das Land ansich einfach interessiert und auch fasziniert. Durch eine Reise in der Maturaklasse des Gymnasiums hatte ich den ersten Kontakt mit Belgien. Im Rahmen eines Projekts in Geografie haben wir uns mit der Europäischen Union, deren Geschichte und auch deren Institutionen näher befasst. Daher sind wir für fünf Tage nach Brüssel gefahren um uns zwei wichtige Organe der Europäischen Union anzusehen: das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Dazwischen hatten wir aber genug Zeit drei Städte zu erkunden: Brüssel, Antwerpen und Brügge. Vor allem Brügge hat mich fasziniert. In weiterer Folge habe ich im Rahmen meines Romanistik Französisch Diplomstudiums in einer Vorlesung von Ass.-Prof. i. R. DDr. Siegfried Loewe einiges über die Geschichte dieses kleinen Landes erfahren und damit war es für mich endgültig klar, dass ich meine Diplomarbeit über Belgien und seine Geschichte schreiben möchte. Dass ich mich mit dem Sprachenkonflikt auseinandersetzen werde, habe ich erst in der Planungsphase der Diplomarbeit beschlossen.

Ich möchte nun ein wenig auf Belgien im Allgemeinen eingehen. Belgien ist mit einer Fläche von 30 528 Quadratkilometern im Vergleich zu Frankreich, Spanien und Deutschland ein relativ kleines europäisches Land. Dennoch handelt es sich dabei nicht nur um irgendeinen westeuropäischen Staat, sondern mit seiner Hauptstadt Brüssel ist es ein besonders wichtiger europäischer Staat. Denn Brüssel ist die Hauptstadt Europas, welche sowohl das Europäische Parlament, als auch die Europäische Kommission, zwei wichtige Organe der Europäischen Union, beheimatet. Zudem ist es eines der Gründungsmitglieder der heutigen Europäischen Union.

¹ Schmitz-Reiners,

Die Einwohnerzahl Belgiens beträgt rund 10,8 Millionen, das sind rund zwei Millionen Einwohner mehr als Österreich hat. Es ist aber, wie ich eingangs bereits erwähnt habe, bei weitem aber nicht der Fall, dass die Belgier eine homogene Gruppe bilden. Anders ausgedrückt setzt sich die belgische Bevölkerung aus den Flamen, den Wallonen und den deutschsprachigen Bewohnern zusammen. Die Deutschsprachigen bilden lediglich eine Minderheit, die im Osten des Landes an der Grenze zu Deutschland lebt. Aus diesem Grunde werde ich in der vorliegenden Diplomarbeit die deutschsprachige Gemeinschaft nicht weiter erwähnen, sondern mich hauptsächlich auf die Flamen und die Wallonen konzentrieren. Schon im Jahre 1912 hat Jules Destrée in einem Brief an den König folgendes geschrieben:

“Et maintenant que me voilà introduit auprès de Vous, grâce à cette sorte de confession, laissez-moi Vous dire la vérité, la grande et horrificante vérité : "Il n'y a pas de Belges, mais des Wallons et des Flamands." ²

In diesem Brief sagt er, dass es in Belgien keine Belgier gibt, sondern nur Flamen und Wallonen. Damit bringt er zum Ausdruck, dass diese beiden Sprachgruppen keine Einheit bilden und auch keine gemeinsame Identität haben. Es ist folglich schon am Beginn des 20. Jahrhunderts klar, dass Belgien kein Staat ist, in dem die Bevölkerung die gleichen Ziele verfolgt.

Diese hier vorliegende Diplomarbeit hat, wie der Titel bereits sagt, den Sprachenkonflikt in Belgien zum Thema. Bei diesem Sprachenkonflikt handelt es sich hauptsächlich um einen flämisch-wallonischen Konflikt, der dazu führte, dass in den letzten Jahren eine Regierung nach der anderen zerbrochen ist und, dass das Land im Laufe der Zeit einfach unregierbar geworden ist, und infolgedessen es auch immer komplizierter wurde eine Einigung zwischen den beiden großen Sprachgruppen zu erzielen. Denn beide Gruppen stellen unterschiedliche Forderungen. Während es den Flamen darum geht, Belgien immer mehr zu einem Föderalstaat zu machen, in dem Flandern die größt mögliche Autonomie in allen Bereichen hat, geht es den Wallonen darum den Staat zu erhalten und auch darum, dass der Bundesstaat einen Großteil der Kompetenzen inne hat. Belgien ist seit der Staatsreform von 1993 ein Bundesstaat. Aus diesem Grund lehnt die jeweils andere Sprachgemeinschaft die Forderungen der anderen ab und es wird einfach unmöglich eine Einigung zu erzielen.

² http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_histoire.htm [Zugriff: 31. Dezember 2011]

Ein weiterer Konflikt betrifft die Transferzahlungen der Flamen an die Wallonie, ohne die die Wallonie nur schwer überleben kann. Das stört wiederum die Flamen, die nicht einsehen wollen, warum sie der Wallonie etwas von ihrem Reichtum überlassen sollen. Wobei die Flamen wiederum zu vergessen scheinen, dass zu Beginn der Existenz des belgischen Staates die Verteilung des Reichtumes genau anders herum gewesen ist, also, dass die Wallonie das reiche Gebiet war und Flandern finanziell unterstützt hat. Ein weiterer Konfliktpunkt ist, dass es in beiden Sprachgemeinschaften auch Minderheiten der anderen Sprachgruppe gibt, welche darauf bestehen, dass sie ihre Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verwenden können. Diese Minderheiten der anderen Sprache leben meist in Gemeinden mit Spracherleichterungen, den sogenannten Communes à facilités. Dabei handelt es sich um Gemeinden, in denen die Bewohner die nicht die auf dem betreffenden Territorium vorherrschende Sprache sprechen, sondern die andere Staatssprache, das Recht haben beispielsweise in ihrer Sprache verwaltet zu werden, und sie können ihre Sprache auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens verwenden. Hier betrifft der Konflikt vor allem die Tatsache, dass die Flamen und die Wallonen jeweils anderer Ansicht in Bezug auf den Status der Gemeinden mit Spracherleichterungen sind. Damit ist gemeint, dass die Wallonen das als einen Dauerzustand sehen. Die Flamen sind aber der Ansicht, dass es sich dabei lediglich um eine Übergangslösung handeln sollte, die es den Bewohnern, die zwar in Flandern leben aber frankophon sind, erleichtern soll sich zu integrieren. Damit sie beginnend mit der endgültigen Festlegung der Sprachengrenze im Jahre 1963 die Möglichkeit haben, sich genügend Kenntnisse der niederländischen Sprache anzueignen. Die Flamen sehen diese Gemeinden mit Spracherleichterungen als eine Verletzung des Territorialitätsprinzips an, das besagt, dass man in Flandern nur Flämisch im öffentlichen Leben spricht.

Ein weiteres Problem das den Konflikt zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften in Belgien schürt ist die Auffassung über die jeweils andere Sprache. Während die Flamen gerne Französisch lernen und in den Schulen das Maximum an Französischstunden absolvieren, sind die Wallonen kaum bereit sich das Flämische anzueignen, denn sie sind der Meinung, dass sie das Französische in allen Bereichen des Lebens verwenden können.

Der Konflikt zwischen den beiden Sprachgruppen rührt aber auch daher, dass in den ersten Jahren nach der Gründung des Staates Belgien die Frankophonen nur das Französische als die einzige offizielle Staatssprache angesehen haben und, dass sie die Sprecher der flämischen Sprache dadurch benachteiligt und auch aus einigen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen haben. Erst im Jahre 1898 kommt es zur offiziellen Anerkennung des

Niederländischen in Belgien. Und nach und nach hat sich das Niederländische in Flandern dann in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verbreitet. Aber darauf werde ich Verlauf dieser Arbeit noch näher eingehen.

Ich möchte nun auf mein Erkenntnisinteresse für diese vorliegende Diplomarbeit näher eingehen. Zum einen geht es mir darum näher zu erläutern warum sich die Flamen und die Wallonen fortwährend streiten und dieses kleine Land nicht endlich zur Ruhe kommen kann, indem sich die beiden Sprachgemeinschaften auf einen gemeinsamen Weg einigen können. Zum anderen möchte ich auch auf die aktuelle Situation in Belgien eingehen, vor allem auf die Regierungskrisen von 2007 und 2010/2011. Hierbei geht es mir vor allem darum näher zu erläutern, warum die Regierungen so oft zerbrechen und woran es liegt, dass die Koalitionsverhandlungen immer länger dauern und es kaum gelingt eine Einigung zu erzielen. Bei der Beschreibung und Analyse dieser Regierungskrisen stütze ich mich hauptsächlich auf Zeitungsartikel. Bei diesen Zeitungsartikeln handelt es sich in erster Linie um Artikel aus dem Internet. Sie stammen sowohl aus der deutschsprachigen als auch aus der französischsprachigen Presse. Es handelt sich hierbei um unterschiedliche Zeitungen, wie beispielsweise le Soir, la Libre Belge, le Monde, l'Express, die Zeit, die Presse, der Standard, der Spiegel online, Faz, www.20minutes.fr und andere. Die Auswahl erfolgte hier willkürlich, je nachdem welche Artikel ich bei meiner Recherche gefunden habe.

Desweiteren gilt mein Erkenntnisinteresse der Frage, was es mit dem Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) auf sich hat. Auch hier stütze ich mich auf Internetquelle. Was die Geschichte von BHV anbelangt, beziehe ich mich auf die Zeitung le Soir und die Internetseite <http://bruxelleshalvilvorde.be/>. Bei der neueren Entwicklung verwende ich wieder diverse Zeitungsartikel, welche sich mit diesem Thema beschäftigen.

Neben der aktuellen geschichtlichen Entwicklung gilt mein Erkenntnisinteresse ebenfalls der Frage, was die Belgier über diverse Themen die Regierungskrisen betreffend denken. Ich möchte hierbei auf vier Themen eingehen und bei diesen werde ich mir ein paar Meinungen ansehen und diese in Bezug zu meiner Arbeit und meinen Erkenntnissen setzen und versuchen zu erläutern warum die Leute das denken. Die Meinungen der Belgier beziehe ich einerseits aus zwei Foren, zum einen das Forum „Bruxelles-Francophone“ und zum anderen das Forum der belgischen Tageszeitung „Le Soir“. Zum anderen habe ich mir auch Kommentare zu den betreffenden Themen zu Zeitungsartikeln angesehen. Diese Kommentare stammen zu Artikeln aus den Zeitungen Le Soir und le Vif.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich keinerlei Kenntnisse der flämischen Sprache habe und daher nur Meinungen ansehen konnte, die auf Französisch verfasst wurden und ich mir keine flämischen Zeitungsartikel zur aktuellen Regierungskrise ansehen konnte. Daher handelt es sich hauptsächlich um eine Betrachtung der Ereignisse von der Seite der Frankophonen.

Ich möchte nun den Aufbau meiner Arbeit näher skizzieren und jedes Kapitel ein wenig zusammenfassen.

Im ersten Kapitel dieser Arbeit werde ich mich mit der geschichtlichen Entwicklung Belgiens befassen. Dabei werde ich nicht erst bei der Staatsgründung beginnen, sondern bereits bei den Römern. Belgien ist vor seiner Staatsgründung nicht immer unter der gleichen Herrschaft gewesen und die Gebiete haben immer wieder zu anderen Herrschaftsgebieten gehört. Zuerst bildeten die Gebiete die spanischen Niederlande. In weiterer Folge beherrschte die österreichische Linie der Habsburger das Gebiet, und nach den Österreichern waren es die Franzosen, welche dieses Gebiet okkupierten. Fünfzehn Jahre vor der Staatsgründung wurde auf dem Wiener Kongress beschlossen, dass die nördlichen und die südlichen Niederlande nun einen gemeinsamen Staat bilden sollen, welcher von Wilhelm I aus dem Hause Oranien regiert wurde. Doch diese Einheit hielt nicht lange, denn die Unterschiede zwischen den beiden Gebieten sind im Laufe der Geschichte immer größer geworden und daher hat es immer wieder Konflikte gegeben. Wilhelm I hat zudem versucht, das Niederländische durchzusetzen, aber das Französische war dennoch die vorherrschende Sprache. Aber Wilhelm I strebte an, dass im Norden niederländisch gesprochen wurde und im Süden französisch. Dennoch hielt dieser gemeinsame Staat nur fünfzehn Jahre. Eine Revolution führte dazu, dass zwei neue Staaten entstanden, die Niederlande und Belgien. In Belgien gab es nun aber die niederländisch sprechenden Flamen und die frankophonen Wallonen. In den ersten Jahren kam es auch zu den ersten Sprachgesetzen, die dazu führten, dass nicht mehr nur wie zu Beginn des Staates Belgien französisch die einzige Staatssprache war, sondern auch das Niederländische, auch als das Flämische bezeichnet, im öffentlichen Leben Anwendung fand. Belgien wurde als neutraler Staat gegründet, aber die Neutralität wurde während der beiden Weltkriege jeweils von den Deutschen missachtet und unter der Herrschaft der Deutschen wurde jedes Mal eine Sprachpolitik zu Gunsten der Flamen betrieben, was den Frankophonen sehr missfiel. Nach der Beschreibung der Zeit der beiden Weltkriege werde ich auf die Königsfrage und die endgültige Festlegung der Sprachengrenze eingehen. Am Ende

dieses Kapitels werde ich auf die fünf Staatsreformen eingehen, die dazu geführt haben, dass die Gemeinschaften gegründet wurden und Belgien ein Bundesstaat wurde.

Das nächste Kapitel behandelt Belgien, seine Sprachen und die Sprachgesetzgebung. Ab Beginn dieses Kapitels werde ich näher darauf eingehen, welche Sprachen in Belgien gesprochen werden. Danach werde ich mich der Tatsache widmen, dass Belgien sowohl in Regionen als auch in Gemeinschaften gegliedert ist und beschreiben welche Regionen und Gemeinschaften es gibt. Als dritten und letzten Punkt in diesem Kapitel werde ich auf die Sprachgesetzgebung eingehen. Zum einen werde ich beschreiben, was die Verfassung dazu sagt, nämlich, dass es in ganz Belgien eine freie Sprachenwahl gibt, doch es wird einschränkend gesagt, dass diese durch Gesetze geregelt werden kann. Darauf werde ich in diesem Unterpunkt eingehen. Ich werde mich hierbei vor allem auf drei Bereiche stützen: diese sind das Gerichtswesen, die Verwaltung und das Schulwesen. Ich habe mich für diese drei Bereiche entschieden, weil ich finde, dass diese drei Bereiche alle Belgier betreffen und daher für alle wichtig sind. Am Ende dieses Unterpunktes werde ich auf die Sonderrechte eingehen, welche die Belgier haben, welche in Gemeinden mit Spracherleichterungen ansässig sind.

In weiterer Folge werde ich im nächsten Kapitel darauf eingehen, wie sich Belgien seit dem Jahre 2007 entwickelt hat. Und wie seit diesem Zeitpunkt Belgien von einer Regierungskrise in die nächste kam. Dabei werde ich vor allem auf die lange Dauer der Regierungsbildung eingehen und auf die Tatsache, dass zuerst Leterme der Premierminister war, bereits im Juli 2008 sein Amt als Premierminister niederlegen wollte, dies aber vom König abgelehnt wurde. Aber am 19. Dezember 2008 musste Leterme wegen der Fortigate Affäre den Posten als Premierminister endgültig räumen. Seine Nachfolge trat Herman van Rompuy an. Seine Regierung hielt knapp ein Jahr, dann wurde er zum Präsidenten des Europäischen Rates ernannt. Yves Leterme trat seine Nachfolge an. In diesem Kapitel werde ich auch auf die Regierungskrise aus dem Jahre 2010/2011 eingehen. Mit den vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2010 stürzte Belgien in die tiefste Staatskrise und erhielt einen Eintrag im Guinness Book of Records. Wobei ich gleich vorweg nehme, dass ich aufgrund der schnellen Abfolge der Ereignisse nur bis zur Angelobung der Regierung unter Elio di Rupo eingehen werde. Die weitere Entwicklung werde ich in dieser Diplomarbeit nicht mehr berücksichtigen können.

In Punkt 5 dieser Arbeit werde ich auf die Probleme rund um BHV eingehen, die die politische Atmosphäre in Belgien immer wieder vergiftet haben und zu einigen

Regierungskrisen geführt haben. Bei Brüssel-Halle-Vilvoorde handelt es sich um den einzigen sprachregionenübergreifenden Wahlbezirk des Landes Belgien. Zuerst werde ich auf die Sonderrechte der Frankophonen in Bezug auf das Wahlrecht und die Sprachverwendung vor Gericht eingehen. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels werde ich auf die geschichtliche Entwicklung von BHV eingehen, welcher nicht erst 1963 mit der Ziehung der Sprachengrenze geschaffen wurde, sondern bereits im 19. Jahrhundert existierte. Danach werde ich darauf eingehen wie die heutige Lösung lautet, die dazu führte, dass BHV gespalten wurde. Das bedeutet einen Sieg für die Flamen, die damit das Territorialitätsprinzip in wenigstens 29 Gemeinden von Halle-Vilvoorde durchsetzen können.

Ein weiteres Kapitel dieser Diplomarbeit wird eine Meinungsanalyse sein. Ich werde mich bei dieser auf vier Themen konzentrieren. Das erste Thema ist die Regierungskrise. Die weiteren Themen werden der neue Premierminister Elio di Rupo und seine Regierung sein. Der letzte Punkt wird die Lösung rund um BHV sein.

Das letzte Kapitel dieser Arbeit widme ich der Zukunft Belgiens und ich werde darauf eingehen, welche Möglichkeiten für Belgien bestehen. Es gibt die Möglichkeit des Weiterbestehens Belgiens, die Frage ist aber in welcher Form. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass Belgien zerfällt, und hier stellt sich dann die Frage wie dieser Zerfall aussehen wird. Ob es zwei unabhängige Staaten geben wird, oder ob sich die Wallonie an Frankreich angliedert. Bei einer Aufspaltung wird aber die Frage bezüglich der Zugehörigkeit von Brüssel ein großes Problem bilden, denn sowohl die Wallonen, als auch die Flamen beanspruchen Brüssel für sich. Die unterschiedlichen Lösungsvorschläge werde ich in Punkt 7 näher erläutern.

2. HISTORISCHE ENTWICKLUNG BELGIENS UND DIE ENTWICKLUNG DES SPRACHENKONFLIKTS^{3 4}

5 6 7 8 9

Dieses Kapitel widmet sich, wie der Titel bereits sagt, der Geschichte Belgiens und der Entstehung des Sprachenkonflikts, den die hier vorliegende Diplomarbeit in den folgenden Kapiteln untersuchen möchte. Doch hier stellt sich gleich einmal die Frage wo die Geschichte Belgiens eigentlich beginnt. Die schlichteste Antwort auf diese Frage wäre, dass die Geschichte Belgiens mit der Staatsgründung beginnt, in diesem Fall wäre das das Jahr 1830, das Jahr der Revolution die zur Entstehung des belgischen Staates geführt hat. Vor diesem wichtigen Jahr in der belgischen Geschichte gab es Belgien in dem Sinne noch nicht, sondern die Gebiete des heutigen Belgien standen unter unterschiedlicher Herrschaft. So beispielsweise unter der Herrschaft der Habsburger oder auch Frankreichs. Aber so einfach ist die Geschichte nicht, denn die Wurzeln des heutigen Sprachenkonflikts in Belgien zwischen den Sprechern der französischen Sprache und den Sprechern der flämischen Sprache liegen weit vor dem Jahr 1830.

Der Sprachenkonflikt prägt den belgischen Staat nicht nur im 21. Jahrhundert, sondern er dauert schon seit Jahrzehnten an. Besser gesagt, der Sprachenstreit existierte bereits seit der Staatsgründung Belgiens. Der Grundstein dieses Sprachenkonflikts zwischen den Flamen und den Wallonen wurde bereits vor der Staatsgründung gelegt und aus diesem Grund widme ich das erste Unterkapitel der Geschichte Belgiens vor der Staatsgründung, denn es ist mir ein Anliegen, die Wurzeln dieses immerwährenden und nach wie vor andauernden Sprachenstreites zu erläutern. Denn dadurch sind der weitere Verlauf der Geschichte Belgiens und vor allem die Auseinandersetzungen zwischen den Flamen und den Wallonen besser zu verstehen. Der Grund dafür, dass die Flamen heute so auf ihrem Recht bestehen, findet sich ebenfalls am Beginn der Entstehung des belgischen Staates und dessen Vorgeschichte.

³ vgl. Koll, 2007, Seite 5 - 45

⁴ vgl. Blampain, 1997, Seite 433 - 448

⁵ vgl. Kramer, 1984, Seite 57 - 155

⁶ vgl. Koll, 2005

⁷ vgl. Hecking, 2003, Seite 25-65

⁸ vgl. http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_histoire.htm [Zugriff: August 2011]

⁹ vgl. Erbe, 1993

2.1. Geschichte Belgiens vor 1830

2.1.1. Geschichte und sprachliche Entwicklung unter den Römern, unter den Franken und im Mittelalter

Im Jahre 57 vor Christus kommen die Römer im Verlauf der gallischen Kriege, die zwischen 58 vor Christus und 50 vor Christus stattfinden, in den belgischen Raum. Genauer gesagt ist es Gaius Julius Caesar der dieses Gebiet erobert. Dieses Gebiet erhält die Bezeichnung Gaule belge und es umfasst die Gebiete zwischen der Nordsee, der Seine und der Marne. Es ist aber bei weitem nicht so, dass die Römer die ersten Siedler in diesem Gebiet sind, denn schon vorher war das Gebiet von germanischen und keltischen Völkern besiedelt. Bereits sechs Jahre nach der Eroberung, im Jahre 51 vor Christus, wird das Gebiet zu einer römischen Provinz erhoben, der Gallia Belgica, welche einen Teil der Schweiz, den Norden Frankreichs und Gebiete bis in die Niederlande umfasst.

Durch die Eroberung durch die Römer wird in dieses Gebiet die lateinische Sprache gebracht, welche im Laufe der Zeit die Sprachen der einheimischen Völker, also das Germanische und das Keltische, verdrängt. Wobei es wichtig ist hervorzuheben, dass der Prozess der Romanisierung nicht in allen Gebieten gleich stark verläuft. Anders ausgedrückt wird der Süden stärker romanisiert als der Norden, in den Städten erfolgt die Romanisierung intensiver als auf dem Lande.

Die römische Herrschaft hält sich einige Zeit, aber bereits im 3. beziehungsweise im 4. Jahrhundert kommen die Franken und besiedeln vor allem das Gebiet des heutigen Flandern. Die Sprache der Franken ist eine germanische Sprache, welche im Norden Verbreitung findet, nicht aber im Süden und Südosten.

Was die Sprachgrenze betrifft, welche heute die Wallonie und Flandern voneinander trennt, entsteht diese im Mittelalter. Es ist aber wichtig hervorzuheben, dass es sich dabei nur ungefähr um die heutige Sprachgrenze handelt und, dass es entlang dieser Grenze Randgebiete gibt, welche sprachlich nicht homogen sind, es also eine Mischung der Sprachen gibt. Erst im Mittelalter lösen sich diese gemischten Randgebiete auf. Zudem bleibt das Latein weiterhin die Sprache in der Verwaltung und in der Rechtsprechung.

Im Jahre 843 erfolgt die Aufteilung des Frankenreiches auf die Söhne des drei Jahre zuvor verstorbenen Ludwig des Frommen. Diese Aufteilung wird im Vertrag von Verdun festgelegt. Karl der Kahle bekommt Westflandern, also die Gebiete westlich der Schelde und das

Westfrankenreich. Lothar erhält das Gebiet im Osten der Schelde. Der dritte Sohn Ludwigs des Frommen wird Herrscher des Ostfrankenreiches. Es soll aber keinesfalls unerwähnt bleiben, dass diese Reichsteilung nicht auf Grund von sprachlichen Gegebenheiten erfolgte, sondern es sind politische Beweggründe die dazu führen. Die Gebiete des heutigen Belgien befinden sich folglich in unterschiedlichen Händen.

Im Mittelalter entstehen in dem Gebiet mehrere kleine Gebiete die autonom sind, wie beispielsweise Fürstentümer, Herzogtümer und Grafschaften. Zu den entstehenden Herzogtümern gehören Brabant, Luxemburg und Limburg und zu den Grafschaften, die entstehen, zählen Flandern, Hennegau, Namur und Brüssel. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Grafschaft Flandern bis ins 15. Jahrhundert als Lehnsgbiet Frankreich gehört. Ein bedeutendes Datum in der Geschichte Flanderns ist der 11. Juli 1302 an dem die Goldsporenschlacht (*la bataille des Éperons d'or*) stattfindet, in der es einigen flämischen Städten gelingt die Franzosen zu besiegen. Auch heute noch feiert die flämische Gemeinschaft diesen Tag. Doch dieser Kampf ist nicht der einzige Kampf gegen die französischen Lehnsherren. So verlieren die Flamen 26 Jahre später im *Bataille de Cassel* gegen die Franzosen. Obwohl die Flamen diese Niederlage gegen die Franzosen einstecken müssen, hören sie nicht damit auf, nach ihrer Autonomie zu streben. So bekommen die Flamen mehr Autonomie, indem sie höhere Steuern zahlen. Die Flamen bilden eine Koalition mit den Engländern und so gelingt es ihnen im Jahre 1340 die Franzosen erneut zu besiegen.

Philipp der Kühne heiratet im Jahre 1369 die Erbin des Grafen von Flandern. Im Jahre 1384 fallen die Gebiete an das Haus Burgund, damit ist das Gebiet der heutigen Benelux Staaten fast vollständig politisch vereint. In dieser Zeit wird begonnen das Französische in den Teilen des Gebietes in denen Niederländisch gesprochen wird, in der Verwaltung zu verwenden. Zudem wird das Französische zu einer Prestigesprache. Außerdem will man das Land vereinheitlichen und um das zu erreichen werden Institutionen geschaffen.

Zwischen den Jahren 1419 und 1467 herrscht Philipp III der Gute und in dieser Zeit gelingt es, dass alle Fürstentümer der Niederlande an das Hause Burgund angegliedert werden.

Die Herrschaft des Hauses Burgund über dieses Gebiete endet im Jahre 1477 durch den Tod des letzten burgundischen Herzogs, Karl dem Kühnen. Seine Tochter Maria von Burgund heiratet im selben Jahr Maximilian I. von Österreich und somit fallen die belgischen Provinzen an das Haus Habsburg. Philipp der Schöne, der Sohn von Maximilian I und Maria von Burgund, bekommt im Jahre 1493 die Herrschaft über die Niederlande. Philipp der

Schöne heiratet die Erbin des spanischen Königshauses und sie haben einen gemeinsamen Sohn, nämlich Karl V. Als Philipp der Schöne im Jahre 1506 stirbt, ist es seine Schwester Margot von Österreich welche die Regentschaft über die Niederlande bis zum Jahr 1530 ausübt.

2.1.2. Die Geschichte der spanischen Niederlande

Im Jahre 1548 gelingt es Karl V, zum damaligen Zeitpunkt Herrscher der Niederlande, die 17 Provinzen an sein Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation anzugliedern. In einigen dieser Provinzen wird germanisch gesprochen und in anderen wird eine romanische Sprache gesprochen. Diese Provinzen sind beispielsweise Flandern, Antwerpen, Limburg, Luxemburg, Holland, Utrecht, Artois, Namur, Brabant und Hennegau um nur ein paar zu nennen. Neben Herrscher der Niederlande ist Karl V auch der König von Spanien, wobei die Niederlande und Spanien keine politische Einheit bildeten.

Karl V. dankt im Jahre 1555 zu Gunsten seines Sohne Philipp II ab. Philipp führt die Politik seines Vaters weiter, aber vor allem was die Religion betrifft ist er wesentlich strenger als sein Vater. Um der Reformation entgegen treten zu können, versucht Philipp II die Anzahl der Bistümer zu vergrößern. In den Niederlanden, die ab diesem Zeitpunkt als spanische Niederlande bezeichnet werden, kommt es zu einem Aufstand, da Philipp II in Sachen Religion nicht nachgeben will. Zudem regiert er absolutistisch und er tritt für eine Zentralisierung ein. In der Folge kommt es dazu, dass sich Seeland und Holland abtrennen. Seeland, Holland und andere niederländischen Provinzen schließen im Jahre 1576 die Genter Pazifikation. Damit vereinbaren die Unterschreibenden, dass sie gemeinsam gegen die spanische Herrschaft kämpfen. Eine Zusammenarbeit ist aber nicht auf Dauer möglich, da der Norden Calvinistisch und Flandern katholisch ist. Hier sieht man bereits dass sich der Norden und der Süden immer mehr voneinander entfremden.

Im Jahre 1579 bilden die Provinzen des Nordens die Utrechter Union, damit wird der Grundstein für die Republik der Sieben Vereinigten Provinzen gelegt. Bei weitem ist es aber nicht so, dass diese Republik sofort Anerkennung findet, sondern erst im Jahre 1648 mit dem Westfälischen Frieden wird diese Republik der Vereinigten Niederlande von den Spaniern anerkannt.

Gent, Ypern, Mechelen, Brüssel und Antwerpen kämpfen im Jahre 1583 noch gegen die Spanier, aber bereits ab diesem Jahr belagern die Spanier Antwerpen, welches zwei Jahre später aufgibt. Somit schaffen es die Spanier den Widerstand der sich gegen ihre Herrschaft

im Süden formiert hat zu durchbrechen. Die Folge des Sieges der Spanier ist eine Auswanderungswelle in den Norden.

Im Vertrag von Munster aus dem Jahre 1648 wird festgelegt, dass Teile von Flandern, also Flandre zélandaise, der Norden von Brabant und Gebiete von Overmaas an die Republik der Vereinigten Niederlanden abgetreten werden müssen.

In der Zeit der spanischen Niederlande ist das Französische die Prestigesprache. So ist es auch notwendig, dass die flämischen Adeligen Französisch sprechen, wenn sie Hofbeamte sind, damit sie auch als solche anerkannt werden. Auch im schriftsprachlichen Bereich ist es das Französische das sich durchsetzt, und so ist es auch der Fall, dass nur die französischen Texte Gültigkeit haben. Zudem ist auch zu beobachten, dass die flämische Bourgeoisie sich nicht nur im öffentlichen Leben des Französischen bedient, sondern auch vermehrt im privaten Bereich das Französische anstelle des Niederländischen verwendet. Französisch ist in dieser Zeit die Weltsprache und so wird es auch in Flandern und in Brabant immer wichtiger.

Obwohl sich die Bewohner in diesem Gebiet gegen die spanische Herrschaft wehren und es immer wieder zu Aufständen und Kriegen kommt, bleiben die Gebiete, außer der Republik der Vereinigten Provinzen, also der Norden, bis zum Jahre 1713 als spanische Niederlande unter der spanischen Herrschaft. Mit dem Frieden von Utrecht, der den Spanischen Erbfolgekrieg beendet, der von 1701 bis 1713 in Spanien geherrscht hat, verlieren die Spanier die spanischen Niederlande, welche nun an den österreichischen Zweig der Habsburger übergeben werden.

2.1.3. Die österreichischen Niederlande

Unter der Herrschaft der österreichischen Linie der Habsburger ändert sich die Sprachsituation für die Flamen deutlich. So setzt sich die französische Sprache in dieser Zeit durch und Mitteilungen werden auch an die flämischen Gemeinden nur noch auf Französisch herausgegeben. Wichtig anzumerken ist aber dennoch, dass sich das Französische nicht gleich zu Beginn der österreichischen Herrschaft gegenüber dem Spanischen und den anderen Sprachen durchsetzt, sondern dieser Prozess nur langsam voranschreitet. Bis zum Jahre 1740 verwendet der Conseil des Pays-Bas in Wien das Spanische weiterhin als Verkehrssprache. Doch das Französische setzt sich in der zentralen Verwaltung immer mehr durch und das nicht nur auf Kosten des Spanischen, sondern auch die diversen Regionalsprachen, die auf dem Territorium des heutigen Belgien gesprochen werden, werden verdrängt und nur noch in den belgischen Städten verwendet.

Ist Maria Theresia bei der Durchführung von Reformen eher bedachtsam, so ändert sich das unter der Herrschaft ihres Sohnes Joseph II. Einerseits ist er gewillt aus den Gebieten, die unter seiner Herrschaft stehen, einen zentralisierten deutschen Staat zu machen und er strukturiert die Verwaltung in den südlichen Niederlanden um. Sein Vorbild dafür ist das französische Modell. Die deutsche Sprache wird in der Verwaltung in seinem Gebiet eingeführt und er ist auch gegen die Privilegien, welche die Fürstentümer haben.

Wenn ein Flamen in dieser Zeit in der Verwaltung in Brüssel einen guten Posten haben möchte, so muss er der französischen Sprache mächtig sein, obwohl die Sprecher des Französischen in der Hauptstadt nur eine Minderheit sind. Was die Sprachverteilung in der Bevölkerung betrifft, so ist es der Fall, dass die Sprecher des Französischen eine reiche Minderheit bilden. Ihnen gegenüber stehen eine große Zahl von wenig alphabetisierten und armen Sprechern der flämischen Sprache. Neben diesen beiden Sprachgruppen, gibt es aber auch noch das zweisprachige Bürgertum, welches sich dem Handel verschrieben hat.

Die Bevölkerung ist extrem unzufrieden. Diese Unzufriedenheit mündet schließlich im Jahre 1789 in der Brabanter Revolution, welche von Oktober bis Dezember 1789 andauert. Diese Revolution hat zur Folge, dass die Österreicher aus dem Gebiet vertrieben werden. Es ist aber nicht der Fall, dass sich alle Gebiete gegen die österreichische Herrschaft wehren, so sind es die beiden Herzogtümer Limburg und Luxemburg, welche sich gegen die Revolution wenden und auf der Seite der Österreicher stehen. Des Weiteren führt diese Revolution zur Entstehung des ersten Nationalstaates in der belgischen Geschichte, dabei handelt es sich um die Republik der Vereinigten Belgischen Staaten. Im Jahre 1793 gelingt es den Österreichern den Aufstand zu beenden und die Gebiete wieder unter ihre Herrschaft zu bringen. Doch lange wird die Herrschaft der österreichischen Linie der Habsburger nicht mehr andauern.

2.1.4. Nach den Österreichern die Franzosen

Im Jahre 1794 besiegen die Franzosen die österreichischen Truppen in dem Gebiet. Auf die österreichische Herrschaft folgt die Herrschaft der Franzosen. Es ist aber nicht so, dass die Franzosen das erste Mal in diesem Gebiet einfallen, sondern bereits im November 1792 kommen französische Truppen und besetzen das Territorium. Sie werden von der Bevölkerung als Befreier angesehen, aber im März 1793 gelingt es den österreichischen Truppen die Franzosen zu vertreiben und das Gebiet wieder in ihren Besitz zu nehmen. Aber nun wieder zurück in das Jahr 1794. Franz II. von Österreich muss im Frieden von Lunéville

akzeptieren, dass er die Gebiete an Frankreich abgeben muss. Dabei handelt es sich neben den ehemaligen österreichischen Niederlanden auch um das Bistum Lüttich.

Mit der Herrschaft der Franzosen kommt es auch wieder zu Änderungen die Sprache betreffend. War es in der Zeit der österreichischen Niederlande so, dass in der zentralen Verwaltung neben dem Französischen auch das Brabancon, dabei handelt es sich um eine Sprache die dem Flämischen relativ nahe ist, verwendet wurde, so wird es ab dem 11. September 1794 vollständig verboten. Im Jahre 1795 kommt es zur endgültigen Annektierung der Gebiete durch Frankreich und zur Umwandlung der Fürstentümer, Herzogtümer und Grafschaften in Departements.

Was die Verbreitung des Französischen anbelangt, so kommt es zu einer Akzeleration der Französisierung der flämischen Eliten. Napoleon verfolgt eine starke Französisierungspolitik. So beispielsweise in den Departements des Nordens bei der Mittelschicht, und als er zum Konsul wird, verlangt er, dass alle Beamten von Flandern französische Bürger werden sollen. Aber in den flämischen Gebieten wird die französische Herrschaft als negativ angesehen. Die Französisierungspolitik, die ab dem Jahre 1810 Anwendung findet, betrifft nicht das einfache Volk, sondern nur die Eliten, neben den flämischen Eliten, sind auch die wallonischen Eliten davon betroffen.

Während der 20 Jahre andauernden Herrschaft der Franzosen in diesem Gebiet kommt es dazu, dass sich das Französische in der flämischen Gesellschaft ausbreitet. In dieser Zeit bildet sich das industrielle Bürgertum, welches sich der französischen Sprache bedient. Die französische Herrschaft endet mit der Niederlage Napoleons bei Waterloo im Jahre 1815.

2.1.5. 15 Jahre vor der Revolution: der Wiener Kongress, seine Entscheidung und die Folgen

Im Jahre 1815 findet der Wiener Kongress statt, auf dem auch über die Zukunft des Benelux Raumes entschieden werden soll. Was nicht außer Acht gelassen werden darf ist, dass die Staatsmänner Europas, welche diesem Kongress beiwohnen, ihre Entscheidungen ohne Befragung der Bewohner treffen. Anders ausgedrückt, es werden einfach Entscheidungen getroffen, ohne den Willen der betreffenden Bevölkerung zu respektieren. So fällt die Entscheidung darauf, dass die südlichen und die nördlichen Niederlande ab diesem Zeitpunkt einen gemeinsamen Staat bilden sollen, nämlich das Vereinigte Königreich der Niederlande. Der Staat soll von Wilhelm I aus dem Hause Oranien regiert werden. Es sollte aber darauf hingewiesen werden, dass diese Vereinigung zum Großniederländischen Reich zu spät

kommt, genauergesagt um rund 250 Jahre zu spät, denn die Bevölkerung dieser beiden Gebiete hat sich schon seit geraumer Zeit auseinander gelebt.

Der Herrscher Wilhelm I versucht die belgischen und die niederländischen Provinzen in Politik und Wirtschaft zu einer Einheit zu machen. Doch er stößt auf großen Widerstand. Vor allem der frankophonen Bourgeoisie ist die Vereinigung der südlichen mit den nördlichen Niederlanden ein Dorn im Auge. Bereits zwölf Jahre nach der Vereinigung der beiden Gebiete zu den Vereinigten Niederlanden, kommt es in den belgischen Provinzen immer mehr zur Kritik am Herrscher. Die Träger dieser Kritik sind die Liberalen und die Katholiken. Diese beiden Gruppen gründen eine oppositionelle Union, dabei handelt es sich um den Unionismus, der ab dem Jahre 1828 existiert. Dieser richtet sich gegen den Herrscher Wilhelm I. Wobei die Interessen dieser beiden Gruppen unterschiedliche sind. Den Liberalen geht es um die Pressefreiheit und den Katholiken beziehungsweise den Klerikalen geht es darum, dass es zur Einführung eines Unterrichtswesen kommt, welches katholische Züge aufweist.

Auch in dieser Zeit bleibt das Französische die vorherrschende Sprache, denn es wird nicht nur in den südlichen Niederlanden, sondern auch in den nördlichen Niederlanden in den gehobenen Kreisen verwendet. Es ändert sich aber in der Sprachpolitik dennoch etwas zu Gunsten des Niederländischen. Denn in dieser Zeit legt Wilhelm I auch fest, dass das Niederländische die offizielle Sprache sein solle und daher müssen von nun an alle Beamten welche in der zentralen Verwaltung arbeiten auch Niederländisch Kenntnisse haben. Es sollte aber darauf hingewiesen werden, dass es bei dieser Sprachpolitik und der Einführung des Niederländischen als offizielle Sprachen nicht darum geht die anderen Sprachen aus den Bereichen Bildung, Rechtsprechung und Verwaltung zu vertreiben. Sondern das erklärte Ziel von Wilhelm I. ist es, dass das Französische und das Flämische im jeweiligen Territorium, also Französisch in der heutigen Wallonie und Flämisch in den flämischen Gemeinden in den Bereichen Unterricht, Verwaltung und Rechtsprechung verwendet werden. Doch es gibt ein Problem, nämlich, dass eine Vielzahl von Beamten keine Kenntnisse des Flämischen hat. Mit dem königlichen Erlass vom 15. September 1819 wird das Französische als Sprache der Verwaltung und des Gerichtswesens in der Wallonie als offizielle Sprache festgelegt. Auch für das Niederländische in Flandern gibt es diesen Erlass und es wird der selbe ebenfalls für das Flämische in den Provinzen Westflandern, Ostflandern, Antwerpen und Limburg festgelegt. Wobei festzuhalten ist, dass bis zum 30. Dezember 1822 auch das Französische in diesen Bereichen weiterhin Anwendung finden darf. Trotz dieser Sprachpolitik, die das

Niederländische in den flämischen Provinzen favorisiert, ist es weiterhin die französische Sprache, welche die dominante Position inne hat.

Die Errichtung von flämischen Schulen geht schnell von statten, aber in den Gemeinden, in denen sowohl Sprecher der französischen Sprache, als auch Sprecher des Niederländischen leben, stößt deren Einführung bei den Sprechern der französischen Sprache auf Ablehnung. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Gemeinden die sich entlang der Sprachgrenze zwischen der heutigen Wallonie und dem heutigen Flandern befinden. Zudem gibt es aber auch Gemeinden in denen Niederländisch gesprochen wird, die aber in einer wallonischen Provinz liegen. In diesem Fall besteht die Möglichkeit ebenfalls eine flämische Schule zu errichten. Im Jahre 1822 wird eingeführt, dass das Niederländische die verpflichtende Sprache bei Gericht und auf Urkunden sei. Wobei diese Regelung nicht auf die wallonischen Provinzen angewendet wird.

Es kommt aber vermehrt auch zu Widerstand gegen die Herrschaft von Wilhelm I. Dieser Widerstand formiert sich aber nicht nur wegen seiner Sprachpolitik, welche die niederländische Sprache bevorzugt und zur offiziellen Sprache in den flämischen Regionen und Brüssel macht, sondern auch wegen seiner Politik der Protestantisierung. Im Jahre 1830 kommt es erneut zu einer Revolution, welche nun schlussendlich zur Entstehung Belgiens führt.

2.2. Ein neuer Staat entsteht – Das Jahr 1830

Am 25. August 1830 wird die Oper „La Muette de Portici“ in Brüssel aufgeführt. In dieser Oper kommen die Freiheitsliebe und die Vaterlandsliebe zum Ausdruck. Dies ist der Startpunkt der Revolution, welche schlussendlich in der Gründung von zwei unabhängigen Staaten, Belgien und den Niederlanden, mündet. Aber noch im Sommer 1830 spricht man nicht von einer Trennung in zwei Staaten, sondern nur davon, dass Belgien und die Niederlande im Vereinigten Königreich eine administrative Trennung erfahren. Jedoch kommt es anders, und diejenigen, die sich gegen die Herrschaft von Wilhelm I wenden, erzielen weitreichende Erfolge auf militärischer Ebene gegen Wilhelm I.. Somit kommt es dazu, dass die Gründung von unabhängigen Staaten im Raum steht. Louis Philippe, der damaliger Herrscher in Frankreich, befürwortet das Unabhängigkeitsstreben der Belgier, da er der Ansicht ist, dass von zwei kleinen Staaten weit weniger Gefahr ausgeht, als vom Vereinigten Königreich der Niederlande.

Im Oktober 1830 wird von einer provisorischen Regierung, welche aus neun Honoratioren besteht, die Unabhängigkeit Belgiens ausgerufen.

Laut einem Beschluss von Oktober 1830 ist das Französische die Sprache des Heeres und auch der Verwaltung. Übersetzungen ins Niederländische gibt es nur bei Bedarf und diese haben dann auch keinerlei rechtlichen Status.

Am 16. November 1830 erscheint ein Erlass der provisorischen Regierung in dem es um die Sprachverwendung geht. Im Erlass steht unter anderem folgendes:

« Le gouvernement provisoire de la Belgique, Comité central :

- Considérant que le principe déjà proclamé de la liberté du langage, emporte pour chaque citoyen la faculté de se servir de l'idiome qui convient le mieux à ses intérêts ou à ses habitudes ;
- Et voulant régulariser l'exercice de cette faculté pour le mettre en harmonie avec le service des administrations générales et des tribunaux ;
- Considérant d'autre part que les langues flamande et allemande, en usage parmi les habitants de certaines localités, varient de province à province, et quelquefois de district à district, de sorte qu'il serait impossible de publier un texte officiel des lois et arrêtés en langue flamande et allemande.

Arrête :

Article 1^{er}. – Le bulletin officiel des lois et des actes du gouvernement sera publié en français.

Article 2. – Dans les provinces où la langue flamande est en usage parmi les habitants, les gouvernements publieront dans leur mémorial administratif, une traduction flamande des lois et des actes du gouvernement qui seraient applicables à toute la Belgique et des actes particuliers qui ne concerneraient que leur province.

[...]

Article 4.- Les publications par affichage seront également accompagnées d'une traduction en langue flamande ou allemande, suivant les localités.

Article 5.- Les citoyens dans leurs rapports avec l'administration, sont autorisés à se servir indifféremment de la langue française, flamande ou allemande. [...] »¹⁰

Aus diesem Zitat geht hervor, dass es eine freie Sprachenwahl gibt und dass jeder Bürger sich der Sprache bedienen kann, die er am besten kann oder die er gewöhnlich verwendet. Dabei handelt es sich selbstverständlich nur um das Französische, das Flämische und das Deutsche. Es wird aber wieder eingeschränkt, dass dadurch, dass das Flämische und das Deutsche sehr unterschiedliche Varietäten haben es nicht möglich sei offizielle Texte, wie Gesetze und Erlässe in diesen beiden Sprache zu verfassen und daher werden diese Texte ausschließlich auf Französisch verfasst. In Artikel 1 ist festgeschrieben, dass Gesetze und Texte der

¹⁰ Blampain, 1997, Seite 434

Regierung nur auf Französisch veröffentlicht werden. Aber Artikel 2 besagt, dass Texte und Gesetze die den ganzen Staat betreffen, oder auch nur die flämische Provinz betreffen, für die flämische Provinz ins Flämische übersetzt werden können. Zudem geht aus Artikel 4 hervor, dass Aushänge je nach Provinz auch auf Flämisch oder Deutsch geschrieben werden. In Artikel 5 wird gesagt, dass jeder Bürger in der Verwaltung seine Sprache verwenden darf, die er will.

Bereits im Jahre 1830 versucht Frankreich die Wallonie zu annektieren, aber England und Preußen sind gegen diese Bestrebung. Der erste König von Belgien wird Prinz Leopold von Sachsen-Coburg. Dieser übernimmt am 21. Juli 1831 sein Amt in Brüssel.

Im Jahre 1830 findet in London die Londoner Konferenz statt. Im Zuge dieser Konferenz werden 24 Artikel ausgearbeitet und die Unabhängigkeit Belgiens wird von internationaler Seite anerkannt. Wobei sich dieser neue Staat (Belgien) dazu verpflichten muss, was die Außenpolitik betrifft, neutral zu sein. Belgien muss sich also zur Neutralität verpflichten im Gegenzug dafür sichern die europäischen Großmächte Belgien seine Unabhängigkeit. Am 24. Oktober 1831 erfolgt die Unterzeichnung des 24-Punkte-Vertrages in London. Nur Wilhelm I. ist gegen die Unabhängigkeit und aus diesem Grund gibt er seine Zustimmung zu den 24 Punkten der Londoner Konferenz vorerst nicht. Aber am 14. März 1838 pflichtet auch er den 24 Punkten zu und am 19. April 1839 wird dies bestätigt. Nur diese Zustimmung geht an Belgien nicht ganz schmerzlos vorüber. Anders ausgedrückt muss Belgien an Wilhelm I. Teile der Provinz Limburg und Luxemburg übergeben, was in diesen 24-Punkten festgelegt ist und das auch schon im Jahre 1831 festgelegt worden war. Die Grenzen werden ebenfalls in diesem 24-Punkte-Vertrag festgelegt. So muss Belgien seeländisch Flandern, Nordbrabant, Ostlimburg und Maastricht abtreten. Im Gegenzug dafür erhält Belgien vom Großherzogtum Luxemburg den wallonischen Teil und den deutschen Teil Arlon.

2.3. Belgien bis zum ersten Weltkrieg (1831-1914)

2.3.1. Der nächste Schritt – eine Verfassung

Im Februar 1831 wird die neue Verfassung vom Nationalkongress verabschiedet. Belgien ist offiziell eine parlamentarische Monarchie und die Verfassung dieses Staates ist eine liberale. In dieser Verfassung wird die Gewaltenteilung, die Freiheitsrechte und das Einrichten eines Parlaments, das aus zwei Kammern besteht, festgelegt. Was das politische Mitspracherecht der Bevölkerung betrifft, so muss erwähnt werden, dass nicht die gesamte Bevölkerung mitbestimmen kann. Zum einen haben die Frauen noch kein Wahlrecht und auch ein Großteil

der Männer ist vom Wahlrecht ausgeschlossen. Politisches Mitspracherecht haben nur der französischsprachige Adel und das gehobene Bürgertum. Im Grunde dürfen nur ein Prozent der Bevölkerung das Parlament wählen, da es ein Zensuswahlrecht gibt. Das bedeutet, dass nur diejenigen ein Stimmrecht haben die hohe Steuern zahlen.

In Artikel 23 der Verfassung geht es um die Sprachenfreiheit, die *liberté des langues*. In diesem Artikel steht:

« L'emploi des langues usitées en Belgique est facultatif, il ne peut être réglé que par la loi et seulement pour les actes de l'autorité publique et pour les affaires judiciaires. »¹¹

Daraus geht hervor, dass der Sprachgebrauch in Belgien nicht vorgeschrieben ist, also die Bürger können sowohl Französisch als auch Flämisch als auch Deutsch verwenden. Zudem ist in diesem Artikel festgelegt, dass dieser freie Sprachgebrauch nur durch das Gesetz eingeschränkt werden kann und dabei auch nur die Dokumente der öffentlichen Behörden und das Justizwesen betreffen kann. Es gibt ein Aber, nämlich mit freiem Sprachgebrauch ist hier nur gemeint, dass man als Person selbst wählen kann, in welcher Sprache man spricht. Aber es ist mit diesem Gesetz absolut nicht garantiert, dass man diese Sprache auch wirklich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verwenden kann. Aus diesem Grund trachtet die flämische Bewegung diese Freiheit der Sprache von einer individuellen Freiheit zu einer Freiheit zu machen, welche eine ganze Gruppe betrifft. Es geht dieser Bewegung folglich darum, dass sie ihre Sprache in ihren Provinzen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens verwenden können und nicht mehr in manchen Bereich auf die französische Sprache zurückgreifen müssen.

2.3.2. Ein neuer Staat, aber zwei Sprachen – die Sprachenfrage in den ersten Jahren

Obwohl in der Verfassung nicht festgelegt wird, welche Sprache die offizielle Staatssprache ist, hält sich das Französische weiterhin als dominante Sprache und das trotz der Tatsache, dass der größte Teil der Bevölkerung Belgiens nicht die französische Sprache als Muttersprache hat, sondern eine der lokalen Mundarten, wie Dialekte des Flämischen oder auch des Wallonischen. Auch in Brüssel ist es nicht das Französische, das von den meisten

¹¹ Zitiert nach Blampain, 1997, Seite 435

Leuten gesprochen wird, sondern das Niederländische, anders ausgedrückt nur 15 Prozent der Brüsseler haben das Französische als Muttersprache.

Das Französische setzt sich nach der Unabhängigkeitserklärung Belgiens in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, also im Schulwesen, der Verwaltung, im Gerichtswesen und der Regierung, durch und das nicht nur in den französischsprachigen Provinzen, sondern auch in den flämischen Gemeinden. Zudem ist die Situation so, dass sich die herrschenden Klassen, die Aristokratie und die Bourgeoisie des Französischen und nicht des Niederländischen bedienen und das ebenfalls in den flämischen Provinzen. Was das gemeine Volk betrifft, so spricht dieses nicht Französisch, sondern die jeweiligen lokalen Mundarten. Die Rechte, welche die Sprecher des Niederländischen unter der Herrschaft von Wilhelm I im Vereinigten Königreich der Niederlande erreicht haben, verlieren diese in dem neu entstandenen Staat namens Belgien.

Zudem ist die erste Verfassung dieses neuen Staates eine zentralistische und es ist vorgesehen, dass die Einheit der Staates gestärkt werden solle. Charles Rogier, der Premierminister, schreibt im Jahre 1832 folgendes an den Justizminister Jean-Joseph Raikem:

« Les efforts de notre gouvernement doivent tendre à la destruction de la langue flamande pour préparer la fusion de la Belgique avec notre plus grande patrie, la France »¹²

Des Weiteren schreibt er in einem Brief an Lord Palmerston folgendes:

« Les premiers principes d'une bonne administration sont basés sur l'emploi exclusif d'une langue, et il est évident que la seule langue des Belges doit être le français. Pour arriver à ce résultat, il est nécessaire que toutes les fonctions civiles et militaires soient confiées à des Wallons et à des Luxembourgeois; de cette manière, les Flamands, privés temporairement des avantages attachés à ces emplois, seront contraints d'apprendre le français, et l'on détruira ainsi à peu l'élément germanique en Belgique. »¹³

¹² http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_histoire.htm [Zugriff: 16. August 2011]

¹³ http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_histoire.htm [Zugriff: 16. August 2011]

Aus diesen beiden Auszügen aus den Briefen von Charles Rogier geht hervor, dass man versucht die flämische Sprache nach und nach auszurotten, damit Belgien sich leichter an Frankreich angliedern kann. Zudem geht daraus auch hervor, dass die ausschließliche Verwendung der französischen Sprache dazu beitragen wird, dass die Verwaltung gut funktioniert. Außerdem sollen nur die Wallonen und die Luxemburger in der Verwaltung tätig sein und dadurch und durch die ausschließliche Verwendung des Französischen müssen sich die Flamen gezwungener Maßen die französische Sprache aneignen und so verschwindet in weiterer Folge nach und nach das germanische Element in Belgien. Das Niederländische oder auch Flämische ist folglich eine Sprache, welche im jungen Belgien keinen hohen Stellenwert hat.

So setzt sich das Französische in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durch, zu diesen Bereichen zählen die Verwaltung, das Unterrichtswesen, die Armee, das Gerichtswesen. Und das geschieht, obwohl in Artikel 23 der Verfassung von 1831 verankert ist, dass es in Belgien Sprachfreiheit gibt. Es zeigt sich hier aber ganz deutlich, dass diese Sprachenfreiheit in der Tat, wie bereits in Punkt 2.3.1. erwähnt, nur den privaten beziehungsweise persönlichen Bereich der Sprechenden betrifft und in keinsten Weise auf den öffentlichen Bereich bezogen ist.

So beginnt der Sprachenstreit bereits im Jahre 1831, aber die Wurzel liegen, wie wir bereits gesehen haben in der Vorgeschichte des belgischen Staates. Die Situation des Niederländischen wird sich in den kommenden Jahren verbessern, und es werden nach und nach Gesetze und Erlässe entstehen, welche die Rolle des Niederländischen in den flämischen Provinzen stärken wird. Die Sprecher des Niederländischen wehren sich gegen die Einsprachigkeit Belgiens und so kommt es zur Entstehung von flämischen Vereinigungen, wie beispielsweise der flämischen Bewegung.

2.3.2.1. Die Flaminganten – Beginn der flämischen Bewegung

Den Flaminganten geht es darum, dass das Französische nicht mehr die alleinige dominante Sprache in Belgien ist. Ihre Forderung besteht darin, dass die niederländische Sprache der französischen Sprache gleichgesetzt wird. Zudem will die flämische Bewegung verhindern, dass Belgien von Frankreich annektiert wird. In weiterer Folge, fordern die Flamen, dass in Flandern ausschließlich die niederländische Sprache im öffentlichen Leben eine zentrale Rolle spielt. Sie wenden sich also mit der Zeit ebenfalls gegen den Bilinguismus in Flandern.

Im Jahre 1840 stellen die Angehörigen der flämischen Bewegung, die so genannten Flaminganten, einige Forderungen. Zum einen verlangen sie, dass bei allen Angelegenheiten, welche die flämischen Gemeinden und flämischen Provinzen betreffen ausschließlich auf die flämische Sprache zurückgegriffen wird. Zum anderen sind sie der Meinung, dass die Beamten die in der flämischen Provinz angestellt sind auch die flämische Sprache beherrschen sollen. Ein weiteres Anliegen der flämischen Bewegung im Jahre 1840 ist, dass auch bei Gericht die flämische Sprache verwendet wird. Außerdem wollen sie eine Gleichstellung der Sprachen Französisch und Flämisch an der Universität von Gent und allen anderen Bildungseinrichtungen in Belgien.

Im Jahre 1846 findet eine Volkszählung statt, aus der hervorgeht, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung der flämischen Sprache bedient. Genauer gesagt, stellt sich bei dieser Volkszählung heraus, dass nur 42 Prozent der Belgier Französisch sprechen und 57 Prozent, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung sich der niederländischen Sprache bedienen. Aber dennoch ist die französische Sprache die dominante Sprache im Staate. Der Grund dafür ist, dass das Französische die Sprache der Eliten ist. Die flämische Bewegung setzt sich dafür ein, dass die Sprachverwendung durch die Gesetzgebung geregelt wird.

Am 1. Juni 1850 wird ein Gesetz verabschiedet. Somit setzt sich das Niederländische in Flandern als zweite Sprache im Enseignement moyen durch.

Die Commission des griefs flamands, also die flämische Beschwerdekommision, überreicht der Regierung im Jahre 1857 einen Bericht. Es werden Vorschläge zu Reformen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gemacht. Es gibt aber auch Gegenstimmen zu diesem Bericht, so sagt Charles Rogier in seinem Gegenbericht:

« La Chambre a pu se convaincre que la Commission a souvent attribué aux faits un caractère exagéré et que les solutions qu'elle propose sont entièrement incompatibles avec notre organisation politique et administrative. Toutes les solutions proposées par le rapport se heurtent au fait que l'emploi de tel ou tel idiome ne peut être imposé d'une manière absolue en présence de l'article 23 de la Constitution. »¹⁴

¹⁴ Zitiert nach Blampain, 1997, Seite 436

Aus diesem Zitat aus dem Gegenbericht von Charles Rogier geht hervor, dass er der Meinung ist, dass die Vorschläge, welche in dem Bericht der flämischen Beschwerdekommision stehen, sich nicht mit dem Artikel 23 der Verfassung Belgiens vereinbaren lassen. In Artikel 23 der Verfassung wurde festgelegt, dass es eine freie Sprachenwahl gibt und, dass diese nur im Gerichtswesen und in Bezug auf die Dokumente der Behörden geändert werden kann. Aber die Forderungen die in dem Bericht der flämischen Beschwerdekommision stehen, betreffen auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens.

Ab dem Jahre 1873 werden die ersten Sprachgesetze erstellt. Diese werden nicht nur von den Sprechern der französischen Sprache ausgearbeitet, sondern auch Parlamentarier, welche der flämischen Sprachgemeinschaft angehören, beteiligen sich an der Ausarbeitung dieser Sprachgesetze. Noch im selben Jahr wird ein Gesetz erlassen das zulässt, dass die niederländische Sprache bei Gericht in Flandern verwendet werden darf. Ausschlag für diese Entscheidung gab ein Prozess aus dem Jahre 1865 bei dem sich zwei flämische Arbeiter, welche in der Wallonie gearbeitet haben und die zu Unrecht des Mordes angeklagt waren, sich nicht in ihrer Sprache, also dem Flämischen, verteidigen konnten. Aber dennoch ist festzuhalten, dass es noch lange dauern wird, bis sich das Niederländische in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in den flämischen Provinzen durchsetzen kann. Was die Gemeindeverlautbarungen betrifft, so müssen diese nur dann auch auf Niederländisch verfasst werden, wenn durch eine Volkszählung belegt ist, dass in dem betreffenden Gebiet die Mehrheit der Einwohner keine Kenntnisse des Französischen hat.

Im Jahre 1878 werden zwei neue Sprachgesetze die die Sprachverwendung in Flandern betreffen verabschiedet. Zum einen betrifft die Loi Delaet die Verwaltung und zum anderen wird die Loi Coremans verabschiedet, bei der es um die Schule geht.

Ein weiterer erwähnenswerter Punkt in Bezug auf die Benachteiligung der niederländisch sprechenden Bevölkerung betrifft die Überprüfung der Sprachkenntnisse. Es gibt sowohl für die Sprecher des Niederländischen als auch für die Sprecher des französischen Sprachtests mit Hilfe derer die Sprachkenntnisse in der jeweils anderen Sprache überprüft werden. Müssen die Sprecher der französischen Sprache in ihrer Prüfung nur rudimentäre Kenntnisse des Niederländischen vorweisen, so müssen die Flamen, wenn sie die Sprachprüfung machen, wesentlich bessere Kenntnisse des Französischen vorweisen. Das führt dazu, dass die Durchfallquote bei den Flamen wesentlich höher ist, als bei den Frankophonen. Da diese Sprachprüfung verpflichtend bestanden werden muss, um in manchen Bereichen arbeiten zu

können, ist es den Flamen Großteils nicht möglich diesen Arbeiten nachzugehen. Arbeiten die einen höheren Stellenwert und damit auch eine wesentlich bessere Entlohnung haben sind fast ausschließlich von Frankophonen besetzt, da für diese Arbeiten nur Kenntnisse des Französischen, nicht aber des Niederländischen von Nöten sind. Kenntnisse des Niederländischen müssen nur jene Angestellten vorweisen, die in Kontakt mit der flämischen Bevölkerung treten.

Bei den Wahlen im Jahre 1894 schaffen es flämische Abgeordnete ins Parlament und diese wollen sich für ihre Gemeinschaft für Sprachenrechte einsetzen.

Erst am 18. April 1898 wird das Gleichheitsgesetz (Loi d'égalité) veröffentlicht. Mit diesem Gesetz wird festgelegt, dass das Französische und das Flämische in Flandern gleichberechtigt sind, also das hier beide Sprachen für das Abfassen von Gesetzen und königlichen Erlässen benutzt werden müssen, und, dass beide Fassungen Gesetzeskraft haben. Flämisch ist nun ebenfalls eine offizielle Sprache des Königreiches Belgien. Aber dennoch ändert sich nichts daran, dass die Sprecher des Niederländischen noch immer nicht in allen Situationen des Lebens ohne den Rückgriff auf die französische Sprache auskommen können. Denn so ist es der Fall, dass die Beamten nicht verpflichtet sind Kenntnisse des Niederländischen zu erwerben und aus diesem Grund spricht die Mehrheit der Beamten Französisch.

Das Niederländische setzt sich im Laufe der Zeit auch im Schulwesen durch. Im Gründungsjahr des belgischen Staates, also im Jahre 1830, wird in den Schulen nur die Französische Sprache als Unterrichtssprache verwendet und das Niederländische ist nicht einmal ein Schulfach. Erst 53 Jahre später, im Jahre 1883 kommt es dazu, dass es in den flämischen Provinzen die Möglichkeit gibt, das Niederländische als fakultatives Unterrichtsfach zu wählen. Erst am Beginn des 20. Jahrhunderts, im Jahre 1914, wird festgelegt, dass der Elementarunterricht in den flämischen Provinzen verpflichtend auf Niederländisch stattfinden muss.

In den 1890er Jahren kommt es zu einer Radikalisierung der flämischen Bewegung. Ein Grund dafür ist, dass sich die Flamen darüber bewusst werden, dass ihnen die Verwendung ihrer Sprache keine Vorteile bringt und, dass sich das auch auf das spätere Leben ihrer Kinder auswirken wird. Das bedeutet, dass die Flamen zwar ihre Kinder in den Schulen auf Flämisch unterrichten lassen können, aber im öffentlichen Leben und in weiterer Folge dann im Berufsleben hat das eher negative Auswirkungen als positive.

Es gibt nicht nur eine flämische Bewegung. Anders ausgedrückt entsteht um das Jahr 1890 als Reaktion auf die flämische Bewegung auch die wallonische Bewegung.

2.3.2.2. Die wallonische Bewegung und die Wallinganten als Reaktion auf die flämische Bewegung

Im Gegensatz zur flämischen Bewegung handelt es sich bei der wallonischen Bewegung lediglich um eine Minderheitenbewegung, sie zieht nicht die Massen an, wie die flämische. Unter dem Begriff der Wallinganten versteht man nicht nur die Bewohner der Wallonie, sondern auch Sprecher des Französischen im zweisprachigen Brüssel und die frankophone Oberschicht in Flandern. Eine Forderung betrifft die öffentlichen Stellen in der Wallonie, anders ausgedrückt, geht es den Wallonen darum, dass diese in der Wallonie ausschließlich von Wallonen besetzt werden und die flämischen Beamten diese Posten nicht einnehmen können.

Am Beginn des Jahres 1915 fordern die Wallonen in der Broschüre „La politique belge“ die Rücknahme der letzten Sprachgesetze nach Kriegsende (wir befinden uns bereits im ersten Weltkrieg) und zudem verlangen sie, dass das Französische wieder die einzige offizielle Sprache sein solle.

Ein weiteres Anliegen der Wallonen ist die Einsprachigkeit der Wallonie, sie verlangen folglich, dass in der Wallonie ausschließlich die französische Sprache zur Anwendung kommt. Was Flandern betrifft, so fordern die Wallonen, dass dort nicht Einsprachigkeit herrscht, sondern dort soll Bilinguismus herrschen, damit sich die Wallonen, welche in Flandern leben, dort ebenfalls in ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben bewegen können. Die Forderung der Wallonen die Wallonie betreffend ist eine Forderung, welche auf dem Territorialitätsprinzip beruht. Die Flamen erheben aber ebenfalls diesen Anspruch. Anders ausgedrückt verlangen sie Einsprachigkeit in Flandern. Hier prallen die unterschiedlichen Forderungen der beiden Gruppen aufeinander.

2.3.3. Katholiken und Liberale – das Ende einer Union und der Schulstreit

Die Union zwischen den Katholiken und den Liberalen welche sich noch vor der Unabhängigkeit Belgiens gegründet hatte, dominiert auch in den ersten Jahren des Bestehens den neuen Staat. Diese Union geht aber im Jahre 1847 zu Ende, als es dazu kommt, dass die Liberalen immer mehr antikirchlich eingestellt sind, und umgekehrt auch die Katholiken

immer mehr antiliberal gestimmt sind. Das Miteinander dieser beiden Gruppen wandelt sich in ein Gegeneinander.

Ein wichtiger Punkt in dem Antagonismus zwischen Liberalen und Katholiken bildet der sogenannte Schulstreit. Bei dem Schulstreit handelt es sich um den Konflikt wie viele staatliche Schulen und wie viele katholische Schulen es in Belgien geben solle. In den Jahren zwischen 1878 und 1884 sind die Liberalen an der Macht und aus diesem Grund kommt es zu einer Säkularisierung des Volksschulunterrichtes. Das liberale Kabinett schlägt vor, dass es mehr staatliche Schulen geben soll und, dass in diesen Schulen zudem kein Religionsunterricht mehr stattfinden soll. Des Weiteren sind sie der Meinung, dass die katholischen Schulen nicht mehr weiter vom Staat subventioniert werden sollen.

Aber im Jahre 1884 finden erneut Parlamentswahlen statt und diesmal sind die Katholiken die Sieger, und somit entsteht eine katholische Regierung. Es kommt bei den Schulen wiederum zu einer Änderung. Dass die katholischen Schulen keine Unterstützung mehr erhalten wird wieder rückgängig gemacht, und zudem hat sich diese katholische Regierung dafür eingesetzt, dass es auch an den staatlichen Schulen wieder einen Religionsunterricht geben kann.

Was ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden darf ist, dass es, was die Wirtschaft betrifft, einen gewaltigen Unterschied zwischen der Wallonie und Flandern gibt. Die Wallonie besitzt viele Industriegebiete und ist ein reiches Gebiet. Flandern hingegen ist eher landwirtschaftlich orientiert und aus diesem Grunde auch das ärmere Gebiet in Belgien. Doch diese Situation wird sich im Laufe der Zeit ändern, doch diesen Punkt werde ich im weiteren Verlauf dieser vorliegenden Diplomarbeit näher behandeln.

Im Jahre 1893 wird in Belgien das Pluralwahlrecht eingeführt, dabei handelt es sich um ein gestuftes Wahlrecht. Der Grund für die Einführung dieses Wahlsystems ist, dass man sich der immer größer werdenden Kluft zwischen den Armen und den Reichen in Belgien im klaren ist, und zudem kommt man auch zur Überzeugung, dass es ungerecht ist, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zur Wahl gehen kann. Ab diesem Zeitpunkt dürfen alle Männer die das 25. Lebensjahr vollendet haben zur Wahl gehen. Unerwähnt sollte dabei aber nicht bleiben, dass nicht jeder der zur Wahl geht, die gleiche Anzahl von Stimmen hat. Ein Familienvater der älter als 35 Jahre ist, hat beispielsweise drei Stimmen, wenn er einen festen Wohnsitz hat. Drei Stimmen haben all jene, die einen Universitätsabschluss haben oder hohe Steuerabgaben leisten. Trotz der Einführung dieses Systems und der Möglichkeit, dass auch Arbeiter an den

Wahlen im Lande teilnehmen, ist es noch immer der Fall, dass das frankophone Bürgertum in Sachen Politik die dominante Gruppe bleibt.

2.4. Belgien im ersten Weltkrieg (1914-1918)

2.4.1. Bruch der Neutralität des Königreiches Belgien

Seit seiner Entstehung im Jahre 1830 ist das Königreich Belgien an die Neutralität gebunden und bis in das Jahr 1914 wird diese Neutralität in keinsten Weise angegriffen oder verletzt. Doch im Jahre 1914 bricht der erste Weltkrieg aus und am 4. August 1914 wird die Neutralität Belgiens vom deutschen Kaiserreich durch den Einmarsch der deutschen Soldaten gebrochen. Die Besatzer schwächen das belgische Königreich durch weitreichende Entscheidungen. So werden Maschinen, Ausrüstungen von Industriebetrieben von Belgien nach Deutschland gebracht und unter anderem wird die Kohle konfisziert.

Innerhalb der deutschen Führung herrscht Uneinigkeit darüber, was mit Belgien passieren solle. Es gibt diesbezüglich drei unterschiedliche Meinungen. Die Oberste Heeresleitung ist der Ansicht, dass Belgien annektiert und aufgelöst werden soll. Daneben existiert die Ansicht der moderaten Kräfte, dass der belgische Staat so erhalten bleiben soll, aber nach Beendigung des Krieges solle er was die Politik und die Wirtschaft betrifft stärker von Deutschland beeinflusst werden. Daneben gibt es aber auch Stimmen, welche sich dafür aussprechen, dass das Königreich Belgien in einen flämischen Teil und einen wallonischen Teil geteilt werden solle.

Unter der deutschen Besatzung während des ersten Weltkrieges ist Belgien in drei Sektoren unterteilt. Zum einen gibt es die Besatzungsverwaltung im Großteil des Landes. Zum anderen wird an der Front das Etappengebiet eingeführt, dabei handelt es sich um ein Gebiet das lediglich für militärische Operationen dient. Neben diesen beiden Teilen, welche von den deutschen Besatzungsmächten besetzt sind, existiert ein kleiner Teil Belgiens in dem König Albert I mit Teilen des belgischen Heeres gegen die Deutschen kämpft. Dieses Gebiet befindet sich hinter dem westflämischen Fluss Yser. Die Belgier kämpfen mit Hilfe der Alliierten gegen die deutschen Besatzer.

In dieser Zeit kommt es zu einer Welle der Emigration der Belgier. Sie fliehen hauptsächlich in die Niederlande, nach Frankreich oder nach Großbritannien. Die belgische Regierung schafft es ebenfalls das Land zu verlassen und befindet sich in Le Havre. Von dort aus unterhält sie mit den Kräften der Alliierten Kontakt. Ein weiterer erwähnenswerter Punkt in

diesem Zusammenhang ist, dass die belgischen Parteien für die Zeit des Krieges einen Burgfrieden vereinbart haben.

2.4.2. Die Flamenpolitik der Besatzer

Aber auch während des ersten Weltkrieges bleiben Teile der flämischen Bewegung aktiv. Diese befürworten, dass sich Flandern von der Wallonie befreit und unabhängig wird. Zudem führen die Besatzer eine Flamenpolitik, welche dieses Bestreben unterstützt. Unter der deutschen Besatzung werden auch Forderungen der Flaminganten umgesetzt. So kommt es dazu, dass am 21. Oktober 1916 die Universität Gent flämisiert wird, also es ab diesem Zeitpunkt keinen französischsprachigen Unterricht mehr gibt. Flandern und die Wallonie erhalten am 21. März 1917 unabhängige Verwaltungen und damit wird auch eine Sprachgrenze festgelegt. Es erhält der Raad van Vlaanderen, der eine flämische Volksvertretung ist, von der deutschen Besatzung Unterstützung. Dieser Rat von Flandern erklärt am Beginn des Jahres 1918 Flandern für unabhängig. Aber der Generalgouverneur Falkenhausen ist der Meinung, dass dieser Schritt zu weitreichend sei. Am 11. Februar 1918 findet in Brüssel eine Massendemonstration statt. Die Demonstranten wenden sich damit dagegen, dass das Königreich Belgien in zwei Sprachgebiete unterteilt wird. Das führt dazu, dass der Rat von Flandern keinerlei gesetzgeberische Vollmacht von den deutschen Besatzern erhält.

Im Laufe des ersten Weltkrieges erreichen die Flamen, dass in Flandern im öffentlichen Leben ausschließlich das Niederländische die offizielle Sprache ist, und sogar in der Wallonie hat das Niederländische neben dem Französischen, der offiziellen Sprache, einen gewissen Stellenwert.

In dieser Zeit gibt es innerhalb der flämischen Bewegung drei Gruppen, dabei handelt es sich um die Aktivisten, die Frontisten und die Minimalisten. Alle drei Gruppen sind anderer Meinung, was die Zukunft Flanderns angeht. Bei der Gruppe der Aktivisten, welche mit den Deutschen kollaborieren, handelt es sich aber nicht um eine homogene Gruppe. Unter den Aktivisten existieren drei unterschiedliche Meinungen. Zum einen befürworten einige der Aktivisten, dass das Königreich Belgien weiter besteht, aber es solle zu einem Föderalstaat werden, in dem Flandern unabhängig ist. Zum anderen sprechen sich andere Aktivisten für einen flämischen Staat aus, der mit Deutschland verbunden ist. Eine dritte Gruppe fordert, dass Flandern in das Deutsche Reich eingegliedert wird. Laut den Frontisten bildet Flandern sowohl eine kulturelle als auch eine sprachliche Einheit und aus diesem Grund sprechen sie

sich dafür aus, dass das Flämische im öffentlichen Leben die einzige Sprache ist. Die Minimalisten hingegen finden, dass die Forderungen der Flamen in der Zeit des Krieges keine Rolle spielen sollten, denn ihrer Meinung nach ist es wesentlich wichtiger die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten.

Der erste Weltkrieg findet am 11. November 1918 mit dem Waffenstillstand von Compiègne sein Ende. Im Jahre 1919 kommt es zum Vertrag von Versailles. Mit diesem Vertrag wird Preußen gezwungen an die Belgier Eupen und Saint Vith abzugeben. So erhält Belgien von den Preußen die Städte Eupen, Malmedy, Saint-Vith und Moresnet. So kommt zu den beiden Sprachen Französisch und Niederländisch nun auch die deutsche Sprache hinzu. Das Königreich ist nun ein Staat mit drei unterschiedlichen Sprachen.

2.5. Belgien – Zwischen den beiden Kriegen (1918 – 1940)

2.5.1. Reformen nach dem Krieg

Es kommt zu einer Reform des Wahlrechtes, so ist es ab dem 19. Februar 1921 allen Männern, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, gestattet an den Wahlen teilzunehmen. Außerdem handelt es sich hierbei nicht mehr um ein Pluralwahlrecht, sondern das Wahlrecht ist nun ein allgemeines und vor allem auch gleiches, das bedeutet, dass ein Mann auch nur eine Stimme hat. Die Frauen müssen sich noch die ganze Zwischenkriegszeit hindurch gedulden und das Ende des zweiten Weltkrieges abwarten, bis auch sie im Jahre 1948 das Wahlrecht bekommen. Diese Wahlrechtsreform hat zur Konsequenz, dass die Flamen die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten stellen. Der Grund dafür ist, dass es mehr Flamen als Frankophone im Königreich Belgien gibt. Eine Folge von dieser Entwicklung im belgischen Parlament ist, dass es den Flamen somit möglich ist, sich mittels Gesetzen dafür einzusetzen, dass ihre Sprache, das Niederländische und ihre Kultur eine Stärkung erfahren. Auf diese Sprachgesetze werde ich in Punkt 2.5.2. näher eingehen, denn in diesem Unterkapitel werde ich mich mit den Reformen und der Entwicklung der Sprachen im Königreich Belgien in der Zwischenkriegszeit etwas ausführlicher auseinandersetzen.

Für die Arbeiterschaft ändert sich die Situation ebenfalls, weil es zu einigen Sozialreformen kommt. So wird im Gesetz verankert, dass die Arbeiter nicht mehr länger als acht Stunden am Tag arbeiten dürfen. Zudem werden Kommissionen gegründet, die paritätisch besetzt sind. Diese Kommissionen dienen den Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern über Tarifabschlüsse.

Eine weitere nennenswerte Reform ist, dass das Belgische Königreich von diesem Zeitpunkt an die Neutralität aufgibt, auf welche dieser Staat von seiner Gründung im Jahre 1830 an bis zum Beginn des ersten Weltkrieges gesetzt hatte und die durch das deutsche Kaiserreich im August 1914 einfach nicht beachtet wurde. Belgien verstärkt seine Beziehungen mit Frankreich. Um sich vor weiteren Bedrohungen durch Deutschland zu schützen, unterzeichnen Frankreich und Belgien eine Militärkonvention. Zwei Jahre später im Jahre 1922 kommt es zu einer Erweiterung dieser Militärkonvention indem mit Großbritannien zusätzlich ein Defensivbündnis geschlossen wird. Als Deutschland der Reparationszahlungen, welche im Jahre 1919 im Friedensvertrag von Versailles festgelegt worden waren, nicht mehr Folge leisten kann, wird das Ruhrgebiet und das Rheinland von Frankreich und Belgien besetzt.

Im Jahre 1925 kommt es durch den Vertrag von Lucarno zur Anerkennung der bestehenden Grenze zwischen Belgien und Deutschland. Die Staaten Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien versichern mit diesem Vertrag, dass die Grenze Belgiens nicht verletzt werden darf.

Im Jahre 1936 kehrt Belgien zu seiner Neutralität zurück.

2.5.2. Der Staat und seine nunmehr drei Sprachen – Sprachpolitik und Sprachsituation nach dem ersten Weltkrieg

Nach dem ersten Weltkrieg gibt es im belgischen Parlament ausschließlich Koalitionsregierungen. Es ist aber bei weitem nicht so, dass die Regierungen in der Zwischenkriegszeit stabil sind. Ein Hauptfaktor für diese Instabilität ist die Sprachenfrage.

Das erste Sprachgesetz nach dem ersten Weltkrieg erscheint am 31. Juli 1921. Mit diesem Sprachgesetz wird eingeführt, dass das Französische und das Niederländische gleichberechtigte Sprachen sind. Die Frankophonen haben allerdings darauf geachtet, dass die Angehörigen ihrer Sprache, welche ihren Wohnsitz in Flandern haben besonderen Schutz erfahren, was die Sprachverwendung angeht. Belgien wird im Zuge dieses Sprachgesetzes in drei sprachliche Regionen gegliedert. Es gibt zwar den flämischen Teil, aber dadurch, dass dort auch Sprecher der französischen Sprache leben, darf das Französische weiterhin unter gewissen Bedingungen Anwendung finden. Hingegen im französischen Teil des Landes hat das Niederländisch keinerlei Berechtigung. Brüssel ist zweisprachig.

Des Weiteren gibt es einen königlichen Erlass vom 27. Januar 1922 in welchem festgelegt wird, dass in der Wallonie und in Flandern ausschließlich die jeweilige Sprache in den Akten der Zentralverwaltung verwendet werden soll. In den zweisprachigen Gemeinden darf das Französische verwendet werden, sowohl in der Wallonie, als auch in Flandern. Die Flamen sind gegen diese Regelung.

Wie wir gesehen haben, wurde im Verlauf des ersten Weltkrieges erreicht, dass die Universität Gent nur noch niederländischsprachig ist, doch das ändert sich mit Kriegsende. Denn diese Entscheidung wird zurückgenommen. Aber bereits am 1. August 1923 wird die Universität Gent in eine flämische Abteilung und eine französische Abteilung geteilt. Es ist aber nicht so, dass in der niederländischen Abteilung das Französisch keine Anwendung mehr findet, denn ein Drittel der Lehrveranstaltungen werden weiterhin auf Französisch abgehalten. Ebenso in der französischen Abteilung, wo ein Drittel der Lehrveranstaltungen auf Niederländisch sind.

Im weiteren Verlauf der 20er Jahre werden die Sprecher des Niederländischen im Königreich Belgien immer ungeduldiger und sie stellen einige Forderungen. So fordern sie unter anderem, dass ihre Kinder in Flandern ausschließlich auf Niederländisch unterrichtet werden und das beginnend beim Kindergarten und endend bei der Universität. Eine weitere Forderung stellt der Wunsch nach der ausschließlichen Verwendung des Niederländischen im Gerichtswesen und in der Administration dar.

In der Universität Gent wird ab dem Jahre 1930 ausschließlich die niederländische Sprache verwendet. Dieser Schritt wird von der flämischen Bewegung erreicht und in weiterer Folge in einem Gesetz aus dem Jahre 1930 verankert. Wobei ebenfalls erwähnt werden sollte, dass es Übergangsbestimmungen gibt und dass es dennoch französischsprachige Lehrveranstaltungen geben kann, diese müssen aber fakultativ sein.

Auch in Bezug auf die Schulen soll es zu Sprachgesetzen kommen, wobei es diesbezüglich unterschiedliche Meinungen gibt. Die Flamen setzen sich dafür ein, dass das Territorialitätsprinzip strikt eingehalten wird, der Schulunterricht in Flandern folglich ausschließlich auf Niederländisch erfolgen sollte. Die liberale Partei hingegen favorisiert die ‚liberté du père de famille‘, also die Tatsache, dass das Familienoberhaupt die Entscheidung treffen kann, in welcher Sprache seine Kinder unterrichtet werden. Um dies umsetzen zu können, braucht es aber im Norden ebenfalls französische Schulen.

Im weiteren Verlauf der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts verändert sich im Bereich der Sprachpolitik einiges zu Gunsten des Niederländischen. Die Flamen erreichen es in dieser Zeit das Niederländische in Flandern in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens zur alleinigen offiziellen Sprache zu machen. Bei diesen Bereichen handelt es sich um das Unterrichtswesen, das Justizwesen und die staatliche Verwaltung. Das Gesetz bezüglich des Sprachgebrauchs in der Verwaltung erscheint am 29. Juni 1932. Darin ist festgelegt, dass es in der Zentralverwaltung eine französische und eine niederländische Abteilung geben solle. Außerdem bekommt jeder hohe Beamte, welcher nur eine Sprache beherrscht einen Sprachassistenten zur Seite gestellt. Was die Verwaltungen der beiden Regionen anbelangt, so sind diese einsprachig. Nur Brüssel und all jene Gebiete in denen mindestens 30 Prozent der Bevölkerung nicht die betreffende Sprache sprechen, sollen den Status eines zweisprachigen Gebietes erhalten. Wobei sich diese Regelungen ausschließlich auf das Französische und das Niederländische beziehen.

Mit dem Gesetz vom 14. Juli 1932 wird die Sprachverwendung im Unterrichtswesen geregelt. Mit diesem Gesetz wird endgültig festgelegt, dass der Unterricht ausschließlich in der Sprache der Region zu erfolgen hat. Aber auch in diesem Bereich gibt es erneut die Ausnahmeregelung für Brüssel und all jene Gemeinden mit einem Bevölkerungsanteil von über 30 Prozent der anderssprachig ist. Diese Sonderregelung besagt, dass hier die freie Sprachenwahl gilt. Anzumerken ist ebenfalls, dass dieses Gesetz nicht nur auf die staatlichen Schulen angewendet wird, sondern auch auf die Privatschulen, es gibt ab nun keine Ausnahmen mehr. Des Weiteren gibt es Übergangsbestimmungen für Schüler deren Muttersprache das Französische ist und die im Norden des Landes, also in Flandern leben. Diesen Kindern wird es ermöglicht, dass sie spezielle Grundschulklassen besuchen um dort ausreichende Sprachkenntnisse in der niederländischen Sprache zu erreichen damit sie in weiterer Folge die niederländischsprachigen Schulen frequentieren können. Dies gilt für Kinder die frisch eingeschult werden. Ihre Ausbildung in französischen Schulen dürfen die Kinder, welche diese schon frequentieren, beenden.

Zudem kommt es auch zu Änderungen in der Armee, da es ab dem Jahre 1928 nur noch einsprachige Kompanien gibt. Am 18. März 1938 wird das Gesetz über die Militärschulen verabschiedet, darin wird festgeschrieben, dass in diesen Schulen ebenfalls die Grundkenntnisse der niederländischen Sprache vermittelt werden müssen. Im Gesetz vom 30. Juli desselben Jahres wird vorgeschrieben, dass die Soldaten in ihrer Muttersprache ausgebildet werden sollen und, dass die Offiziere sowohl Kenntnisse des Französischen, als

auch Kenntnisse des Niederländischen haben müssen. Wobei es sei hier angemerkt, dass es möglich ist diese Regelung zu umgehen, denn wer Deutsch oder Englisch kann, muss keine Niederländischkenntnisse vorweisen.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Bezug auf die Sprachverwendung in Flandern ist im Jahre 1932 die Erreichung der Einsprachigkeit Flanderns und der Einführung des Niederländischen als einzige offizielle Sprache in Flandern. Nun ist nicht mehr nur die Wallonie einsprachig, sondern auch Flandern. Was die Hauptstadt Brüssel betrifft so sind dort beide Sprachen offizielle Sprachen, Brüssel bleibt demnach bilingual, auch wenn es in Flandern liegt. Wobei es bei diesem Gesetz auch Sonderregelungen gibt, welche sich auf Gemeinden beziehen, in denen sprachliche Minderheiten leben. Dies Gesetz bringt die Flämisierung Flanderns mit sich.

Bei öffentlichen Ankündigungen und Mitteilungen gibt es folgende Regeln: Diese sind dann verpflichtend in Französisch und in Niederländisch zu veröffentlichen, wenn in den betreffenden Gebiet mehr als 30 Prozent der Bevölkerung nicht die offizielle Sprache sprechen. Zudem ist es in diesen Gebieten der Fall, dass die Beamten bilingual sein müssen und jeder Einwohner hat das Recht seine eigene Sprache zu verwenden. Es ist aber so, dass niemand dies kontrolliert und es keinerlei Strafen im Falle der Nichteinhaltung dieser Vorschriften gibt. Es sollte aber darauf hingewiesen werden, dass damit die Sprachengrenze, welche heute existent ist, nicht eindeutig festgelegt wird. Diese endgültige Festlegung der Sprachengrenze lässt noch dreißig Jahre auf sich warten.

Doch wie wird nun festgelegt welche Provinz zu welcher Region gehört? Im Rahmen der Volksbefragungen wird immer auf die Sprachverwendung eingegangen und deren Resultate dienen als Grundlage für die Festlegung der Sprachengrenze. Doch so einfach wie es scheint ist es nicht, denn es gibt neuralgische Punkte. Dabei handelt es sich um Brüssel und die Gebiete herum und einige Gebiete entlang der Sprachgrenze. Es gibt zwar diese Sprachgesetze, aber dennoch ist es noch möglich diese in irgendeiner Weise zu umgehen.

Obwohl es sich bei diesen Schritten um eine äußerst positive Entwicklung für die niederländischsprachige Bevölkerung im Königreich Belgien handelt, sieht das der faschistisch orientierte Flügel der flämischen Bewegung nicht so und verlangt nach weiteren Reformen. Unter anderen verlangen sie, dass Flandern noch mehr Autonomie zugestanden wird und dass die Unterteilung Belgiens nach ethnisch-sprachlichen Kriterien noch weiter geht.

2.6. Belgien - das Déjà-vu (1940-1945)

Am 10. Mai 1940 sind es erneut die Deutschen, welche in Belgien einmarschieren und das ohne irgendeine formelle Kriegserklärung. Dabei handelt es sich erneut um eine Verletzung der Neutralität des Königreiches Belgien. Am 28. Mai 1940 kapituliert der König des Königreiches Belgien ohne diesen Schritt im Vorfeld mit der Regierung abzusprechen. Im November desselben Jahres treffen sich Hitler und der König Leopold III heimlich in Berchtesgaden. Bei diesem Treffen versucht der belgische König zu erreichen, dass Hitler ihm verspricht, dass Belgien nach Kriegsende wieder seine Unabhängigkeit erlangt. Leopold III geht diesen Weg, da er fest damit rechnet, dass die Deutschen als Sieger aus diesem Krieg hervorgehen werden. Noch im Mai desselben Jahres kommen Eupen und Sankt-Vith wieder zurück an Deutschland.

Zudem verfolgen die Deutschen ebenfalls in diesem Krieg eine Politik, welche die Flamen bevorzugt. Dies wird sogar am 14. Juli 1940 von Hitler offiziell angeordnet. Das führt dazu, dass die Wallonen nicht nur eine Abneigung gegenüber den Deutschen entwickeln, sondern auch gegen die Flamen.

Im Juli 1944 erfolgt die Annexion Belgiens und zudem wird es in zwei Reichsgaue unterteilt, nämlich in den Reichsgau Flandern und den Reichsgau Wallonie. Im September 1944 erfolgt die Befreiung Belgiens durch die Truppen der Alliierten.

Als Folge dieses Weltkrieges kann gesehen werden, dass sich die Konflikte zwischen den Flamen und den Wallonen weiter verschärfen und dass die Kluft zwischen den beiden größer geworden ist.

2.7. Belgien seit dem zweiten Weltkrieg (1945-2011)

2.7.1. Belgien und die europäischen und internationalen Organisationen

Nach dem zweiten Weltkrieg bilden die Benelux Staaten eine Zollunion, um den Außenhandel zu erleichtern. In weiterer Folge wird aus dieser Zollunion dann eine Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Staaten Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich und England verpflichten sich in einem Vertrag, dass sie in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Kultur enger zusammenarbeiten. Dieser Vertrag wird von diesen Staaten am 17. Mai 1948 unterschrieben.

Des weiteren gibt Belgien seine Neutralität auf und tritt am 4. April 1949 der NATO und am 5. Mai 1949 der UNO bei. Neben der Mitgliedschaft in diesen beiden internationalen Organisationen wird Belgien auch Mitglied im Europarat, in der Montanunion, also der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Westunion, der EURATOM, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

2.7.2. Zwei Konflikte nach dem zweiten Weltkrieg

Diese zwei Konflikte von welchen im folgenden die Rede sein wird, haben dazu geführt, dass sich das Land in Gruppen teilt. Die Rede ist hier vom Schulstreit und von der Königsfrage. Aber das Land wird nicht nur durch diese beiden Konflikte gespalten, sondern in weiterer Folge werden es neben den Sprachproblemen auch wirtschaftliche Probleme sein, die die Konflikte in diesem Land immer wieder auflodern lassen.

2.7.2.1. Erneuter Schulstreit und Schulpakt

Wie bereits im 19. Jahrhundert kommt es auch im 20. Jahrhundert zu einem Konflikt zwischen den Liberalen und den Katholiken die Schule betreffend. Im Jahre 1954 besteht das Kabinett aus Liberalen und Sozialdemokraten. Dieses Kabinett will die staatlichen Schulen erweitern, aber darunter solle dann der katholische Unterricht leiden. Dabei handelt es sich um eine Haltung die den Katholiken sehr missfällt. Damit wird der Schulstreit ausgelöst.

Ein weiterer wichtiger Faktor in diesem Schulstreit ist, dass er auch wieder verdeutlicht, dass Flamen und Wallonen unterschiedliche Positionen haben. Denn so sind es die Wallonen, die sich für die katholischen Schulen einsetzen. Die Flamen wiederum unterstützen das laizistische Unterrichtswesen.

Vier Jahre später im Jahre 1958 ändert sich mit den Wahlen die Zusammensetzung des Kabinetts. Es sind zwar wieder Liberale die das Kabinett bilden, aber dieses Mal arbeiten sie nicht mit den Sozialdemokraten zusammen, sondern mit den Katholiken. Die Liberalen und die Katholiken finden eine Lösung des Konflikts und sie schließen den Schulpakt. Die Lösung besteht darin, dass sowohl die staatlichen als auch die katholischen Schulen vom Staat subventioniert werden. Zudem soll es zu einer Ausweitung der staatlichen Schulen kommen.

Ein Jahr nach dem Beschluss des Schulpaktes wird ein Gesetz verabschiedet, welches Regeln bezüglich des Unterrichtswesens festlegt. Dadurch, dass sich der Staat verpflichtet für einen

neutralen Unterricht zu sorgen, können die Eltern selbst entscheiden in welche Schule sie ihre Kinder schicken.

2.7.2.2. Die Königsfrage

Nach der Befreiung Belgiens kommt die Regierung aus dem Exil zurück und beschließt, dass Leopold III nicht weiter das Amt des Königs ausführen darf. Aus diesem Grunde wird dessen Bruder Karl von Flandern als Regent eingesetzt. Diese Entscheidung ist als direkte Folge des Verhaltens des Königs während des Krieges zu sehen. Zum einen wird ihm vorgeworfen einfach kapituliert und sich somit wieder den Deutschen unterworfen zu haben. Zum anderen hat sein Geheimtreffen mit Hitler zu dieser Entscheidung beigetragen. Zu diesen beiden Punkten kommt noch, dass Leopold III während des zweiten Weltkrieges erneut geheiratet hat, nachdem seine erste Frau gestorben war. Aber um erneut in den heiligen Stand der Ehe zu treten, hätte er das Kabinett um Erlaubnis fragen müssen, was er aber nicht getan hat.

Im März 1950 spricht sich die Mehrheit der belgischen Bevölkerung in einem Referendum dafür aus, dass ihr König Leopold III wieder den Thron besteigt. Doch dieses Ergebnis kommt nur dadurch zustande, dass die Flamen, was die Zahl der Einwohner in Belgien angeht, die Wallonen und die Sprecher des Französischen übertreffen. Der König kann folglich im Juli 1950 endlich aus dem Exil heimkehren, doch unter den Wallonen und den Brüsselern erregt das Unmut und es kommt sowohl in der Wallonie als auch in Brüssel zu Generalstreiks.

Ein Jahr später, am 31. Juli 1951 dankt der König zu Gunsten seines ältesten Sohnes Baudouin ab. Obwohl er mit diesem Schritt zur Rettung des belgischen Nationalstaates trägt, hat die Königsfrage die Kluft zwischen den Flamen und den Wallonen weiter vertieft.

2.7.3. 1962 – Das Jahr der Entscheidung

2.7.3.1. Entwicklung zu der weitreichenden Entscheidung

Im Jahre 1947 findet erneut eine Sprachenzählung statt. Dadurch, dass die französische Sprache eine Weltsprache ist, ergibt sich in den Randgemeinden von Brüssel eine neue Situation. Diese Änderung wird auch dadurch bedingt, dass es die Regelung gibt, dass wenn sich in einer Gemeinde mehr als 30 Prozent der Bevölkerung einer anderen Sprache bedienen, diese Gemeinde automatisch zweisprachig wird. So geschieht dies in diesem Jahr mit einigen Gemeinden an der Peripherie von Brüssel, die bis dahin ausschließlich niederländischsprachig

sind. Durch diese Regelung beansprucht das Französische immer mehr Gebiete an der Peripherie von Brüssel und direkt an der Sprachengrenze für sich.

Im Jahre 1960 boykottieren mehr als 300 Gemeinden des Nordens des Landes diese Sprachenzählung, indem sie die Formulare nicht an die Bevölkerung übergeben.

Bei den Volkszählungen, welche alle zehn Jahre durchgeführt werden, kommt es mit dem 24. Juli 1961 zu einer Änderung. Bis dato hat diese immer auch Fragen zum Sprachgebrauch beinhaltet, dies ist nun nicht mehr gestattet. Der Grund für diese Veränderung ist, dass die Flamen der Meinung sind, dass sich das Territorium der Frankophonen immer mehr erweitert, denn mit jeder Volkszählung wurde bis zu diesem Zeitpunkt die Sprachengrenze immer wieder verändert. Da diese Fragen immer dazu gedient haben die Sprachengrenze zwischen den Regionen neu zu definieren muss schlussendlich eine andere Methode gefunden werden um die Sprachengrenze festzulegen.

2.7.3.2. Die endgültige Festlegung der Sprachengrenze und ihre Folgen

Am 8. November 1962 wird ein Gesetz verabschiedet, welches die Änderung der Provinzen, Bezirke und Gemeinden und die Endgültigen Festlegung der Sprachengrenze zum Ziel hat. Des Weiteren werden die Wallonie und Flandern von nun an einsprachig. Nur die Region Brüssel-Hauptstadt behält ihre Zweisprachigkeit. Diese Veränderung der Sprachengrenze hat weitreichende Konsequenzen. Es existieren aber auch Ausnahmeregelungen die Sprachverwendung in den einzelnen Gebieten betreffend. Die Gemeinden die davon betroffen sind, sind genau festgelegt. So sind davon unter anderem die Deutschsprachigen, welche in den Ostkantonen leben, betroffen.

Zudem müssen durch diese neuerliche Festlegung der Sprachengrenze Gemeinde und Viertel ihre Zugehörigkeit zu Provinzen verändern. Die Provinz Westflandern muss Mouscron und Comines-Warneton an die Provinz Hennegau abtreten. Hier erfolgt demnach ein Wechsel von einer flämischen Provinz zu einer Provinz in der Wallonie. Die Sprecher des Niederländischen erhalten Spracherleichterungen, wogegen die Frankophonen keine Einwände haben.

Es gibt aber auch den umgekehrten Fall, also dass wallonische Gemeinden an flämische Provinzen übergeben werden. Das ist der Fall von Voeren (Fourons), welche von nun an nicht mehr zu Lüttich (Liège) sonder zu Limburg gehört. Dieser Wechsel der Zugehörigkeit wird in weiterer Folge ein neuralgischer Punkt sein, denn die Frankophonen sind gegen die neue

Zuweisung zu Flandern. Ihnen wäre es lieber, wenn sie bei der Wallonie bleiben können, im Gegenzug dafür würden sie den Sprechern des Niederländischen Spracherleichterungen gewähren. Diese Entscheidung wird einfach über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen.

Ich möchte an dieser Stelle kurz genauer auf die Situation in Fourons eingehen. Bis zum Sprachgesetz des Jahres 1932 gab es eine funktionale Teilung die Sprachen betreffend. War die niederländische Sprache die Sprache des Elementarunterrichts und der Kirche, so war das Französische die Sprache der Verwaltung und des Berufslebens. Mit der Einführung dieses Sprachgesetzes des Jahres 1932 ist die niederländische Sprache in den Bereich der Verwaltung eingedrungen und das Französische wurde zurückgedrängt. Wobei das Gebiet zum französischsprachigen Territorium gezählt hat, bis zum Jahre 1962. Nachdem Voeren an Flandern gegeben wird, kommt es zu einer Sprachpolarisierung bei den Fransquillons und bei den Flaminganten. Was die Fransquillons, also die Sprecher der französischen Sprache betrifft, so weigern sich diese ihre Kinder am Grundschulunterricht der auf Niederländisch erfolgt teilnehmen zu lassen oder auch nur im Bereich der Verwaltung ein Wort Niederländisch zu sprechen. Auf der anderen Seite lehnen die Flaminganten die französischsprachigen weiterführenden Schulen ab. Eine weitere Folge dieser Auseinandersetzung ist, dass all jene, welche wieder zur französischsprachigen Provinz zurück wollen anfangen das Französische auch als Familiensprache zu verwenden. Ihnen gegenüber stehen die Bevölkerungsanteile, welche bei der flämischen Provinz Limburg bleiben wollen, sich ausschließlich der niederländischen Sprache bedienen. Der Fourons bleibt bei Limburg, aber für die Frankophonen werden Spracherleichterungen eingerichtet, die den Grundschulunterricht und die Verwaltung betreffen.

Ein weiterer Eingriff der Gesetzgebung führt dazu, dass es in manchen Gemeinden, welche sich an der Sprachgrenze zwischen der Wallonie und Flandern befinden, einen Sonderstatus gibt. Bei diesen Gemeinden handelt es sich vor allem um Voeren und sechs Gemeinden, welche sich an der Peripherie von Brüssel befinden. Doch auch diese Lösung bringt keine Beruhigung im Konflikt. Diese Gemeinden werden als ‚communes à facilités‘ bezeichnet. Diese Spracherleichterungen sollen den Zweck erfüllen, dass sich die Flamen und die Wallonen die nicht in der jeweiligen Sprachgemeinschaft leben besser integrieren können. Es ist aber, wie bereits erwähnt nicht so, dass jeder Gemeinde eine commune à facilités, also eine Gemeinde mit Spracherleichterungen ist, sondern dies wird genau festgelegt. Diese Festlegung der Gemeinden mit Spracherleichterungen erfolgt im Gesetz vom 8. November

1962. Eine Voraussetzung um diesen Status zu erreichen ist, dass mindestens 30 Prozent der Bevölkerung sich einer anderen Sprache, als der die in der Gemeinde gesprochen wird, bedienen.

Aber auch in diesem Fall sehen die Flamen und die Wallonen die Sache mit den Gemeinden mit Spracherleichterungen auf unterschiedliche Art und Weise. Während die Flamen die Ansicht vertreten, dass es sich dabei lediglich um eine Übergangslösung handelt, sehen das die Wallonen anders, denn für sie ist das ein Dauerzustand.

Das einzige Gebiet im Königreich Belgien das wirklich zweisprachig ist, ist die Region Brüssel Hauptstadt. Der Großraum Brüssel besteht heute aus 19 Gemeinden. In Brüssel sind ausnahmslos alle Staatsangestellten und Gemeindeangestellten verpflichtet, sowohl Niederländisch als auch Französisch zu beherrschen. Dies wird sogar mittels Prüfungen überprüft. Zudem ist in den meisten Fällen auch das Verkaufspersonal zweisprachig. In Brüssel gibt es sowohl französischsprachige Schulen, als auch niederländischsprachige Schulen, wobei es der Fall sein muss, dass ab der dritten Klasse die jeweils andere Sprache unterrichtet wird. An französischen Schulen sind es drei Stunden niederländisch, hingegen an den niederländischsprachigen Schulen sind es acht Stunden Französischunterricht.

Im Jahre 1963 kommt man zu der Übereinkunft von Hertoginnadel, welche besagt, dass die sechs Randgemeinden von Brüssel Wemmel, Kraainem, Wezenbeek, Oppeln, Drogenbos-Linkebeek und Sint-Genesius-Rode Gebiete sind, die zur flämischen Sprachgemeinschaft zählen, aber was die frankophonen Bürger betrifft, so gibt es für diese Spracherleichterungen.

Was die Festlegung der Sprachgrenze betrifft, so erfolgt diese in zwei Etappen. Denn im Jahre 1962 wird die Grenze der Wallonie und Flanderns festgelegt und im Jahr darauf, im Jahre 1963, wird der Grenzverlauf der Region Brüssel festgelegt und zudem besteht der Großraum Brüssel aus 19 Gemeinden.

Am 2. August 1962 wird ein Gesetz bezüglich des Unterrichtswesens erlassen. Darin wird festgelegt, dass nur Kinder die in einer Gemeinde mit Spracherleichterungen leben und Frankophon sind, eine französischsprachige Schule besuchen dürfen. In allen anderen flämischen Gemeinden werden die französischsprachigen Schulen geschlossen.

Mit dem Gesetz vom 9. August 1963 wird festgelegt, dass bei Gericht ausschließlich die Sprache der jeweiligen Sprachgemeinschaft verwendet werden darf. Des weiteren wird mit

dem Gesetz vom 30. Juli 1963 festgelegt, dass es zu keinen Ausnahmen in Bezug auf das Regionalprinzip mehr kommen kann.

Am 18. Juli 1966 kommt es zu einem königlichen Erlass, in welchem die noch beibehaltenen Teile des Sprachengesetzes aus dem Jahre 1932 und die Sprachengesetze von 1962 und 1963 zu einem koordinierten Gesetz verbunden werden. Dadurch ändert sich den Sprachgebrauch betreffend einer Sache erheblich. Es gilt nun die Regel, dass man sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens der Sprache der Region zu bedienen hat. Es darf folglich nicht mehr selbst darüber bestimmt werden, was die Familiensprache ist, welche in weiterer Folge dann auch im öffentlichen Bereich zur Anwendung kommt.

Im Juli 1963 debattiert die Regierung über ein Projekt die Verwendung der Sprache in der Verwaltung und im Unterrichtswesen betreffend. Obwohl die Regierung zurücktreten möchte, stimmt der König diesem Entschluss nicht zu. Aus diesem Grund sind sowohl die Regierung als auch die Parteien gezwungen eine Lösung zu finden. Doch diese ist für die Flamen wiederum nicht tragbar, denn für sie bedeutet dieser Kompromiss, dass in Brüssel und dessen Peripherie weiterhin das Französische im Vormarsch ist.

Am Beginn des Jahres 1968 kommt es zur Affäre von Löwen (Louvain) und dabei handelt es sich wieder um eine Sprachenkrise. Der flämischen Bewegung ist es ein Dorn im Auge, dass es an der Universität von Löwen eine französischsprachige Abteilung gibt, denn dies widerspricht deren Meinung nach gegen das Prinzip der sprachlichen Homogenität in Flandern. Dieser erneute Streit hat eine Regierungskrise zur Folge und bedingt auch vorgezogene Neuwahlen. Schlussendlich fällt der Entschluss, dass sich die Universität spaltet. Die französische Universität die aus dieser Spaltung hervorgeht trägt den Namen Louvain-La-Neuve und sie befindet sich in Wallonisch-Brabant.

2.7.4. Fünf Staatsreformen und noch immer keine Einigung^{15 16 17 18}

Zwischen den Jahren 1968 und 1971 kümmert sich die Regierung um eine Verfassungsreform. Dabei geht es vor allem um die sprachlichen Regionen und um deren kulturelle als auch regionale Autonomie. Es werden kulturelle Gemeinschaften und Regionen gebildet. In Bezug auf die Kompetenz, die Reichweite und die Zusammenstellung der Behörden werden genaue Angaben gemacht.

Des Weiteren existiert ab diesem Zeitpunkt auch das System der Parität bei den Ministern in Bezug auf ihre Sprachzugehörigkeit. Wobei die Staatssekretäre von dieser Regelung ausgenommen sind. Außerdem müssen ideologische Minderheiten geschützt werden und sie dürfen keinerlei Diskriminierung erfahren. Finden mindestens drei Viertel der Angehörigen einer Sprachgruppe, dass ein neues Projekt oder eine Entscheidung den Interessen der eigenen Gemeinschaft widerspricht, dürfen sie Einspruch erheben.

Das Königreich Belgien erfährt ab dem Jahre 1970 fünf Staatsreformen, welche dazu führen, dass aus dem unitarischen Zentralstaat ein Bundesstaat wird. Die erste dieser Staatsreformen, welche im Jahre 1970 vollzogen wird, führt dazu, dass sowohl die Sprachgrenze, als auch das Sprachgebiet in der Verfassung festgehalten werden. Zudem kommt es zur Gründung der niederländischen Kulturgemeinschaft, der französischen Kulturgemeinschaft und der deutschen Kulturgemeinschaft. Jede dieser Kulturgemeinschaften wird mit einem Kulturrat und einer parlamentarischen Vertretung ausgestattet, wobei die Befugnisse in kulturellen Angelegenheiten des Kulturrates der deutschen Kulturgemeinschaft nur eingeschränkt sind. Neben dieser Teilung in drei Kulturgemeinschaften erfolgt auch die Grundsteinlegung für eine Spaltung in drei Regionen, nämlich der wallonischen Region, der flämischen Region und der Region Brüssel Hauptstadt. Diese Einteilungen Belgiens sowohl in Kulturgemeinschaften, als auch in Regionen hängt damit zusammen, dass die Flamen und die Wallonen unterschiedliche Forderungen stellen. Die Flamen fordern kulturelle Autonomie und aus

¹⁵ vgl. http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/bildung_des_foederalen_staats/erste_und_zweite_staatsreform/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

¹⁶ vgl. http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/bildung_des_foederalen_staats/dritte_und_vierte_staatsreform/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

¹⁷ vgl. http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/bildung_des_foederalen_staats/fuenfte_staatsreform/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

¹⁸ vgl. http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-365/192_read-767/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

diesem Grunde werden die Kulturgemeinschaften gebildet. Die Wallonen hingegen wollen wirtschaftliche Unabhängigkeit und daher werden die Regionen gebildet.

Zur zweiten Staatsreform kommt es im Jahre 1980, und im Zuge dieser kommt es zur Umwandlung der Kulturgemeinschaften in Gemeinschaften. Diesen Gemeinschaften ist es gestattet Fragen die Kultur betreffend selbst zu behandeln. Zudem haben diese Gemeinschaften auch die Zuständigkeit im Gesundheitswesen und im Sozialwesen. Jede dieser Gemeinschaften hat ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung. Zudem werden zwei Regionen gegründet, dabei handelt es sich um die flämische Region und die wallonische Region. Diese beiden Regionen haben ebenfalls einen Rat und eine Regierung. Wobei es einen Unterschied bei den Flamen und den Wallonen gibt. Bei den Flamen bilden die Gemeinschaft und die Region eine Einheit, das bedeutet, dass sie den Rat und die Regierung der flämischen Gemeinschaft, mit dem Rat und der Regierung der flämischen Region zusammenlegt, bei den Wallonen ist das nicht der Fall, was zwei wesentliche Gründe hat. Zum einen befinden sich die deutschsprachigen Gebiete in der Wallonie und mit dieser Regelung gehört dieses zwar zur wallonischen Region nicht aber zur französischen Gemeinschaft. Des Weiteren ist es möglich, dass die Sprecher der französischen Sprache, welche in Brüssel leben zur französischen Gemeinschaft gehören.

In den Jahren 1988 und 1989 wird die dritte Staatsreform vollzogen. Es erfolgt hiermit die Gleichstellung der Region Brüssel Hauptstadt mit den anderen Regionen. Zudem werden die Kompetenzen um die Bereiche Verkehr, Infrastruktur und Wirtschaftspolitik jeder Region erweitert. Was das Unterrichtswesen betrifft, so kann jede Gemeinschaft das ab diesem Zeitpunkt selbst regeln.

Die vierte Staatsreform erfolgt im Jahre 1993 und somit ist Belgien nun ein Bundesstaat. Zudem wird die Provinz Brabant zweigeteilt, in die Provinz Flämisch-Brabant und die Provinz Wallonisch-Brabant. Seit dieser vierten Staatsreform dürfen sowohl die Gemeinschaften, als auch die Regionen internationale Verträge abschließen.

Die fünfte Staatsreform erfolgt im Jahre 2001. Die Kompetenzen der Gliedstaaten werden erweitert. Im Zuge dieser fünften Staatsreform werden zwei Abkommen geschlossen, dabei handelt es sich um das Lambermontabkommen und das Lombardabkommen. Im Rahmen des Lambermontabkommen bekommen sowohl die Regionen als auch die Gemeinschaften mehr Kompetenz. In den Bereich der Regionen fallen ab dem Jahre 2001 die Kommunalverfassung und die Provinzverfassung. Zudem bekommen die Regionen die Kompetenzen über die

Landwirtschaft, die Seefischerei und den Außenhandel zugewiesen. Zu Änderungen in der Funktionsweise der Brüsseler Institutionen kommt es durch das Lombardabkommen. Durch dieses Abkommen werden die sechs Brüsseler Mitglieder des Flämischen Parlaments direkt gewählt.

2.7.5. Die weitere Entwicklung

Belgien kommt auch nach diesen fünf Staatsreformen nicht zur Ruhe und es flammen immer wieder Konflikte zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften auf, welche auch dazu beitragen, dass in Belgien die Regierungen oft zu Fall gebracht werden. Dies bedingt Neuwahlen, welche in manchen Fällen zu Staatskrisen führen.

Die letzte stabile Regierung, also eine Regierung die nicht vorzeitig zurückgetritt, hat Belgien zwischen 2003 und 2008 unter dem Premierminister Guy Verhofstaedt, der hier schon seine zweite Legislaturperiode als Premierminister bestreitet. Seit den Parlamentswahlen im Jahre 2007, bei denen Yves Leterme mit seiner CD&V und sein Kartellpartner die N-VA, als Wahlsieger hervorgegangen ist, löst in Belgien eine Regierung die nächste und es kommt immer wieder zu Staatskrisen.

Auf die weitere Entwicklung in Belgien werde ich in Punkt 4 weiter eingehen, doch zuvor möchte ich mich unter Punkt drei mit den Sprachen und der Sprachgesetzgebung in Belgien auseinandersetzen.

3. Sprachen und Sprachgesetzgebung in Belgien^{19 20 21 22 23}

^{24 25 26}

Nachdem ich in Punkt 2 dieser vorliegenden Diplomarbeit ausführlich auf die Geschichte des Föderalstaates Belgien eingegangen bin, möchte ich in diesem Kapitel der Frage nachgehen, welche Sprachen heute im Königreich Belgien gesprochen werden und wie die Sprachverwendung gesetzlich geregelt ist.

Vorweg ist es mir ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass ich aus Platzgründen im Bereich der Sprachgesetzgebung nicht auf jedes Sprachgesetz und jedes Detail, beziehungsweise jede Ausnahmeregelung eingehen werde. Die Bereiche welche ich dabei erwähnen werde, sind das Unterrichtswesen, das Gerichtswesen und die Administration. Es geht mir hier vorwiegend darum zu erläutern welche Sprachgesetze es gibt und wie die Sprachverwendung in manchen Bereichen geregelt ist.

Zudem weise ich darauf hin, dass ich hauptsächlich auf die flämische Gemeinschaft und die französische Gemeinschaft eingehen werde und natürlich auch auf die Region Brüssel-Hauptstadt, denn der Sprachenkonflikt, auf den ich in den folgenden Kapitel dieser Diplomarbeit weiter eingehen werde und der auch das Thema dieser Diplomarbeit ist, herrscht hauptsächlich zwischen diesen beiden großen Sprachgruppen. Ich werde daher die Sprachgesetzgebung in der deutschsprachigen Gemeinschaft zwar kurz erwähnen, aber keinesfalls auf Details näher eingehen, da diese Gemeinschaft nicht das Thema dieser Diplomarbeit ist.

¹⁹ vgl. Blampain, 1997, Seite 449-458

²⁰ vgl. Blampain, 1997, Seite 459-481

²¹ vgl. Hecking, 1993, Seite 17-25, 74-99

²² vgl. http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_pol-Ing.htm [Zugriff: September 2011]

²³ vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: September 2011]

²⁴ vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefrn.htm> [Zugriff: September 2011]

²⁵ vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/EtatsNsouverains/bruxelles-capitale.htm> [Zugriff: September 2011]

²⁶ vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat.htm> [Zugriff: September 2011]

3.1. Belgien und seine Sprachen

Wie aus Punkt zwei dieser Arbeit hervorgeht ist das Königreich Belgien ein Staat im Westen Europas, der eine sehr bewegte Geschichte hinter sich hat, obwohl dieser Staat noch nicht einmal sein 200jähriges Bestehen feiern konnte. Zudem geht aus dem vorangegangenen Kapitel hervor, dass es in Belgien nicht nur eine offizielle Sprache gibt, sondern gleich drei, nämlich (in alphabetischer Reihenfolge) Deutsch, Französisch und Niederländisch, auch als Flämisch bezeichnet. Diese drei Sprachen werden aber trotz der in der Verfassung garantierten Sprachenfreiheit nicht in ganz Belgien verwendet, sondern finden nur in ihrem jeweiligen Sprachgebiet Anwendung. So spricht man das Niederländische in Flandern, also im Norden des Landes, hingegen im Süden des Landes, also in der Wallonie, wird die französische Sprache gesprochen. Wobei nicht unerwähnt bleiben darf, dass diese beiden Sprachen teilweise auch im anderen Sprachgebiet Anwendung finden, dabei handelt es sich vor allem um die Gemeinden mit Spracherleichterungen. Die deutsche Sprache wird lediglich im Osten des Landes an der Grenze zu Deutschland gesprochen, dabei handelt es sich um jene Gebiete die nach dem ersten Weltkrieg von Deutschland an Belgien abgegeben werden mussten. Nur die Hauptstadt Brüssel und die 19 Gemeinden, welche die Region Brüssel-Hauptstadt bilden, sind offiziell zweisprachige Gebiete, in denen sowohl das Flämische als auch das Französische Anwendung finden.

Daran ist deutlich erkennbar, dass in diesem Kleinstaat neben einer romanischen Sprache auch germanische Sprachen gesprochen werden. Es ist aber bei weitem nicht so, dass es nur diese drei Sprachen gibt, sondern daneben gibt es noch eine Reihe von Regionalsprachen, welche ich hier kurz erwähnen möchte. Neben Regionalsprachen die zur romanischen Sprachfamilie gezählt werden, existieren in Belgien auch Regionalsprachen, welche zur germanischen Sprachfamilie gehören.

In der Provinz Hennegau wird das Wallonische gesprochen, wobei sich dieses in mehrere Dialekte unterteilt: Das Ostwallonische, welches auch als liegeois bezeichnet wird und in der Gegend von Lüttich gesprochen wird. Daneben gibt es noch das Zentralwallonische, auch als namurois bezeichnet, welches in der Gegend von Namur gesprochen wird. Außerdem gibt es ebenfalls noch das Westwallonische, das in der Umgebung von Charleroi gesprochen wird.

Neben dem wallonischen, das zur romanischen Sprachfamilie gehört, existieren noch weitere Regionalsprachen in Belgien die dieser Sprachfamilie zugerechnet werden. So wird in ein paar Gemeinden von Namur und Luxemburg champenois gesprochen. In der Provinz

Luxemburg finden sich auch Sprecher des gaumais, das auch als dialecte lorrain bezeichnet wird. Eine weitere romanische Sprache die in Belgien Anwendung findet ist das rouchi im Westen von Hennegau.

Zu den Regionalsprachen der germanischen Sprachfamilie zählen das luxemburgeoise in der Provinz Luxemburg und das francique ripuaire in der Provinz Lüttich.

Zudem werden in Belgien auch vier Dialekte des Niederländischen gesprochen. In Enghien spricht man brabançon und in Aubel, Plombières, Wekkenraedt, Baelen, Kelmit, Lontzen und Eupen wird das limbourgeoise gesprochen. Ein weiterer Dialekt ist das flamand, welches sich in drei Untergruppen gliedert: Nämlich das flamande de Zélande, welches nur in den Niederlanden gesprochen wird, das flamande occidental in Westflandern und das flamande oriental wird in Ostflandern gesprochen. Ein weiterer Dialekt ist das francique Carolingien.

3.2. Belgien der Föderalstaat

Das Königreich Belgien besteht aus den zehn Provinzen Antwerpen, flämisch Brabant, Hennegau, Limburg, Luxemburg, Lüttich, Namur, Ostflandern, wallonisch Brabant und Westflandern. Diese Provinzen wiederum gliedern sich weiter in Gemeinden auf. Zudem gibt es auch noch die Unterteilung in Regionen, Gemeinschaften und Sprachregionen.

3.2.1. Die zweifache Gliederung Belgiens

Im Jahre 1993 kommt es im Königreich Belgien zu einer erneuten Verfassungsreform, welche am 1. Januar 1995 in Kraft tritt. Diese Verfassungsreform führt dazu, dass aus dem Einheitsstaat Belgien ein Bundesstaat wird, welcher sowohl in drei Regionen als auch in drei Gemeinschaften unterteilt ist. Die drei Regionen sind die flämische Region, die wallonische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt. Was diese Regionen betrifft, so sind diese wirtschaftlich autonom. Bei den drei Gemeinschaften handelt es sich um die flämische Gemeinschaft, die französische Gemeinschaft und die deutsche Gemeinschaft. Der Grund für diese föderale Gliederung sowohl in Gemeinschaften als auch Regionen ist das Resultat der unterschiedlichen Ansichten über die Föderalisierung. Während die Flamen damit bezwecken wollen, dass die Angehörigen ihrer Sprachgruppe, egal ob sie in Flandern oder in Brüssel leben, Autonomie auf dem Gebiet der Kultur erlangen, geht es den Sprechern der französischen Sprache darum ihre eigene sozioökonomische Politik in der wallonischen Region durchführen zu können. Die Flamen bevorzugen folglich die Unterteilung des Königreiches Belgien in Gemeinschaften und die Frankophonen wollen die Unterteilung in Regionen.

Diese Aufteilung in jeweils drei Gemeinschaften und drei Regionen hat zur Folge, dass in einem einzigen Staat, nämlich dem Königreich Belgien, gleich sechs unterschiedliche gesetzgebende Instanzen nebeneinander existieren. Zu diesen sechs gesetzgebenden Instanzen zählen zum einen das Bundesparlament mit seiner Abgeordnetenkommission und dem Senat. Daneben gibt es den Vlaamse Raad, also den flämischen Rat, welcher das flämische Parlament und das Parlament der flämischen Gemeinschaft umfasst. Dann existiert als gesetzgebende Instanz das wallonische Parlament, das Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt, das Parlament der französischen Gemeinschaft und das Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft.

Gesetze, welche vom Bundesparlament verabschiedet werden haben in ganz Belgien, unabhängig von Regionen und Gemeinschaften, Gesetzeskraft. Anders ist die Situation, wenn ein Parlament einer Region oder Gemeinschaft ein Gesetz verabschiedet, denn in diesem Fall hat das Gesetz dann nur in der betreffenden Region, beziehungsweise in der Gemeinschaft, Wirkung.

Die Gemeinschaften und Regionen sind jeweils für die Gesetzgebung, die Exekutive, die Verwaltung und die Finanzen zuständig. Neben diesen Zuständigkeitsbereichen haben beide auch noch unterschiedliche Bereiche für die sie zuständig sind. Auf diese Bereiche werde ich im Verlauf dieses Kapitels noch eingehen.

3.2.1.1. Die Regionen

Wie bereits erwähnt besteht der Bundesstaat Belgien aus drei Regionen. Diese Regionen sind die wallonische Region, die flämische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt. Dies wird in Artikel 3 der belgischen Verfassung festgelegt. Wichtig zu erwähnen ist, dass es sich bei der wallonischen Region um die Wallonie handelt, bei der flämischen Region handelt es sich um Flandern und bei der Region Brüssel-Hauptstadt handelt es sich um den Großraum Brüssel. Die Gründung dieser Regionen erfolgte nach dem Territorialitätsprinzip.

In der belgischen Verfassung wird in Bezug auf die Kompetenzen der Regionen keinerlei Angaben gemacht. Was erwähnt wird ist, dass Gesetze erlassen werden können, welche die Kompetenzen der Regionen regeln. Damit diese Gesetze angewendet werden können, bedarf es einer doppelten Mehrheit in den beiden Sprachgemeinschaften. Gesetze dieser Art gibt es zwei, nämlich eines für die wallonische Region und die flämische Region, welches am 8. August 1980 verabschiedet wird, und das andere ist für die Region Brüssel-Hauptstadt, welches am 12. Januar 1989 verabschiedet wird. In diesen beiden Gesetzen ist festgelegt

worden, dass die Regionen für die Bereiche Raumplanung, Städteplanung, Umweltschutz, Naturbewahrung, Wohnungswesen, Wasserpolitik, Energiepolitik, Agrarpolitik, Beschäftigung, Tiefbau, öffentlicher Verkehr und Wirtschaftspolitik zuständig sind.

Im Jahre 2001 werden die Kompetenzen der Regionen erweitert. So sind diese von nun an ebenfalls für den Außenhandel, die Finanzen und die Aufsicht über die Gemeinden und Provinzen zuständig. Für den Bereich der Sprache werden die Regionen keinesfalls die notwendigen Kompetenzen bekommen.

3.2.1.1.1. Die wallonische Region

Die wallonische Region, welche auch als Wallonie bezeichnet wird besteht aus den fünf Provinzen Hennegau, Luxemburg, Lüttich, Namur und wallonisch Brabant. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die wallonische Region nicht nur die französische Sprachregion umfasst, sondern auch die deutsche Sprachregion beinhaltet, die sich im Osten an der Grenze zu Deutschland befindet.

Die wallonische Region umfasst mehr als die Hälfte, genauer gesagt 55 Prozent der Fläche Belgiens, aber dennoch leben in dieser Region nur ungefähr 32,4 Prozent der Bevölkerung des Königreich Belgiens. Das Gebiet setzt sich aus 262 Gemeinden zusammen. Die Provinz Lüttich beherbergt im Osten neun deutschsprachige Gemeinden.

Das wallonische Parlament, mit seinem Sitz in Namur, setzt sich aus 75 von der Bevölkerung gewählten Mitgliedern zusammen. Aufgrund der Tatsache, dass die neun deutschsprachigen Gemeinschaften in den Wahlkreis Verviers fallen, ist es nicht verwunderlich, dass im wallonischen Parlament neben französischsprachigen Abgeordneten ebenfalls deutschsprachige Abgeordnete tagen. Diese deutschsprachigen Abgeordneten haben ebenfalls das Recht zur gleichen Zeit im Parlament der deutschsprachigen Region zu tagen, wobei sie dort nur eine beratende Funktion inne haben.

Alle Abgeordneten des wallonischen Parlaments haben automatisch einen Sitz im Parlament der französischen Gemeinschaft. Somit hätten auch die Angehörigen der deutschsprachigen Gemeinschaft in dieser gesetzgebenden Instanz Vertreter. Jedoch wird festgelegt, dass nur Abgeordnete des wallonischen Parlaments, welche den Eid auf Französisch leisten ebenfalls im Parlament der französischen Gemeinschaft tagen können. Wenn der Eid auf Deutsch geleistet wird, dann bekommt der Stellvertreter dieses Abgeordneten den Platz im Parlament der französischen Gemeinschaft. Das führt dazu, dass die Parteien des Bezirks Verviers

darauf aufpassen, an welcher Stelle sie einen Deutschsprachigen positionieren, damit sie einen zusätzlichen Vertreter in der wallonischen Region bekommen.

3.2.1.1.2. Die flämische Region

Wie auch die wallonische Region, besteht die flämische Region, welche auch die Bezeichnung Flandern trägt, aus fünf Provinzen. Diese fünf Provinzen sind Antwerpen, flämisch Brabant, Limburg, Ostflandern und Westflandern.

Flächenmäßig ist Flandern kleiner als die Wallonie, da es nur 44 Prozent der Oberfläche Belgiens einnimmt, aber Flandern hat eine höhere Bevölkerungsanzahl. Anders ausgedrückt leben 57,6 Prozent der belgischen Bevölkerung in Flandern. Was die Anzahl der Gemeinden betrifft, so setzt sich Flandern aus 308 Gemeinden zusammen.

Im Gegensatz zur wallonischen Region und der französischen Gemeinschaft haben die flämische Region und die flämische Gemeinschaft das flämische Parlament und das Parlament der flämischen Gemeinschaft zum flämischen Rat (= Vlaamse Raad) zusammengelegt. Daneben gibt es noch die flämische Regierung (= Vlaamse Regering), die für die Exekutive zuständig ist.

3.2.1.1.3. Die Region Brüssel-Hauptstadt

Die Stadt Brüssel ist nicht nur die Hauptstadt Belgiens und eine der wichtigen Städte der Europäischen Union, da sie neben dem Europäischen Parlament auch die Europäische Kommission beherbergt. Sondern Brüssel ist zudem noch Hauptstadt von Flandern und der flämischen Gemeinschaft.

Obwohl sich die Region Brüssel-Hauptstadt in der Provinz flämisch Brabant befindet und somit eine Enklave bildet, handelt es sich bei dieser Region um eine zweisprachige Region, in der sowohl das Französische als auch das Niederländische gesprochen wird.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass sich heute die Mehrheit der Bevölkerung in Brüssel des Französischen bedient und nicht des Niederländischen. Es kann also durchaus davon ausgegangen werden, dass ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung Brüssels Frankophone sind und lediglich zehn Prozent der Brüsseler Bevölkerung der niederländischen Sprachgemeinschaft angehören. Die restlichen 20 Prozent der Bevölkerung von Brüssel entfallen auf die Personen, welche eine andere Sprache als Französisch oder Niederländisch sprechen.

Die Region Brüssel-Hauptstadt besteht aus den folgenden 19 Gemeinden: Anderlecht, Auderghem, Berchem, Brüssel, Etterbeek, Evere, Forest, Ganshoren, Ixelles, Jette, Koekelberg, Molenbeek-Saint-Jean, Saint-Gilles, Saint-Josse-ten-Noode, Schaerbeek, Uccle, Watermael-Boitsfort, woluwe-Saint-Lambert und Woluwe-Saint-Pierre.

Im Parlament von Brüssel-Hauptstadt sitzen 75 Abgeordnete, welche aus den beiden großen Sprachgemeinschaften, also aus Flandern und der Wallonie kommen. Es ist nicht genau festgelegt, wie viele Abgeordnete aus jeder Region kommen müssen und daher ist die Verteilung jedes Mal eine andere, abhängig davon, wie sie auf den französischen und den flämischen Listen gewählt worden sind. Was die Regierung von Brüssel-Hauptstadt anbelangt, so setzt sich dieses aus zwei frankophonen Ministern und zwei niederländischsprachigen Ministern zusammen. Neben diesen vier Ministern gibt es noch einen Ministerpräsidenten.

Obwohl die Sprecher des Niederländischen in der Region Brüssel-Hauptstadt lediglich eine Minderheit bilden, haben sie es dennoch erreicht, dass sie in Bezug auf den juristischen Status die Parität mit den Sprechern der französischen Sprache haben. Da es sich bei der Region Brüssel-Hauptstadt um eine zweisprachige Region handelt, müssen auch die Institutionen zweisprachig sein. Das führt dazu, dass sich die Einwohner Brüssels aussuchen können, welche Sprache ihre Verwaltungssprache oder auch ihre Schulsprache ist. Es gibt aber eine Einschränkung, was den Bilinguismus in den Institutionen betrifft, denn es müssen nur die folgenden Einrichtungen zweisprachig Französisch und Niederländisch sein: Einerseits alle Einrichtungen, welche zur Bundesverwaltung gehören und andererseits auch alle Verwaltungsorganisationen der Region Brüssel-Hauptstadt. Zudem sind auch die Einrichtungen, welche zu den 19 Gemeindeverwaltungen gehören verpflichtet, ihre Dienstleistungen in beiden Sprachen anzubieten. Des Weiteren müssen alle Einrichtungen und Vereine die die beiden großen Gemeinschaften betreffen beide Sprachen zulassen.

Die Einrichtungen, die nur zur französischen Gemeinschaft oder nur der flämischen Gemeinschaft angehören, bieten ihre Dienstleistungen nur in der betreffenden Sprache an.

3.2.1.2. Die Gemeinschaften

In Belgien gibt es, wie bereits erwähnt, neben den drei Regionen, auch drei Gemeinschaften. Diese sind die deutschsprachige Gemeinschaft, die flämische Gemeinschaft und die französische Gemeinschaft. Die Deutschsprachigen, welche im deutschen Sprachgebiet beheimatet sind zählen zur deutschsprachigen Gemeinschaft. Hingegen zur französischen

Gemeinschaft zählen alle Bürger der Wallonie, wobei das deutsche Sprachgebiet in diesem Fall wegfällt. Dazu kommen dann ebenfalls alle Frankophonen, welche entweder in Brüssel oder im deutschen Sprachgebiet im Osten der Wallonie leben. Vereinfacht gesagt umfasst die französische Gemeinschaft alle frankophonen Bürger aus Brüssel und alle Einwohner der Wallonie, abgesehen von den deutschsprachigen im deutschen Sprachgebiet, die eine eigene Gemeinschaft bilden. Die Einwohner Flanderns und alle Sprecher der niederländischen Sprache, welche in Brüssel beheimatet sind, fallen in die flämische Gemeinschaft.

Der Grund für die Schaffung der Gemeinschaften ist, dass die Flamen mehr kulturelle Autonomie gefordert haben. Die Gemeinschaften haben drei Kernkompetenzen, das Bildungswesen, die Kultur und die personenbezogenen Angelegenheiten.

Allen drei Gemeinschaften ist gemein, dass sie mit einem Gemeinschaftsparlament und einer Gemeinschaftsregierung ausgestattet sind. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es die Gemeinschaften sind, welche neben dem Bundesstaat für die Sprachgesetzgebung zuständig sind. Wobei in Artikel 129 der belgischen Verfassung folgendes in Bezug auf die Sprachgesetzgebung der Gemeinschaften festgelegt worden ist:

„Art. 129

§ 1er. Les Parlements de la Communauté française et de la Communauté flamande, chacun pour ce qui le concerne, règlent par décret, à l'exclusion du législateur fédéral, l'emploi des langues pour :

1° les matières administratives;

2° l'enseignement dans les établissements créés, subventionnés ou reconnus par les pouvoirs publics;

3° les relations sociales entre les employeurs et leur personnel, ainsi que les actes et documents des entreprises imposés par la loi et les règlements.

§ 2. Ces décrets ont force de loi respectivement dans la région de langue française et dans la région de langue néerlandaise, excepté en ce qui concerne :

- les communes ou groupes de communes contigus à une autre région linguistique et où la loi prescrit ou permet l'emploi d'une autre langue que celle de la région dans laquelle ils sont situés. Pour ces communes, une modification aux règles sur l'emploi des langues dans les matières visées au § 1er ne peut être apportée que par une loi adoptée à la majorité prévue à l'article 4, dernier alinéa;

- les services dont l'activité s'étend au-delà de la région linguistique dans laquelle ils sont établis;

- les institutions fédérales et internationales désignées par la loi dont l'activité est commune à plus d'une communauté.“²⁷

²⁷ http://www.senat.be/www/?MIval=/index_senate&MENUID=14150&LANG=fr [Zugriff: 13. September 2011]

Aus diesem Zitat geht hervor, dass es den Gemeinschaften nur gestattet ist den Sprachgebrauch in der Verwaltung, im Unterrichtswesen und im Bereich der sozialen Beziehungen zwischen dem Arbeitgeber und seinem Personal zu regeln. Wobei sich diese Regelungen im Bereich der Sprache nur auf die jeweilige Sprachregion und die einsprachigen Institutionen in Brüssel beziehen und keinerlei Einfluss auf die Sprachgesetzgebung der anderen Sprachregionen haben kann. Folglich kann die französische Gemeinschaft den Sprachgebrauch nur für die französische Sprachregion, nicht aber für die deutsche Sprachregion regeln. Was die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt betrifft, so darf die französische Sprachgemeinschaft nur auf die Sprachgesetzgebung in den französisch einsprachigen Institutionen und Einrichtungen Einfluss nehmen. Die flämische Gemeinschaft darf den Sprachgebrauch folglich nur in Flandern und in allen niederländisch einsprachigen Einrichtungen und Institutionen in Brüssel regeln.

Was die Institutionen und die Sprachgesetzgebung betrifft, unterscheidet sich die Situation der deutschsprachigen Gemeinschaft von der Situation der französischen Gemeinschaft und der flämischen Gemeinschaft. Denn anders als diese beiden großen Sprachgemeinschaften verfügt die deutschsprachige Gemeinschaft nicht über einen Conseil regional und erst im Jahre 1997 ist festgelegt worden, dass auch die deutschsprachige Gemeinschaft Sprachdekrete erlassen darf. Wobei es in Bezug auf die Sprachgesetzgebung in dieser Gemeinschaft eine weitere Einschränkung gibt, denn sie darf nur im Unterrichtswesen über den Sprachgebrauch verfügen. Das bedeutet, dass sie in den anderen Bereichen dazu verpflichtet ist, sich an die Gesetze des Bundesstaates zu halten.

3.2.2. Die Sprachregionen

Neben den drei Gemeinschaften und den drei Regionen existieren in Belgien ebenfalls vier Sprachregionen, welche auf einer territorialen Unterteilung beruhen. Diese Sprachregionen wurde im Jahre 1970 mit der Verfassungsänderung festgelegt.

Die niederländische Sprachregion ist deckungsgleich mit den fünf flämischen Provinzen. Kurz gesagt entspricht die niederländische Sprachregion Flandern. Genauso verhält es sich mit der französischen Sprachregion, denn diese besteht ebenfalls aus jenen fünf Provinzen, welche auch die Wallonie bilden. Die deutsche Sprachregion umfasst die neun deutschsprachigen Gemeinden in Lüttich. Dabei handelt es sich um Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren, Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und Sankt-Vith. Die zweisprachige Sprachregion deckt sich wieder mit der Region Brüssel-Hauptstadt.

3.3. Sprachgesetzgebung in Belgien unter besonderer Berücksichtigung des Französischen

In diesem Unterkapitel widme ich mich der Sprachgesetzgebung in Belgien. Zuerst werde ich allgemein auf die Sprachverwendung in Zusammenhang mit der belgischen Verfassung eingehen und in weiterer Folge werde ich in aller Kürze auf die Sprachgesetzgebung im Gerichtswesen und in der Verwaltung eingehen. Den Abschluss dieses Kapitels bildet eine nähere Darstellung der Sprachgesetzgebung im belgischen Unterrichtswesen, wobei ich hier sowohl auf die Situation in der Wallonie als auch in Flandern eingehen werde.

3.3.1. Die Sprachen in der belgischen Verfassung

In der belgischen Verfassung ist neben der Aufteilung des Königreiches Belgien in Gemeinschaften und Regionen auch sein Sprachengebrauch geregelt. Neben der Verfassung gibt es eine Reihe von Sprachengesetzen, welche sich mit dem Thema der Sprachen auseinandersetzen. In diesem Unterkapitel möchte ich auf die wichtigsten Artikel der belgischen Verfassung eingehen, welche sich mit dem Sprachgebrauch auseinandersetzen.

In Artikel 30 der Verfassung steht folgendes:

„Art. 30 L'emploi des langues usitées en Belgique est facultatif; il ne peut être réglé que par la loi, et seulement pour les actes de l'autorité publique et pour les affaires judiciaires.“²⁸

In diesem Artikel geht es darum, dass es jedem Bürger Belgiens möglich sein muss die drei offiziellen Staatssprachen in jedem Gebiet ohne Einschränkungen zu verwenden. Zudem ist es auch egal, um welchen Bereich es sich handelt. Es muss allerdings erwähnt werden, dass es in Bezug auf dieses Freiheitsprinzip der Sprachverwendung auch Beschränkungen gibt. Die erste Beschränkungen geht aus Artikel 30 der Verfassung selbst hervor. Denn neben dem fakultativen Sprachgebrauch steht in diesem Artikel folgendes: „er [der Sprachgebrauch] darf nur durch Gesetz und allein für Handlungen der öffentlichen Gewalt und für Gerichtsangelegenheiten geregelt werden.“²⁹ Das bedeutet, dass mittels Gesetzen festgelegt werden kann, dass der Sprachgebrauch in gewissen Bereichen nicht mehr frei ist, folglich eine

²⁸ http://www.senat.be/www/?MIval=/index_senate&MENUID=14150&LANG=fr [Zugriff: 8. September 2011]

²⁹ http://www.senate.be/deutsch/const_de.html [Zugriff: 8. September 2011]

bestimmte Sprache verwendet werden muss. Auf diese Gesetze werde ich im weiteren Verlauf dieses Kapitels mit seinen Unterkapiteln näher eingehen.

Außerdem legt diese Verfassung in Artikel 4 fest, dass Belgien in vier Sprachregionen geteilt wird. Bei diesen vier Sprachregionen handelt es sich um die deutsche Region, die französische Region, die niederländische Region und die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt. Die französische Sprachregion hat das Französische als offizielle Sprache und die niederländische Sprachregion hat das Niederländische zur offiziellen Sprache. Deutsch ist die offizielle Sprache in der deutschen Sprachregion. In der Region Brüssel-Hauptstadt sind das Französische und das Niederländische nebeneinander die offiziellen Sprachen.

Zudem wird ebenfalls in der belgischen Verfassung in Artikel 129 Paragraph 1 festgelegt, dass die beiden großen Gemeinschaften, also die flämische Gemeinschaft und die französische Gemeinschaft in gewissen Bereichen selbst über den Sprachgebrauch auf ihrem Territorium bestimmen können. Bei diesen Bereichen handelt es sich um die Verwaltung, das Unterrichtswesen und den sozialen Kontakt in Bezug auf den Arbeitgeber und seinem Personal. Der Paragraph 1 des Verfassungsartikels aus dem das vorhin Gesagte hervorgeht lautet wie folgt:

„Art. 129 1er. Les Parlements de la Communauté française et de la Communauté flamande, chacun pour ce qui le concerne, règlent par décret, à l'exclusion du législateur fédéral, l'emploi des langues pour :

- 1° les matières administratives;
- 2° l'enseignement dans les établissements créés, subventionnés ou reconnus par les pouvoirs publics;
- 3° les relations sociales entre les employeurs et leur personnel, ainsi que les actes et documents des entreprises imposés par la loi et les règlements.”³⁰

Wie ich bereits im Kapitel über die Geschichte Belgiens erwähnt habe, kommt es im Jahre 1963 zur endgültigen Festlegung der Sprachengrenze zwischen der Wallonie und Flandern. Das Ziehen dieser Sprachengrenze hat aber weitreichende Folgen. So ist es bei weitem nicht der Fall, dass alle Flamen ausschließlich in Flandern leben oder, dass alle Frankophonen in der Wallonie beheimatet sind. Anders ausgedrückt, es gibt in jedem Gebiet Minderheiten der anderen Sprachgruppe. Manche der Gemeinden, in denen ein höherer Anteil an Anderssprachigen beheimatet ist, tragen heute die Bezeichnung ‚communes à facilités‘ zu

³⁰ http://www.senat.be/www/?MIval=/index_senate&MENUID=14150&LANG=fr [Zugriff 9. September 2011]

Deutsch Gemeinden mit Spracherleichterungen oder auch Fazilitätengemeinden. Ich werde im weiteren Verlauf dieser Arbeit den Begriff ‚Gemeinden mit Spracherleichterungen‘ verwenden. In diesen Gemeinden mit Spracherleichterungen gibt es für den jeweils anderssprachigen Bevölkerungsanteil besondere Regelungen den Sprachgebrauch betreffend. Auf diese Gemeinden mit Spracherleichterungen und den Besonderheiten im Sprachgebrauch werde ich in einem der folgenden Unterkapitel näher eingehen.

Was Gesetze und Dekrete anbelangt, so werden diese sowohl auf Französisch, als auch auf Niederländisch veröffentlicht. Zudem ist es ebenfalls der Fall, dass die Bundesbehörde jedes ihrer Dokumente in diesen beiden Sprachen, also auf Niederländisch und auf Französisch veröffentlichen muss.

Neben dem Französischen und dem Niederländischen wird im Königreich Belgien, wie ich bereits in Punkt 3.1. erwähnt habe, auch die deutsche Sprache gesprochen, die ebenfalls eine offizielle Sprache ist. Es ist aber bei weitem nicht der Fall, dass das Deutsche die gleichen Rechte besitzt wie die beiden anderen offiziellen Sprachen dieses Staates. Das bedeutet nichts anderes, als dass die deutsche Sprache außerhalb der deutschen Sprachregion und der deutschsprachigen Gemeinschaft keinen Status hat. Dies hat zur Konsequenz, dass die Angehörigen der deutschsprachigen Gemeinschaft nicht umhin kommen sich entweder die französische Sprache oder die niederländische Sprache anzueignen, um die Bundesgesetze zu verstehen. Mittlerweile hat der Verfassungsgerichtshof jedoch festgelegt, dass Übersetzungen ins Deutsche von Gesetzen und Verordnungen angefertigt werden müssen.

3.3.2. Die Zuständigkeiten der Gemeinschaften

Die drei Gemeinschaften in Belgien, also die französischsprachige Gemeinschaft, die flämische Gemeinschaft und die deutschsprachige Gemeinschaft haben, was die Sprachverwendung anbelangt, gewisse Zuständigkeiten. Wobei ich gleich vorweg erwähnen möchte, dass sich diese Zuständigkeiten in den diversen Bereichen, nicht auf ganz Belgien erstrecken, sondern nur auf gewisse Territorien.

Die beiden großen Sprachgemeinschaften haben beide in den gleichen sechs Bereichen Zuständigkeiten, welche in den Verfassungsartikeln 127 und 129 eindeutig festgelegt sind. Zum einen sind die beiden Gemeinschaften für die Kultur zuständig, hierbei geht es neben dem Tourismus und den Medien hauptsächlich darum, dass das kulturelle Erbe bewahrt wird. Zum anderen sind, wie im vorhergegangenen Punkt bereits erwähnt, sie für den Sprachgebrauch in drei Bereichen, nämlich dem Unterrichtswesen, der Verwaltung und der

Beziehung zwischen dem Arbeitgeber und seinem Personal verantwortlich. Wobei es hier in beiden Gemeinschaften eine Ausnahme gibt, nämlich die jeweiligen Gemeinden mit Spracherleichterungen. Aus Artikel 129 geht in Bezug auf das Unterrichtswesen eindeutig hervor, dass sich die Zuständigkeiten der Gemeinschaften lediglich auf Einrichtungen beziehen, welche durch die öffentlichen Behörden gegründet, subventioniert oder zumindest anerkannt worden sind. Zudem kann jede dieser beiden Gemeinschaften die personengebundenen Angelegenheiten, dazu zählen beispielsweise die Familie, der Jugendschutz, Pensionisten und behinderte Personen selbst regeln. Die weiteren Bereiche in denen die beiden großen Gemeinschaften besondere Zuständigkeiten haben sind das Unterrichtswesen, die Wissenschaftspolitik und die Außenbeziehungen. Was die Außenbeziehungen betrifft, so dürfen diese beiden Gemeinschaften mit anderen Staaten eigene Verträge abschließen. Was die Zuständigkeit im Bereich des Unterrichtswesens betrifft so gibt es laut Verfassungsartikel 127 folgende Einschränkungen:

„l'enseignement, à l'exception :

- a) de la fixation du début et de la fin de l'obligation scolaire;
- b) des conditions minimales pour la délivrance des diplômes;
- c) du régime des pensions;”³¹

Das bedeutet, dass die Gemeinschaften keinen Einfluss darauf nehmen können wie lange die Kinder in ihrer Gemeinschaft verpflichtet sind die Schule zu besuchen und welche Mindestanforderungen erfüllt werden müssen, um die Diplôme zu erlangen. Zudem dürfen sie nicht darüber entscheiden wie es mit den Pensionsregelungen aussieht.

Es ist aber, wie ich eingangs schon erwähnt habe, wichtig darauf hinzuweisen, dass es bei diesen Zuständigkeiten gewisse territoriale Einschränkungen gibt. Die Dekrete der betreffenden Gemeinde, also der französischsprachigen Gemeinde beziehungsweise der flämischsprachigen Gemeinde, finden nur im jeweiligen Gebiet Anwendung, also nur in den Gemeinden, welche zur Sprachgemeinschaft zählen. Wobei die Gemeinden mit Spracherleichterungen für die anderssprachige Bevölkerungsgruppe davon ausgenommen sind, denn dort ist es durch das Gesetz geregelt, dass eine andere Sprache verwendet werden kann. Auch in der Region Brüssel-Hauptstadt finden die Dekrete der jeweiligen Sprachgemeinschaft keine Anwendung, außer in den Institutionen, welche zu einer der beiden

³¹ http://www.senat.be/www/?MIval=/index_senate&MENUID=14150&LANG=fr [Zugriff: 11. September 2011]

Sprachgemeinschaften gehören. Die Dekrete der französischsprachigen Gemeinschaft haben nur in der Wallonie und in den Institutionen der französischsprachigen Gemeinschaft in der Region Brüssel-Hauptstadt Gültigkeit. Ebenfalls besitzen die Dekrete dieser Sprachgemeinschaft in den Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Niederländischsprachigen, also in Comines-Warneton, in Mouscron, in Floberg und Enghien und die deutschsprachigen Gemeinden, also in Malmédy und Waismes, keine Gesetzeskraft. Was die Dekrete der flämischen Gemeinschaft anbelangt, so gelten diese ebenfalls nur für Flandern und für die Institutionen der flämischen Gemeinschaft in der Region Brüssel-Hauptstadt. In den Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Frankophonen haben die Dekrete der flämischen Gemeinschaft keine Gültigkeit. Diese Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Frankophonen sind Messines, Espierres-Helchin, Renaix, Herstappe und Fourons.

Der Rat der deutschsprachigen Gemeinschaft ist für kulturelle und personengebundene Angelegenheiten sowie das Unterrichtswesen zuständig. Wie bei den beiden großen Sprachgemeinschaften gibt es auch hier wieder die Einschränkung, dass die deutschsprachige Gemeinschaft keinerlei Einfluss auf die Dauer der Schulpflicht, auf die Mindestanforderung für Diplome oder die Pensionsregelungen Einfluss nehmen kann.

3.3.3. Die Sprachgesetzgebung im Gerichtswesen

Die Sprachverwendung im Bereich des Gerichtswesens wird im Gesetz vom 15. Juni 1935 betreffend ‚l’emploi des langues en matière judiciaire‘³² festgelegt. Es ist aber wichtig darauf hinzuweisen, dass dieses Gesetz im Laufe der Zeit mehrmals verändert worden ist. In diesem Gesetz ist festgelegt worden, dass in der Wallonie, in Flandern und der deutschen Sprachregion nur die betreffenden Sprachen in den Zivilgerichten und den Handelsgerichten Anwendung finden dürfen. Das bedeutet in weiterer Folge, dass das Gericht immer in der Sprache tagt, die in der jeweiligen Region gesprochen wird. Nun stellt sich die Frage, was passiert, wenn der Angeklagte die betreffende Sprache nicht ausreichend oder gar nicht versteht, da er aus einer anderen Sprachregion stammt. In diesem Fall gibt es drei unterschiedliche Möglichkeiten. Zum einen gibt es die Möglichkeit, dass der Angeklagte den Gerichtsort nicht wechselt und akzeptiert, dass der Prozess in der anderen Sprache stattfindet. Zum anderen hat der Angeklagte das Recht, dass ihm ein Dolmetscher zur Seite gestellt. In diesem Fall ist es notwendig, dass der Richter die Berechtigung dieses Antrages beurteilt. Des weiteren existiert die Möglichkeit des Wechsels des Gerichtsortes.

³² http://www.tlfg.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_pol-lng.htm [Zugriff: 11. September 2011]

Was die Dokumente der Gerichte anbelangt, so gibt es auch hierbei Regeln für die Sprachverwendung. So wird in der französischen Region ausschließlich die französische Sprache und in der niederländischen Region ausschließlich die niederländische Sprache in diesen Dokumenten verwendet. In der deutschen Region werden die Dokumente in Deutsch und auf Französisch verfasst und in der zweisprachigen Region Brüssel-Hauptstadt werden hierfür die Sprachen Französisch und Niederländisch verwendet.

Im Bereich des Zivilrechtes und des Handelsrechtes besteht die Möglichkeit, dass der Angeklagte darum ansucht, dass eine andere Sprache als in der Klageschrift während des Prozesses verwendet wird. Wenn beide Parteien damit einverstanden sind, ist es ebenfalls möglich, dass nicht die Sprache verwendet wird, welche von Gesetzes wegen her verwendet werden müsste. Eine Ausnahme hierbei bildet Brüssel, denn hier wird die Klageschrift in der Sprache verlesen, die in der Region gesprochen wird, in der der Angeklagte wohnhaft ist. Die Sprache der Klageschrift wird auch im Prozess verwendet. Es gibt hier also keinen Sprachwechsel. Der Prozess findet in diesem Falle entweder auf Französisch oder auf Niederländisch statt. Wobei dem Angeklagten das Recht eingeräumt wird auch in Brüssel einen Sprachwechsel zu beantragen, aber hier muss der Richter dem zustimmen und wenn dieser der Ansicht ist, dass der Angeklagte die Sprache der Klageschrift genügend beherrscht, dann kann er diesen Antrag auch ablehnen.

In Brüssel gibt es eine Regelung in Bezug auf die Richter. So ist es Vorschrift, dass zwei Drittel der Richter in Brüssel zweisprachig sind, also sowohl Französisch als auch Niederländisch sprechen. Wobei es ebenfalls notwendig sind, dass die eine Hälfte der Richter Flamen sind und die andere Hälfte Wallonen. Es ist aber nicht so, dass diese zweisprachigen Richter in beiden Sprachen prozessieren dürfen. Anders ausgedrückt, sie dürfen nur Prozessen vorsitzen, welche in der Sprache ihres Diploms stattfinden.

Was die deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, so wird auch diesen das Recht zugestanden in ihrer Sprachregion vor Gericht die deutsche Sprache zu verwenden. Dieses Recht haben sie auch beim Berufungsgericht, welches sich aber nicht in der deutschen Sprachregion befindet. Die Deutschsprachigen sind mit der Situation dennoch unzufrieden, da es vor allem für jene Deutschsprachigen, welche nicht in der deutschen Sprachregion beheimatet sind, kaum die Möglichkeit besteht, dass der Prozess auf Deutsch abgehalten wird.

3.3.4. Die Sprachgesetzgebung in der Verwaltung

Das Gesetz in Bezug auf die Sprachverwendung in der Verwaltung, das so genannte ‚Loi sur l’emploi des langues en matière administrative‘³³ wird am 18. Juli 1966 veröffentlicht. Der Artikel 10 dieses Gesetzes legt folgendes fest:

„Article 10

Tout service local établi dans la région de langue française, de langue néerlandaise ou de langue allemande utilise exclusivement la langue de sa région dans les services intérieurs, dans ses rapports avec les services dont il relève [...]“³⁴

Daraus geht hervor, dass ausschließlich Französisch in der französischen Sprachregion, ausschließlich Niederländisch in der niederländischen Sprachregion und ausschließlich Deutsch in der deutschen Sprachregion in der Verwaltung verwendet wird. Anders stellt sich die Situation in Brüssel dar, denn dort müssen die Dienstleistungen in beiden Sprachen, also sowohl auf Niederländisch als auch auf Französisch zur Verfügung stehen. Zudem ist in diesem Gesetz ebenfalls geregelt, dass die Bundesbehörde alle ihre Dokumente in allen drei offiziellen Amtssprachen des Königreiches Belgien zu veröffentlichen hat.

In der Verwaltung existieren parallele sprachliche Netze, so genannte ‚réseaux linguistiques parallèles‘³⁵. Das bedeutet, dass es neben einer gewissen Anzahl von einsprachigen Funktionären auch einen gewissen Prozentsatz geben muss, welcher zweisprachig ist. Anders ausgedrückt müssen jeweils 40 Prozent der Funktionäre einsprachig Französisch und einsprachig Niederländisch sein. Die restlichen zwanzig Prozent der Funktionäre müssen zweisprachig sein, wobei die eine Hälfte von diesen Zweisprachigen Flamen und die andere Hälfte der Zweisprachigen Wallonen sein müssen.

Was die Ministerien anbelangt, so sind drei von diesen in zwei Teile nach den beiden großen Sprachgruppen geteilt. Bei diesen drei Ministerien handelt es sich um das Innenministerium, das Justizministerium und das Verteidigungsministerium.

Alle Mitteilungen, welche sich direkt an die Mitglieder der deutschen Sprachgemeinschaft richten, müssen laut Artikel 11 des ‚Loi sur l’emploi des langues en matière administrative‘ vom 18. Juli 1966 auf Deutsch und auf Französisch abgefasst sein. Was die öffentlichen

³³ http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_pol-lng.htm [Zugriff: 12. September 2011]

³⁴ http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_pol-lng.htm [Zugriff: 12. September 2011]

³⁵ http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_pol-lng.htm [Zugriff: 12. September 2011]

Dienstleistungen, wie die Gesundheitsämter, die Sozialämter, die Polizei und so weiter betrifft, so wird in diesen in den meisten Fällen die deutsche Sprache gewählt, obwohl auch die Möglichkeit bestünde sich der französischen Sprache zu bedienen. Obwohl die Funktionäre des Zentralstaates, welche in der deutschen Sprachregion beschäftigt sind, Deutsch können müssen, haben die Meisten nur ungenügende Deutschkenntnisse.

3.3.5 Die Sprachgesetzgebung im Unterrichtswesen

3.3.5.1. Die Wallonie und Flandern

Wie auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens in der Wallonie, so auch in der Schule, ist das Französische die einzige offizielle Sprache. Aber laut Artikel 9 des Gesetzes vom 30. Juli 1993 ist es möglich, dass die Schüler die niederländische Sprache als zweite Sprache lernen, so wie es bei uns in Österreich in den Schulen das Englische ist. Wobei nicht unerwähnt bleiben darf, dass sich die Situation bis heute geändert hat und dieses Gesetz in der Wallonie nicht mehr wirklich Anwendung findet. Denn heutzutage haben die Schüler die Möglichkeit, zwischen dem Niederländischen und dem Englischen als zweite Sprache in der Schule zu wählen. Wobei erwähnt werden muss, dass man nicht umhin kommt die nicht gewählte Sprache zu lernen, denn diese wird in der Schule automatisch dann in weiterer Folge als dritte Sprache gelehrt. Der einzige Unterschied zwischen dem Unterricht als zweite oder dritte Sprache besteht in der Anzahl der Unterrichtsstunden. Denn während für die zweite Sprache zwischen vier und sechs Stunden aufgewendet werden, sind es für die dritte Sprache lediglich zwei bis vier Schulstunden pro Woche.

In Flandern ist die Unterrichtssprache die niederländische Sprache. Im Gegensatz zu den wallonischen Schülern, welche nicht dazu verpflichtet sind Niederländisch als erste Fremdsprache, also als zweite Sprache zu wählen, haben die flämischen Schüler keine andere Wahl als Französisch als erste Fremdsprache zu nehmen. Die flämischen Schüler lernen in ihrer Schulzeit mehrere Sprachen. Bereits im Alter von zehn Jahren erhalten die Schüler in Flandern Unterricht in Französisch. Zwei Jahre später kommt noch Englisch dazu und weitere vier Jahre später lernen diese Schüler in den Schulen auch noch Deutsch. Der einzige Unterschied, neben der Anzahl der Unterrichtsjahre ist der Umfang der Unterrichtsstunden. Denn während der französisch Unterricht zwischen vier und fünf Wochenstunden umfasst, sind es beim Englischen nur noch vier Stunden und beim Deutschen sind es nur zwischen zwei und drei Stunden in der Woche. Wobei es in Bezug auf die Sprachen, welche ein flämisches Kind lernt noch eine Einschränkung gibt, denn die Schüler haben die Möglichkeit

zwischen zwei Modulen zu wählen. Das erste Modul ist das Modul der modernen Sprachen, in welchem die Ausbildung in den Sprachen Niederländisch, Französisch, Englisch und Deutsch erfolgt, wie vorhin beschrieben. Dem gegenüber steht das Modul der alten Kulturen, in welchem die Kindern zwar Niederländisch, Französisch und Englisch lernen, aber anstatt des Deutschunterrichtes haben sie Lateinunterricht, der manchmal mit Griechisch kombiniert wird.

Diese ungleiche Situation was das Lernen der zweiten offiziellen Sprache des Landes betrifft, führt auch dazu, dass die Flamen und die Wallonen unterschiedliche Sprachkenntnisse in der jeweils anderen Sprache haben. Während die Flamen fließend französisch sprechen, haben die Wallonen meist nur rudimentäre Kenntnisse des Niederländischen.

3.3.5.2. Brüssel

In der Region Brüssel-Hauptstadt gibt es andere Regelungen die Sprache des Schulunterrichtes betreffend. Anders ausgedrückt, wird hier nicht automatisch nur auf Niederländisch unterrichtet, obwohl sich Brüssel in Flandern, also im niederländischsprachigen Teil Belgiens befindet. Am 30. Juli 1963 wurde das ‚Loi concernant le regime linguistique dans l’enseignement‘, also das Gesetz zum Sprachengebrauch im Unterrichtswesen veröffentlicht. Dieses Gesetz schreibt vor, dass sich die Unterrichtssprache der Kinder, also die Frage, ob ein Kind, das im Großraum Brüssel lebt, in eine französische Schule oder eine niederländische Schule geht, durch die Muttersprache beziehungsweise durch die Familiensprache des Kindes ergibt. Der Vater ist hierfür verpflichtet eine Spracherklärung abzugeben.

Zudem wird in genau diesem Gesetz in Artikel 17 ebenfalls festgelegt, dass auch Kinder, welche nicht in Brüssel leben, dort in die Schule gehen können, wobei sich dabei die Unterrichtssprache an der Sprache der Region orientiert, in welcher die betreffenden Kinder leben. Somit ist es unumgänglich, dass Kinder, die in der Wallonie leben und in Brüssel in die Schule gehen, dort die frankophonen Schulen frequentieren und umgekehrt ist es Kindern, die in Flandern beheimatet sind, nur gestattet flämische Schulen in Brüssel zu besuchen. Wobei sofort erwähnt werden muss, dass man diese verpflichtende Regelung auch umgehen kann. Mittels einer ‚déclaration linguistique spéciale du père de famille ou tuteur‘³⁶, welche von einer Sprachkommission auf ihre Richtigkeit hin untersucht werden muss, ist es möglich, dass ein Kind dass zwar in Flandern lebt, dessen Muttersprache dennoch französisch ist, eine der

³⁶ <http://www.tlfg.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 12. September 2011]

frankophonen Schulen in Brüssel oder der Wallonie besuchen. Das gleiche gilt für Kinder die in der Wallonie leben, deren Muttersprache Niederländisch ist und durch diese ‚déclaration linguistique‘ die Möglichkeit erhalten eine flämische Schule in Brüssel oder auch Flandern zu besuchen.

Am 26. Juli 1971 wird das ‚Loi sur l’organisation des agglomérations et fédérations communales‘³⁷ veröffentlicht. Durch dieses Gesetz kommt es zu Änderungen betreffend der Sprachverwendung im Unterrichtswesen. Laut diesem Gesetz sind die Spracherklärungen des Vaters nicht mehr notwendig, denn durch Artikel 88 dieses Gesetzes haben die Eltern, welche im Großraum Brüssel leben, von nun an die Möglichkeit selbst auszuwählen, ob ihre Kinder in eine frankophone Schule oder eine flämische Schule gehen.

Aber dieses Gesetz vom 26. Juli 1971 ändert nichts an Artikel 17 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 und auch nichts daran, dass man diesen Artikel auch umgehen kann, wenn man die notwendigen Verwaltungsschritte einhält. Artikel 17 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 lautet wie folgt:

„Article 17

4) Pour les élèves qui s'inscrivent dans une école de l'arrondissement de Bruxelles-Capitale et dont les parents résident en dehors de cet arrondissement, la langue de l'enseignement sera la langue de la région de la résidence des parents, sauf déclaration contraire du chef de famille et approuvée par l'inspection linguistique.“³⁸

Das bedeutet, dass Schüler, die nicht im Großraum Brüssel-Hauptstadt leben, aber in Brüssel in die Schule gehen automatisch entweder in die flämische Schule oder französische Schule gehen, je nachdem, aus welcher Sprachregion sie kommen, also ein Kind aus der Wallonie muss in eine französische Schule und ein Kind aus Flandern muss in eine flämische Schule in Brüssel. Aber wenn das Familienoberhaupt sagt, dass sein Kind die andere Sprache zur Muttersprache habe und das durch eine Sprachinspektion überprüft wurde, dann kann das betreffende Kind auch in die anderssprachige Schule. Also folglich kann dann ein Kind aus der Wallonie auch eine flämische Schule in Brüssel besuchen und ein Kind aus Flandern kann eine flämische Schule in Brüssel besuchen. Diese Ausnahmeregelung erlaubt folglich, dass ein französischsprachiges Kind das in Flandern in einer Gemeinde ohne

³⁷ <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefrn.htm> [Zugriff: 12. September 2011]

³⁸ <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefrn.htm> [Zugriff: 12. September 2011]

Spracherleichterungen lebt, dennoch eine französische Schule entweder in Brüssel oder in der Wallonie besucht. Genauso kann ein niederländischsprachiges Kind das in der Wallonie in einer Gemeinde ohne Spracherleichterungen lebt, eine flämische Schule entweder in Flandern oder in Brüssel aufsuchen. Um die betreffende Schule in Brüssel besuchen zu können, müssen die notwendigen Verwaltungsschritte eingehalten werden.

Aber eigentlich schreibt das Gesetz vor, dass nur jene Kinder deren Muttersprache französisch ist, eine frankophone Schule in Brüssel aufsuchen können, wenn sie in einer Gemeinde Flanderns mit Spracherleichterungen leben. Genauso können laut Gesetz flämische Kinder aus der Wallonie nur dann eine flämische Schule in Brüssel aufsuchen, wenn sie in einer wallonischen Gemeinde mit Spracherleichterungen leben. Wenn aber eine frankophone Familie in Flandern in einer Gemeinde ohne Spracherleichterungen lebt, dann darf sie laut Gesetz ihre Kinder nur in der Wallonie in eine französische Schule geben. Ebenso ist es für die Sprecher der niederländischen Sprache, welche in der Wallonie in einer Gemeinde ohne Spracherleichterungen beheimatet sind, denn diese dürfen ihre Kinder auch nur in eine flämische Schule in Flandern schicken. Zudem dürfen diese Sprecher der niederländischen Sprache ihre Kinder nicht in der Gemeinde Comines in eine flämische Schule geben, sondern ausschließlich in Flandern. Aber wie oben erwähnt, kann diese Regelung umgangen werden, wenn die Betroffenen die notwendigen Schritte bei der Verwaltung in die Wege leiten. Dabei handelt es sich um die Sprachendeklaration von Seiten des Vaters.

Im Gesetz vom 30. Juli 1963 wird zudem ebenfalls die zweite Sprache in allen Schulen in Brüssel festgelegt. So ist es verpflichtend, dass in der französischen Schulen in Brüssel automatisch die niederländische Sprache als zweite Sprache unterrichtet wird. Umgekehrt müssen in allen niederländischen Schulen in Brüssel die Schüler automatisch Französisch als zweite Sprache lernen.

3.3.6. Die Sprachgesetzgebung in den Gemeinden mit Spracherleichterungen

Sowohl in Flandern als auch in der Wallonie existieren Gemeinden mit Spracherleichterungen, in denen ein großer Bevölkerungsanteil der jeweils anderen Sprachgruppe angehört. Ein Problem dieser Gemeinden besteht darin, dass die Flamen und die Wallonen eine andere Ansicht zu diesen Sonderregelungen haben. Die Flamen sind der Meinung, dass es sich dabei lediglich um eine Übergangslösung handelt. Die Wallonen hingegen sind der Ansicht, dass dies ein Dauerzustand ist.

3.3.6.1. Die Wallonie und ihre Gemeinden mit Spracherleichterungen

Zu den Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Sprecher der niederländischen Sprache, zählen Comines, Mouscron, Flobecq und Enghien. In diesen Gemeinden werden den Sprechern des Niederländischen gewisse Erleichterungen zugestanden, was den Sprachgebrauch betrifft. So ist es beispielsweise möglich, dass die Sprecher des Niederländischen in diesen Gemeinden in gewissen Dienstleistungssektoren auf ihre Muttersprache, also das Niederländische, zurückgreifen und sich nicht des Französischen bedienen müssen. Wobei es sich dabei nur eine geringe Zahl von Dienstleistungen handelt und es von Nöten ist, dass die betroffenen Personen den Wunsch äußern sich der niederländischen Sprache bedienen zu können. Wichtig hervorzuheben ist ebenfalls, dass es sich nicht in allen vier Gemeinden um die gleichen Dienstleistungen handelt, welche auch auf Niederländisch zu Verfügung stehen.

Zudem ist es möglich, dass die Bewohner dieser Gemeinden mit Spracherleichterungen verlangen, dass ihre Kinder in Schulen gehen, in denen die Unterrichtssprache die niederländische Sprache ist. Zudem steht es ihnen auch frei zu fordern, dass sie die Dokumente der wallonischen Region in ihrer Muttersprache, also dem Niederländischen erhalten.

Mit dem Gesetz vom 30. Juli 1963 ist festgelegt worden, dass es in Bezug auf die Unterrichtssprache ein gewisses Limit die Spracherleichterungen betreffend gibt. Das bedeutet, vereinfacht gesagt, dass die Spracherleichterungen nur den Vorschulunterricht und den Elementarunterricht betreffen. Was den Sekundarunterricht, den Hochschulunterricht und den Universitätsbetrieb betrifft, so ist festgelegt worden, dass hier die Unterrichtssprache die Sprache der Region ist, also die französische Sprache.

3.3.6.2. Flandern und seine Gemeinden mit Spracherleichterungen

In Flandern gibt es gleich sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen für die französischsprachige Bevölkerung. Diese Gemeinden sind: Messines, Espierres-Helchin, Renaix, Bevére, Herstappe und Fourons.

Grundsätzlich gilt so wie in ganz Flandern auch in diesen Gemeinden, dass das Niederländische die einzige offizielle Sprache ist, aber die flämische Gemeinschaft muss in gewissen Bereichen, nämlich dem Unterrichtswesen, dem Gerichtswesen und der Verwaltung den Sprechern der französischen Sprache entgegenkommen und die Dienstleistungen in diesen Bereichen teilweise auch auf Französisch zulassen. So steht es den Sprechern der französischen Sprache in diesem Gebiet zu, dass für sie die Dokumente der Region auch auf Französisch erhältlich sind und, dass im Falle eines Gerichtsprozesses, dieser auf Französisch abgehalten wird. Ebenfalls dürfen sie ihre Kinder in französischsprachige Schulen schicken, wenn sie dies wollen.

4. Die aktuelle Situation des Sprachenkonflikts in Belgien – von einer Staatskrise zur nächsten

In diesem Kapitel werde ich mich der aktuellen Situation des Sprachenkonflikts in Belgien widmen. Ich werde dabei hauptsächlich auf die beiden Regierungskrisen eingehen, welche Belgien in eine tiefe Staatskrise gestürzt haben. Bei diesen beiden Krisen handelt es sich um die häufigen Regierungswechsel zwischen 2007 und 2010 und den Fall der belgischen Regierung unter Yves Leterme im April 2010 und die daraus resultierende lange andauernde Regierungssuche, welche immer wieder durch den Sprachenstreit bedingt ist.

Dieses Kapitel wird also die Zeit von Juni 2007 bis Anfang Dezember 2011 umfassen.

4.1. Der Beginn der politische Krise in Belgien – Die Parlamentswahlen des Jahres 2007 und die erste Staatskrise

4.1.1. Der lange Weg bis zur Angelobung der neuen Regierung³⁹ 40 41 42 43 44

Am 10. Juni 2007 finden in Belgien Parlamentswahlen statt, welche durch die CD&V, die chrétiens-démocrates Flamands und der NVA (Nouvelle Alliance Flamande), die mit der CD&V verbündet ist, also ein Wahlkartell gebildet hat, gewonnen werden. Yves Leterme, das Parteiobhaupt der CD&V wird als Wahlsieger am 15. Juli 2007 von König Albert II damit beauftragt eine neue Regierung zu bilden und er nimmt sich vor, dass eine große Staatsreform durchgeführt wird damit die Region Flandern mehr Autonomie bekommt. Die Mitglieder der Regierungskoalition mit Yves Leterme als Premierminister kommen aus vier Parteien: den Christdemokraten aus Flandern und der Wallonie und den Liberalen aus Flandern und der Wallonie. Die Regierungsverhandlungen werden, wie ich im Verlauf dieses Kapitels zeigen möchte, sehr lange dauern und Belgien in eine erste Staatskrise stürzen.

³⁹ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/399925-Monde-Les-dates-cles-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴⁰ vgl. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2880892,00.html> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴¹ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/192983-Monde-Les-francophones-de-Bruxelles-prives-de-candidats-aux-legislatives.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴² vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/195112-Monde-Manifestation-a-Bruxelles-pour-l-unite-de-la-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴³ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/192696-Monde-150-jours-sans-gouvernement.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴⁴ vgl. http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/370535/Belgien_Regierungskrise-beendet-Einigung-auf-Koalition [Zugriff: 19. Dezember 2011]

Der Vorgänger von Yves Leterme als Premierminister ist Guy Verhostaedt, dieser erleidet nach zwei Amtsperioden mit seiner Partei, den Sozialisten, bei den Parlamentswahlen von 2007 eine Niederlage und muss sein Amt als Premierminister niederlegen. Aber seine Regierung bleibt bis zur Angelobung der neuen Regierung weiter im Amt und leitet die Amtsgeschäfte kommissarisch.

Ein Grund dafür, dass die Koalitionsgespräche nach diesen Parlamentswahlen so lange dauern, ist, dass sich die Flamen für mehr Autonomie für die Region in Bezug auf die Haushaltspolitik aussprechen, wogegen die Wallonen aber ein Veto einlegen, denn sie würden somit weniger Geld für ihre Region aus Flandern beziehen. Die Frankophonen fordern hingegen, dass der Bundesstaat gestärkt wird und durch diese Stärkung solle es zu einer Garantie der Solidarität zwischen Flamen und Wallonen kommen.

Bei diesen Koalitionsgesprächen streiten sich folglich die Angehörigen der beiden großen Sprachgemeinschaften über die Zuständigkeitsbereiche die einerseits der Bundesstaat hat und andererseits die Regionen haben sollen. Ein weiterer großer Streitpunkt, der an der Regierungskrise des Jahres 2007 schuld ist und in weiterer Folge noch weitere Regierungen zu Fall bringen wird, ist der Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde, den die Flamen abschaffen wollen, die Wallonen aber weiterhin erhalten wollen, um ihre Sonderrechte für die Frankophonen, die dort leben, behalten zu können.

Doch die Positionen der Flamen und der Frankophonen verhärten sich in den Verhandlungen bezüglich einer erneuten Staatsreform und aus diesem Grund resigniert Yves Leterme am 3. August 2007 und legt das Mandat zur Regierungsbildung zurück. Herman van Rompuy wird damit beauftragt einen Kompromiss zwischen den Wallonen und den Flamen zu finden.

Bereits im darauffolgenden Monat, am 29. September 2007 wird Yves Leterme vom König erneut mit der Aufgabe betraut eine neue Regierung zu bilden. Der König ist in der Annahme, dass es Herman van Rompuy bereits gelungen ist einen Konsens der unterschiedlichen Standpunkte in Bezug auf eine neue Staatsreform zu finden.

Doch damit ist die Regierungskrise noch nicht beendet, denn bereits am 7. November desselben Jahres stimmten die flämischen Parteien im Innenausschluss des Parlaments über einen Gesetzesentwurf zur Spaltung des Wahlkreises und Gerichtsbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde ab. Diese Abstimmung führt zu einem Eklat im Parlament, denn die Politiker der frankophonen Parteien drohen damit, nicht weiter über eine neue Regierung zu verhandeln

und aus Protest haben sie nach dieser Abstimmung den Saal verlassen. Die flämischen Politiker haben bei dieser Abstimmung den Vorteil genutzt, dass sie die Mehrheit im Parlament haben, die dadurch bedingt ist, dass sie die Mehrheit der belgischen Bevölkerung darstellen. Die Aufspaltung von Brüssel-Halle-Vilvoorde zielt darauf ab, dass die Frankophonen die im Umland Brüssels leben und Sonderrechte genießen diese verlieren, denn sie würden von nun an nicht mehr für die Repräsentanten ihrer Sprachgemeinschaft stimmen dürfen, sondern nur noch für flämische Politiker und Parteien. Auf das Problem mit Brüssel-Halle-Vilvoorde werde ich im nächsten Kapitel näher eingehen.

Mit dieser Regierungskrise kommt nun auch der Gedanke daran auf, dass das Land Belgien gespalten werden sollte. Bis dahin war das ein Tabu-Thema gewesen. Aber noch im November 2007 finden Demonstrationen in Brüssel statt bei denen die Bevölkerung fordert, dass Belgien nicht gespalten wird. Das zeigt, dass nicht alle Belgier für eine Spaltung des Landes sind. Wobei laut einem Artikel auf www.20minutes.fr drei Viertel der Demonstranten Frankophone bei einer Demonstration am 18. November 2007 waren. Es ist Marie-Claire Houard, aus Lüttich (Liège), die innerhalb von nur drei Monaten 140 000 Unterschriften für ihre Petition, mit der sie die Einheit Belgiens fordert, gesammelt hat und die eine Vielzahl von Menschen versammelt hat, die für die Einheit des Landes demonstrieren.

Aber bereits Anfang Dezember legt Yves Leterme sein Mandat zur Regierungsbildung nieder, denn ihm scheint es unmöglich einen Konsens bezüglich einer Staatsreform zu finden. Folglich gibt es noch immer keine neue Regierung für Belgien und das rund sechs Monate nach den Parlamentswahlen. Aus diesem Grunde muss der Premierminister der vorangehenden Regierung, Guy Verhofstadt (Open-VLD) eine Übergangskabinetten bilden, das so lange im Amt bleibt, bis es gelungen ist eine neue Regierung unter der Leitung von Yves Leterme zu bilden. Dieses Übergangskabinetten wird am 21. Dezember 2007 gebildet mit dem Auftrag Belgien aus der politischen Lähmung zu führen.

Am 25. Februar 2008 kommt es zwischen den wichtigsten frankophonen und flämischen Parteien zur Einigung einer kleinen Staatsreform, wobei in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, dass bei dieser Staatsreform nicht die großen Probleme, also BHV und die größere Autonomie Flanderns geklärt werden. Diese großen Themen sollen erst im Juli 2008 verhandelt werden.

Am 20. März 2008 erhält Belgien nach langer Zeit wieder eine gewählte Regierung und Yves Leterme wird Premierminister. Die Koalition besteht aus fünf Parteien, nämlich den Christdemokraten aus Flandern und der Wallonie, den Liberalen aus Flandern und der Wallonie und den Sozialdemokraten aus der Wallonie.

4.1.2. Eine neue Regierung – aber nur von kurzer Dauer^{45 46 47 48} ⁴⁹

Bereits vier Monate nachdem Yves Leterme zum Premierminister ernannt wurde, gibt er am 15. Juli 2008 seinen Rücktritt bekannt. Diese Rücktrittserklärung wird aber von König Albert II nicht angenommen und er bestimmt, dass Yves Leterme weiter Premierminister bleiben solle. Der Grund für diesen Schritt von Yves Leterme ist, dass er keine Einigung in Bezug auf eine erneute Staatsreform erzielen kann, die aber bis 15. Juli 2008 hätte erfolgen sollen. Bei der Staatsreform soll es darum gehen, dass Flandern mehr Autonomie bekommt.

Dass sich die Parteien nicht auf eine Staatsreform einigen können liegt daran, dass ihre Positionen unterschiedlicher nicht sein könnten. Die Flamen fordern mehr Autonomie, was aber dazu führen würde, dass der Bundesstaat Macht abtreten müsste. Dieses Mehr an Autonomie bezieht sich vor allem auf den Steuerbereich und den Sozialbereich. Die folgenden Kompetenzen sollten an die Regionen übergeben werden: Arbeitsmarkt, Gesundheit und Familie. Zudem soll die Einkommensbesteuerung und die Unternehmensbesteuerung auch teilweise in den Aufgabenbereich der Regionen fallen. Aber aus Brüssel und der Wallonie kommen in Bezug auf diese Vorschläge nur negative Antworten. Den Frankophonen hingegen bereitet es Sorgen, dass es für sie dadurch zum Verlust von finanziellen Leistungen kommen werde, die sie notwendig brauchen. Außerdem fürchten sie, dass die Forderungen der Flamen zur Konsequenz haben, dass Belgien zerbricht. Des Weiteren treten die Flamen dafür ein, dass die Wallonen, welche in Flandern leben flämisch lernen müssen und dass ihnen das Recht entzogen wird, für frankophone Listen zu stimmen, wenn sie im Umland von Brüssel leben. Hierbei geht es um das Problem rund um

⁴⁵ vgl.: <http://www.20minutes.fr/monde/399925-Monde-Les-dates-cles-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴⁶ vgl.: <http://www.20minutes.fr/monde/242062-Monde-Les-raisons-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴⁷ vgl.: http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/belgique-yves-leterme-jette-l-eponge_530220.html [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴⁸ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/283872-Monde-Royaume-en-crise-cherche-Premier-ministre-Poste-a-duree-determinee.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁴⁹ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,565859,00.html> [Zugriff: 1. Januar 2012]

den Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV, der, wenn es nach den Flamen geht aufgespalten werden solle.

Seinen Rücktritt erklärt Leterme wie folgt:

„Il s'avère que les visions opposées entre les communautés concernant le nécessaire nouvel équilibre à créer dans notre construction étatique sont aujourd'hui inconciliables“⁵⁰

Aus diesem Zitat geht hervor, dass es laut Leterme zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften unterschiedliche Ansichten bezüglich der Staatskonstruktion gibt. Damit meint er, dass die Flamen mehr Autonomie für ihre Region wollen, die Wallonen hingegen wollen eine Stärkung des Bundesstaates. Zudem sieht er eine Staatsreform als ein zentrales Element seines Regierungsabkommens und aus diesem Grund hat er beim König seinen Rücktritt eingereicht, wobei dieser, wie bereits erwähnt, diesen nicht angenommen hat. Der König will damit scheinbar eine neuerliche Regierungskrise verhindern.

Wichtig hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die Staatsreform diesmal nicht von den Frankophonen blockiert wurde, sondern von der flämischen Seite, denn die Forderungen die sie stellen wurden wieder verfragt. Damit ist gemeint, dass Leterme den Vorschlag gemacht hat die Verhandlungen auf Herbst zu vertagen, da er bis jetzt keine Einigung erzielen konnte. Die CD&V und die N-VA stellen sich in Bezug auf die Staatsreform am meisten quer, denn diese beiden Parteien treten für eine große Autonomie Flanderns ein, vor allem, was den Steuerbereich betrifft, doch dagegen sind wieder die Frankophonen.

Doch neun Monate nach seiner Angelobung als Premierminister ist Yves Leterme wegen Fortisgate gezwungen sein Amt als Premierminister am 19. Dezember 2008, zurückzulegen. Gegen Leterme wird von den Aktionären der Fortis Bank Klage eingereicht, denn sie beschuldigen ihn und seine Minister, dass diese im Rechtshandel in Bezug auf den Weiterverkauf der Bank auf die Justiz Druck ausgeübt haben. Es ging dabei darum, dass der Rettungsplan für die Fortis Bank anerkannt werde und dabei sollen Yves Leterme und seine Minister Druck auf die Justiz ausgeübt haben.

⁵⁰ http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/belgique-yves-leterme-jette-l-eponge_530220.html [Zugriff: 19. Dezember 2011]

Albert II versucht nach dem Rücktritt von Leterme eine Lösung zu finden, denn er will keine Neuwahlen, da er keine Umbildung der Regierung bis zu den Regionalwahlen die im Juni 2009 stattfinden, will. Jean-Luc Dhaene ist vom König damit beauftragt worden zu versuchen eine neue Regierung zu bilden und er soll zudem auch einen Weg aus der aktuellen Regierungskrise finden.

4.1.3. Wieder eine neue Regierung – wird diese lange bestehen? ⁵¹ ⁵² ⁵³ ⁵⁴ ⁵⁵ ⁵⁶ ⁵⁷ ⁵⁸

Am 28. Dezember 2008 erhält Herman van Rompuy (CD&V) den Auftrag eine neue Regierung zu bilden. Dies gelingt ihm innerhalb von zwei Tagen, sodass die neue Regierung noch vor dem Jahreswechsel, am 30. Dezember 2008, angelobt werden kann. Das Regierungsabkommen hat Herman van Rompuy mit den fünf Parteien schließen können, welche bei den Parlamentswahlen von Juni 2007 die Mehrheit der Stimmen erhalten haben. Die Koalition bilden folglich die folgenden Parteien: die flämischen Christdemokraten, die flämischen Liberalen, die frankophonen Christdemokraten, die frankophonen Liberalen und die frankophonen Sozialisten.

Es sollte aber nicht außer Acht gelassen werden, dass diese Regierung einige Hürden zu überwinden hat. Dabei handelt es sich vor allem um den Konflikt zwischen den Flamen und Wallonen und zudem finden im Juni 2009 auch Regionalwahlen statt.

Bereits zu Beginn des Jahres 2009 zeichnen sich neue Schwierigkeiten ab, denn immer mehr politische Gruppen ziehen sich aus der Arbeitsgruppe bezüglich BHV zurück. Am 9. Januar 2009 gibt die flämische Regierung bekannt, dass sie nicht mehr an der betreffenden Arbeitsgruppe, die sich mit den Problemen um den Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-

⁵¹ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/399925-Monde-Les-dates-cles-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

⁵² vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/284892-Monde-Belgique-Un-nouveau-gouvernement-mais-pour-combien-de-temps.php> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁵³ vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/chronologie-de-la-belgique-1789-2010_765388.html?p=2 [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁵⁴ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/399589-Monde-Le-gouvernement-belge-demissionne-le-roi-Albert-II-se-laisse-du-temps-avant-de-l-accepter.php> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁵⁵ vgl. <http://www.welt.de/politik/ausland/article7287470/Regierung-ist-am-Sprachenstreit-zerbrochen.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁵⁶ vgl. <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7297705/Belgien-zerbricht-am-Sprachenstreit.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁵⁷ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/400327-Monde-Le-roi-de-Belgique-accepte-la-demission-du-gouvernement-d-Yves-Leterme.php> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁵⁸ vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/402927-Monde-Belgique-dissolution-de-la-Chambre-des-deputes-et-elections-anticipees.php> [Zugriff: 20. Dezember 2010]

Halle-Vilvoorde beschäftigt, teilnehmen werde. Zwei Monate später, am 3. März 2009 gibt dies auch die CD&V bekannt.

Am 19. November 2009 wird Herman van Rompuy, zu diesem Zeitpunkt der aktuelle Premierminister in Belgien, zum Präsidenten des Europäischen Rates ernannt und somit ist der Posten des belgischen Premierministers erneut vakant. Dies öffnet wiederum für Yves Leterme die Türe, der sechs Tage später, am 25. November wieder zum Premierminister ernannt wird. Der Weggang Herman van Rompuys von der Spitze der belgischen Regierung ist ein herber Verlust, da er es geschafft hatte die Spannungen, welche zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften herrschen, zu besänftigen.

Am 29. März 2010 veröffentlicht die belgische Zeitung „La Libre Belgique“ einen polit-Barometer der zeigt, dass 40% der Flamen für eine Unabhängigkeit der Region Flanderns sind.

Die Regierung von Yves Leterme zerbricht am Sprachenkonflikt zwischen den Flamen und den Wallonen und somit erklärt Leterme am 22. April 2010 seinen Rücktritt als Premierminister. Der Grund dafür ist, dass die flämischen Liberalen (Open VLD) der Regierung ihr Vertrauen nicht mehr aussprechen und sich aus der Koalition zurückziehen. Ein weiterer Grund ist, dass es bei den Verhandlungen bezüglich einer Staatsreform in Belgien zu keinerlei Einigung zwischen den Parteien kommt. Das Hauptproblem bei den Verhandlungen zu dieser Staatsreform ist der Streitpunkt BHV. BHV soll, wenn es nach dem Willen der Flamen geht, gespalten werden, damit das Prinzip der Territorialität, also dass in jeder der Sprachgemeinschaften nur die betreffende Sprache gesprochen wird, erfüllt wird. Die Frankophonen wollen aber ihre Rechte im Umland von Brüssel nicht verlieren und zudem fordern sie, dass die Bezirke aus dem Umland von Brüssel, in denen die Mehrheit der Bewohner Frankophone sind zu Brüssel kommen. Der König Albert II stimmt diesem Rücktritt aber nicht zu, da er eine Krise verhindern möchte. Was rein theoretisch möglich wäre ist, dass Leterme weiter als Premierminister im Amt bleibt und mit dem Rest der Regierungsparteien weiterregiert. Aber politisch ist dies keine Möglichkeit, da es in diesem Fall nur noch eine flämische Partei in der Regierung geben würde und das nicht mit der Bevölkerungszusammensetzung übereinstimmt, denn die Flamen sind die Mehrheit und in der Regierung wären dann die Frankophonen die Mehrheit.

König Albert II akzeptiert den Rücktritt, wie bereits erwähnt, nicht, da er noch versuchen möchte die nächste Regierungskrise abzuwenden. Aus diesem Grund beauftragt er am 24. April 2010 Didier Reynders den Streit zwischen den Koalitionsparteien zu schlichten. Dabei handelt es sich um die letzte Chance die nächste Regierungskrise doch noch abzuwenden. Aber dies bringt auch nicht den gewünschten Erfolg, nämlich den, dass die Regierung weiter im Amt bleibt bis zum Ende der Legislaturperiode.

Das führt in Belgien zu vorgezogenen Neuwahlen und der nächsten noch größeren Staatskrise. Am 6. Mai 2010 stimmt die Abgeordnetenversammlung darüber ab, dass das Parlament aufgelöst wird und damit ist der Weg für Neuwahlen geebnet. Des Weiteren hat sich die Abgeordnetenversammlung auf eine Liste von 50 Verfassungsartikeln geeinigt, welche die Regierung in der nächsten Legislaturperiode ändern sollte. Die Neuwahlen werden für den 13. Juni 2010 festgelegt.

4.2. Belgien ohne Regierung – Die nächste Staatskrise

4.2.1. Die vorgezogenen Neuwahlen und die Suche nach einem Premierminister^{59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73}

Am 13. Juni 2010 finden in Belgien die vorgezogenen Parlamentswahlen statt, aus denen die N-VA um Bart de Wever als Sieger in Flandern hervorgeht. In der Wallonie sind die Sozialisten die Wahlsieger. Dass die Separatisten in Flandern die Wahlen gewonnen haben ist ein deutliches Signal dafür, dass sich die Kluft zwischen den Flamen und den Wallonen noch

⁵⁹ vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/chronologie-de-la-belgique-1789-2010_765388.html?p=2 [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁰ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/:triumph-der-n-va-separatisten-siegen-in-belgien/50126999.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶¹ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,715628,00.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶² vgl. <http://www.20minutes.fr/monde/609873-monde-belgique-compromis-nouveau-rejete> [Zugriff: 20. Dezember 2010]

⁶³ vgl. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/30993_Belgien-findet-keinen-Weg-aus-der-Staatskrise.html [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁴ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,773090,00.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁵ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,773336,00.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁶ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,784762,00.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁷ vgl. <http://www.tagesschau.de/ausland/belgien258.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁸ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,748504,00.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁶⁹ vgl. <http://brf.be/nachrichten/national/187341/> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁷⁰ vgl. http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article12685258/Neuer-Vermittler-in-belgischer-Staatskrise.html [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁷¹ vgl. http://www.deredactie.be/cm/vrtnieuws.deutsch/Politische%2BKrise/110517_Di%2BRupo%2BRegierungsbildner [Zugriff: 20. Dezember 2011]

⁷² vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/:rekord-uebergangsregierung-belgien-kommt-premier-leterme-abhanden/60104334.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁷³ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,773921,00.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

mehr vertieft hat und dass das Zusammenleben der beiden Gruppen schwieriger denn je sein wird. Bei der N-VA handelt es sich um eine Partei, die sich für die Auflösung Belgiens ausspricht und eine unabhängige Republik Flandern fordert. Die Regierung von Yves Leterme bleibt so lange kommissarisch im Amt und kümmert sich um die Tagesgeschäfte, bis eine neue Regierung gefunden wird.

Vier Tage nach der Wahl, am 17. Juni 2010 überträgt der König dem Wahlsieger Bart de Wever den Auftrag zur Regierungsbildung. Bart de Wever verhandelt mit sechs weiteren Parteien, um eine Koalition zu bilden. Bei diesen Parteien handelt es sich um die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialisten, jeweils aus beiden Landesteilen.

Doch Bart de Wever muss bald einsehen, dass er keine Regierungskoalition bilden kann und daher wird am 8. Juli 2010 der frankophone Sozialist, Elio di Rupo mit der Regierungsbildung beauftragt. Elio di Rupo verhandelt mit sechs weiteren Parteien um eine Koalition zu bilden. Bei diesen Parteien handelt es sich wie schon im Juni um die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialisten, jeweils aus beiden Landesteilen. Bevor es allerdings zu einer Regierungsbildung kommen kann, müssen noch Reformen beschlossen werden. Mit anderen Worten, zuerst muss eine Einigung in Bezug auf Staatsreformen erzielt werden und dann können sich die belgischen Parteien daran machen eine neue Regierungskoalition zu bilden. Diese Reformen beziehen sich auf institutionelle Reformen und die Frage nach den Finanzen in Brüssel.

Aber auch Elio di Rupo schafft es nicht eine neue belgische Regierung auf die Beine zu stellen und daher verzichtet er am 4. September 2010 auf diesen Auftrag. Die Verhandlungen gestalten sich schwierig und vor allem die N-VA um Bart de Wever blockiert immer wieder die Einigung, denn sie will erreichen, dass Flandern endlich eigenständig wird.

Mitte Oktober 2010 legt Bart de Wever auf Wunsch des Königs einen Kompromiss vor, um Belgien aus der Krise zu führen, aber dieser wird von den frankophonen Politikern abgelehnt. Der Chef der separatistischen Partei N-VA hat vorgeschlagen, dass die Regionen mehr Autonomie im Bereich der Steuern bekommen. Des Weiteren macht er den Vorschlag, dass der Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV geteilt werde, damit würde endlich eine Forderung erfüllt werden, welche die flämischen Parteien bereits seit Jahren stellen. Außer in sechs Gemeinden würden die Frankophonen die dort leben das Recht verlieren, bei den Wahlen für die Brüsseler Listen zu stimmen und damit einen frankophonen Repräsentanten zu wählen.

Deshalb weisen die Frankophonen diesen Vorschlag zurück, da sie der Ansicht sind, dass dabei nur Forderungen der Flamen erfüllt werden.

Ein weiterer Vermittler, den der König mit der Regierungsbildung beauftragt hat, ist Johan Vande Lanotte. Aber auch sein Vorschlag wird nicht angenommen. Hierbei sind es vor allem Bart de Wever und seine flämischen Nationalisten, die diesen Vorschlag ablehnen. De Wever blockiert jeden Kompromiss, denn er will es erzwingen, dass sich Belgien aufspaltet und Flandern endlich unabhängig wird. Ende Januar 2011 legt Johan Vande Lanotte das Mandat zur Regierungsbildung zurück.

Im Februar 2011 beauftragt der König Didier Reynders damit sich darum zu kümmern, dass die Debatte um eine Regierungsbildung wieder angekurbelt wird. Nach vier Wochen der Debatten kann Reynders aber keinen Kompromiss liefern. Sein Vorschlag lautet, dass Yves Leterme mit seiner Regierung weiter im Amt bleibt, aber die N-VA als weiterer Koalitionspartner dazu kommt. Aber das führt zu Kritik von Seiten der anderen Parteien. Denn wenn es nach den Spitzenpolitikern geht, dann solle die N-VA, obwohl Wahlsieger, nicht an der neuen Regierung beteiligt werden.

Nach Didier Reynders wird der Vorsitzende der flämischen Christdemokraten Wouter Beke damit beauftragt die Probleme bei der Regierungsbildung zu lösen. Zudem wird ihm auch der Auftrag erteilt, die notwendige Staatsreform vorzubereiten. Aber auch dieser scheitert.

Bart de Wever lehnt im Juli 2011 einen Vorschlag von Elio di Rupo, der vom König im Mai 2011 erneut beauftragt worden ist, einen Ausweg aus der politischen Krise zu finden. Elio di Rupo schlägt vor, dass den Forderungen Flanderns nachgegangen wird und die Regionen nicht nur mehr Kompetenzen erhalten sondern noch zusätzlich finanzielle Mittel zugesprochen bekommen. Ein weiterer Vorschlag von Seiten Elio di Rupos, einem Frankophonen, ist, dass BHV endgültig aufgespalten wird und die Frankophonen dort ihre Sonderrechte in Bezug auf die Wählerlisten verlieren. Aber, wie bereits erwähnt lehnt Bart de Wever diese Vorschläge ab, obwohl damit einige der Forderungen der Flamen erfüllt werden würden. De Wever stellt andere Forderungen. Er verlangt, dass es keine Transferunion mehr zwischen dem reichen Norden, also Flandern und der armen Wallonie gibt, in der die Arbeitslosigkeit zudem sehr hoch ist. Bei der Transferunion handelt es sich darum, dass Flandern der wirtschaftlich angeschlagenen Wallonie finanziell unter die Arme greifen muss. In der Folge legt Elio di Rupo das Mandat zur Regierungsbildung zurück.

Im September 2011 legt Elio die Rupo einen neuen Plan für Reformen vor. Es wird davon ausgegangen, dass, wenn es diesmal nicht zu einer Einigung kommt, es Neuwahlen gibt und das würde für Belgien eine Verlängerung und auch Vertiefung der Staatskrise mit sich bringen. Bart de Wever und seine N-VA sind bei den Regierungsgesprächen nicht mehr dabei, obwohl sie 27 Sitze im Parlament und somit auch die Mehrheit haben.

Ein weiteres Problem welches auf Belgien zukommt ist, dass dieses Land bald ohne Führung dastehen wird, denn Yves Leterme, welcher die Regierungsgeschäfte nach wie vor kommissarisch leitet, wird mit Ende des Jahres 2011 zur OECD wechseln und Stellvertreter von Generalsekretär Angel Gurría werden.

4.2.2. Endlich der erste Schritt zum Ende der Regierungskrise^{74 75} ^{76 77 78 79 80}

An den Regierungsverhandlungen sind zur Zeit acht Parteien beteiligt, dabei handelt es sich um die Christdemokraten, die Liberalen, die Sozialisten und die Grünen aus beiden großen Sprachgemeinschaften des Landes. Diesen acht Parteien ist es unter der Führung des designierten Premierministers Elio die Rupo gelungen sich auf eine Reform zu einigen, die ein Problem löst, welches schon zum Fall der Regierung von Yves Leterme geführt hat und ebenfalls immer wieder zu Unstimmigkeiten in der Regierung geführt hat. Dabei handelt es sich um das ewige Streitthema BHV. Dieser Wahlkreis und Gerichtsbezirk wird nun endgültig aufgespalten.

Ein Problem das es in Bezug auf die Teilung von BHV noch zu lösen gilt ist die Frage, ob drei frankophone Bürgermeister in drei Randgemeinden von Brüssel, die auch französische Wahlzettel verteilt haben obwohl das gegen das Gesetz ist, von der flämischen Regionalregierung ernannt werden oder nicht.

⁷⁴ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/:sprachenstreit-belgien-kommt-regierungsbildung-naeher/60104405.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁷⁵ vgl. <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kommentar/1555578/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁷⁶ vgl. <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1315819390520> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁷⁷ vgl. <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/belgien-soll-jetzt-doch-bald-eine-regierung-bekommen--49572188.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁷⁸ vgl. <http://www.zeit.de/news/2011-09/regierung-durchbruch-bei-regierungsbildung-in-belgien-15150009> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁷⁹ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/:leterme-flucht-zur-oecd-streithahn-daemmerung-in-belgien/60104745.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸⁰ vgl. http://www.marianne2.fr/BHV-le-Bazar-qui-empoisonne-la-Belgique_a210327.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

Die Lösung des Problems rund um BHV kommt nur mit Hilfe des Königs zustande. Diese Einigung wird erreicht, obwohl Bart de Wever (N-VA) die Kompromisse immer wieder in diesem Punkt abgelehnt hat. Die Regionalregierung in Flandern muss diesen Kompromiss nun umsetzen und in dieser sitzt auch Bart de Wever mit seiner N-VA. An der Findung des Kompromisses bezüglich BHV sind alle Parteien beteiligt gewesen, welche auch einen Sitz im Parlament haben, außer der N-VA, welche ebenfalls nicht in der nächsten Koalition unter Elio di Rupo vertreten sein wird, sondern in die Opposition gehen wird. Die folgenden Parteien haben sich auf den Kompromiss um BHV geeinigt: die Sozialisten, die Liberalen, die Christdemokraten und die Grünen jeweils aus beiden Landesteilen (Flandern und der Wallonie).

Die Lösung sieht wie folgt: von den 35 Gemeinden von BHV wird es nur noch in sechs davon den Frankophonen möglich sein bei den Wahlen für frankophone Listen zu stimmen. In den anderen 29 wird es nur noch flämische Listen geben. Und die drei nicht ernannten frankophonen Bürgermeister erhalten das Recht vor einem zweisprachigen Gericht zu klagen. Im nächsten Kapitel werde ich näher auf das Thema BHV eingehen.

Da dieses Problem nun beseitigt ist, können sich die an dieser Lösung beteiligten Parteien nun den eigentlichen Koalitionsverhandlungen widmen. Belgien hat aber neben den sprachpolitischen Problemen eine weitere große Hürde zu überwinden. Dabei handelt es sich um die Tatsache, dass die Schulden in Belgien bereits 97% des BIP betragen und die Finanzmärkte und auch Rating Agenturen Belgien im Visier haben. Diese hohe Verschuldung führt dazu, dass Belgien Sparpakete schnüren muss. Zudem sind auch Reformen im Bereich Soziales, Finanzen und der Wirtschaft von Nöten. Aber die acht Parteien haben in Bezug darauf unterschiedliche Ansichten. Des Weiteren müssen sich die Regierungsparteien darauf einigen wie und welche Kompetenzen vom Bundesstaat auf die Regionen übertragen werden.

Nun ist es wichtig, dass Belgien bald eine neue Regierung bekommt, welche sich um die notwendigen Reformen kümmert.

4.2.3. Die sechste Staatsreform in Belgien – Ist ein Ende des Streits in Sicht?^{81 82 83 84 85 86 87 88}

Am 24. September 2011 kommt es zur Unterzeichnung eines weiteren Kompromisses, der von den acht Parteien geschlossen wurde, die an der Regierungsbildung beteiligt sind. Es geht dabei um das „Loi spéciale dite de financement“ und dabei handelt es sich um ein Gesetz, welches die finanziellen Mittel der Regionen regelt. Die Regionen erhalten nun das Recht, dass sie ein Viertel der Steuern selbst einheben dürfen. Zudem werden den Regionen weitere Kompetenzen in den Bereichen Gesundheit, Beschäftigung und Familienbeihilfe übertragen. In Bezug auf diesen Kompromiss kam es von beiden Seiten zu Zugeständnissen. So haben die Frankophonen keinen Einwand dagegen, dass es eine Steuerautonomie gibt und dass die Regionen mehr Kompetenzen übertragen bekommen. Die Zugeständnisse der niederländischen Seite betreffen die Ausgleichszahlungen an Brüssel und die Wallonie. Das bedeutet, dass diese beiden Regionen in den nächsten zehn Jahren ihre Verluste ausgeglichen bekommen.

Nach diesen Fortschritten in einigen Bereichen kommt Belgien der Regierungsbildung näher. Aber bereits am 2. Oktober kommen die Verhandlungen in Bezug auf die Bildung einer neuen Regierung ins Stocken. Neue Probleme entstehen bei den Verhandlungen bezüglich der Rechte jener Frankophonen, die an der Peripherie von Brüssel wohnhaft sind und somit in flämischen Gemeinden leben. In diesem Bereich gelingt es den acht möglichen Koalitionsparteien nicht eine Einigung zu erzielen.

Bereits sechs Tage später am 8. Oktober 2011 gelingt es diesen acht an den Verhandlungen beteiligten Parteien, sich auf eine Staatsreform zu einigen. Es wird darin festgelegt, dass die Regionen mehr politischen Einfluss bekommen werden. Jetzt ist es noch notwendig, dass sich diese Parteien auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen und dann steht einer

⁸¹ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,791274,00.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸² vgl. <http://www.20minutes.fr/ledirect/798260/belgique-albert-ii-en-marre-crise-politique> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸³ vgl. <http://www.oe24.at/welt/16-Monate-nach-der-Wahl-Belgien-bekommt-eine-neue-Regierung/43545929> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸⁴ vgl. http://www.lemonde.fr/europe/article/2011/09/26/en-belgique-le-processus-de-negociations-semble-reenclenche_1577810_3214.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸⁵ vgl. <http://www.derwesten.de/politik/belgische-parteien-einigen-sich-auf-staatsreform-id5141152.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸⁶ vgl. <http://derstandard.at/1317019939219/485-Tage-ohne-Fuehrung-Belgische-Regierung-in-Reichweite> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸⁷ vgl. http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/699558/Belgien_Staatsreform-beendet-Regierungskrise [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁸⁸ vgl. http://www.deredactie.be/cm/vrtnieuws.deutsch/nachrichten/111013_Politik_RegierungohneGruen [Zugriff: 1. Januar 2012]

Bildung einer Regierung nichts mehr im Wege. Elio di Rupo präsentiert am 11. Oktober die Staatsreform in Brüssel.

Mit dieser Staatsreform hat sich die Struktur Belgiens wiederum grundlegend geändert, denn der Föderalstaat muss somit weitere Kompetenzen an die Regionen und Gemeinschaften abtreten. Die Regionen dürfen nun über die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik entscheiden. Der Föderalstaat hat weiterhin die Gewalt über die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik, die soziale Sicherheit und den nationalen Bahnverkehr. Zu den Reformen gehört ebenfalls, dass die Regionen und die Gemeinschaften mehr Steuergeld zur Verfügung gestellt bekommen. In dieser Staatsreform ist aber ebenfalls die Neuregelung bezüglich des Wahlkreises und Gerichtsbezirks BHV enthalten. Die Aufspaltung von BHV bedeutet nicht, dass die Frankophonen, welche in Flandern im Umland von Brüssel leben, vollständig auf ihre Rechte verzichten müssen. Des Weiteren wird in dieser sechsten Staatsreform festgelegt, dass die Legislaturperiode einer belgischen Regierung nicht mehr nur vier Jahre beträgt, sondern fünf Jahre. Diese Neuerung soll dazu führen, dass es in Belgien mehr politische Stabilität gibt. Ein weiteres Novum das mit der Staatsreform eingeführt wird, ist, dass jeder Minister der Regierung sein Regierungsprogramm für sein Ressort innerhalb der ersten sechs Wochen nach seiner Angelobung durch den König den anderen 150 Abgeordneten vorstellen muss. Diese können dieses ablehnen oder ihm zustimmen.

Nun müssen nur noch die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen werden und dann hat Belgien eine neue Regierung und das über ein Jahr nach den letzten Parlamentswahlen. Erwähnenswert dabei ist, dass an den Gesprächen zur Regierungsbildung die Grünen aus den beiden Landesteilen Belgiens nicht mehr beteiligt sind, obwohl sie den Verhandlungen bezüglich der Staatsreform beigewohnt haben. Sie werden folglich auch nicht an der Regierung teilhaben, sondern in der Opposition sitzen. Der Grund dafür ist, dass Open VLD die Befürchtung geäußert hat, dass wenn die Grünen mitregieren, es eine zu sehr linksgerichtete Regierung sein wird. Die Regierungskoalition wird nur von sechs Parteien, den Sozialisten, den Christdemokraten und den Liberalen aus beiden Teilen des Landes gebildet werden.

Bevor Elio di Rupo, der designierte Premierminister von Belgien, daran gehen kann seine Minister zu ernennen, muss er sich mit den anderen Parteien auf einen Haushalt für das Jahr 2012 einigen. Das Problem hierbei wird sein, dass ein großes Sparpaket geschnürt werden

muss, da die Staatsverschuldung von Belgien nahezu 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt.

4.2.4. Ein neuer Weltrekord^{89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107}

Die Koalitionsverhandlungen zwischen den nunmehr nur sechs Koalitionsparteien nehmen nicht den gewünschten Verlauf und stocken am 26. November 2011 wegen Unstimmigkeiten in Bezug auf den Haushalt für das Jahr 2012 und die dazugehörigen Sparmaßnahmen, die notwendig sind, damit Belgien nicht noch mehr Schulden macht. Während Elio di Rupo und seine Sozialisten sich für Steuererhöhungen aussprechen, sind die beiden liberalen Parteien, Open VLD und MR gegen diese Maßnahmen. Open VLD und MR sprechen sich dafür aus, dass im Budget Einschnitte gemacht werden sollen und sie verlangen eine Reform des Rentensystems. Wenn Belgien es nicht bis Mitte Dezember gelingen sollte einen Haushalt für das kommende Jahr zu erstellen der auch massive Einsparungen enthält, dann drohen Sanktionen von Seiten der Europäischen Union. Darunter fällt die Zahlung von 708 Millionen Euro Strafe.

⁸⁹ vgl. <http://www.liberation.fr/depeches/01012372799-belgique-blocage-des-negociations-pour-former-un-gouvernement> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁰ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,799095,00.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹¹ vgl. http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Das-belgische-Tollhaus-article4829771.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹² vgl. <http://www.aachener-zeitung.de/artikel/1877887> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹³ vgl. <http://www.journal.lu/2011/11/23/land-am-abgrund/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁴ vgl. http://www.marianne2.fr/Sans-gouvernement-ni-budget-la-Belgique-cherche-un-plan-B_a212792.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁵ vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/economie/l-agence-de-notation-standard-and-poor-s-sanctionne-la-belgique_1055291.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁶ vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/economie/belgique-un-gouvernement-avant-noel_1055377.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁷ vgl. <http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/11/26/International/Ende-der-belgischen-Rekord-Krise-in-Sicht> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁸ vgl. <http://www.ftd.de/politik/europa/haushalt-verabschiedet-belgien-kurz-vor-ende-der-regierungskrise/60134515.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

⁹⁹ vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,800981,00.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰⁰ vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/belgien-einigung-ueber-neue-regierung-11547203.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰¹ vgl. <http://www.rp-online.de/politik/ausland/koenigstreuer-sozialistenfuehrer-mit-fliege-1.2623961> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰² vgl. <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Der-linguistisch-asexuelle-Premier/story/23862235> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰³ vgl. http://www.lesoir.be/actualite/belgique/elections_2010/2011-11-30/accord-de-principe-sur-le-nouveau-gouvernement-federal-880644.php [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰⁴ vgl. <http://www.taz.de/!83152/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰⁵ vgl. <http://www.belgieninfo.net/artikel/view/article/die-regierung-steht/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰⁶ vgl. http://www.lesoir.be/actualite/belgique/elections_2010/2011-12-10/di-rupe-ier-obtient-la-confiance-882936.php [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹⁰⁷ vgl. <http://de.nachrichten.yahoo.com/belgische-regierung-gewinnt-vertrauensabstimmung-152553529.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

Elio di Rupo verlangt aus diesem Grund vom König seine Entlassung aus dem Amt als designierter Premierminister. Aber der König kommt dieser Bitte nicht nach und er fordert alle an den Verhandlungen beteiligten Parteien auf, sich um eine Lösung zu bemühen, damit Belgien möglichst bald eine neue Regierung bekommt.

Dadurch, dass sich die Regierungsverhandlungen als so kompliziert herausstellen, hat Bart de Wever den Vorschlag gemacht, dass eine Notregierung gebildet werden soll. Diese soll sich aus der N-VA, den Christdemokraten und den Liberalen aus beiden Teilen des Landes zusammensetzen. Wobei das Eingehen auf diesen Vorschlag die Gefahr mit sich bringt, dass Belgien zerbricht und aus diesem Grund erscheint es unwahrscheinlich, dass die Sozialisten sich auf diesen Vorschlag einlassen werden.

Ein weiterer Vorschlag, der von den Seiten der belgischen Medien in Bezug auf die Regierungskrise in Belgien gemacht wird ist, dass man anstelle einer Regierungskoalition aus sechs Parteien eine Expertenregierung bilden soll. Diese Expertenregierung würde aus Fachleuten und Technokraten bestehen, welche keinerlei Parteizugehörigkeit haben.

Aufgrund der nunmehr schon extrem lange andauernden Regierungskrise und den Finanzschwierigkeiten mit einer neuerlichen Staatsverschuldung von rund 100 Prozent des BIP wird von einer Ratingagentur ein drastischer Schritt gesetzt. Am 25. November 2011 hat die Ratingagentur Standard & Poors die Kreditwürdigkeit von Belgien von AA+ auf AA herabgesetzt.

Aus diesem Grund hat Yves Leterme, der die Übergangsregierung kommissarisch leitet, die sechs Parteien, die über den Haushalt für das Jahr 2012 verhandeln damit sie dann in weiterer Folge eine Regierung bilden können, dazu aufgefordert bis 28. November dieses Jahres einen Haushalt für 2012 festzulegen.

Am 26. November 2011 wird bekannt gegeben, dass Elio di Rupo sich mit den anderen fünf Koalitionsparteien auf einen Haushalt für 2012 einigen konnte. Dass diese Einigung so schnell erzielt wurde, nachdem die Verhandlungen diesbezüglich am 21. November ins stocken geraten waren, ist der Rating Agentur Standard & Poors zu verdanken. Denn erst als diese die Kreditwürdigkeit Belgiens um einen Punkt gesenkt hatte, haben sich die Parteien einigen können, wie der Haushalt für das kommende Jahr aussehen wird. Dieser Haushalt sieht vor, dass der Arbeitsmarkt und das Rentensystem reformiert werden. Bis zum Jahr 2015 will Elio di Rupo erreichen, dass das Budget ausgeglichen ist. Dieses Ziel soll mittels hoher

Steuern auf Aktiengeschäfte und einer Sonderabgabe für hohe Einkommen erreicht werden. Neben dem Budget haben sich die Parteien auch auf eine Strukturreform geeinigt. Nun ist die letzte Hürde genommen worden und Elio di Rupo soll jetzt mit seinen Sozialisten und den fünf anderen Parteien eine neue Regierung bilden.

Bis diese neue Regierung angelobt werden kann, müssen noch einige Angelegenheiten geregelt werden. So ist es notwendig, dass man sich auf ein Dossier betreffend der Einwanderung und des Asyls einigen muss. Des Weiteren müssen die Ressorts aufgeteilt werden. Außerdem muss das Parlament das Regierungsabkommen der neuen Regierung bestätigen.

Am 30. November 2011 geben die sechs Regierungsparteien bekannt, dass sie sich auf ein umfassendes Regierungsabkommen geeinigt haben. Dieser Vertrag wird am 1. Dezember noch einmal gemeinsam geprüft und dann muss er nur noch auf den Parteitag der Parteien befürwortet werden.

Am 2. Dezember wird in Brüssel von der Bevölkerung gegen die Sparmaßnahmen, welche die Regierung vorsieht, demonstriert. Denn dieser Plan sieht vor, dass es beim Arbeitslosengeld zu Kürzungen kommt und die Belgier nicht mehr mit 50 Jahren in Frühpension gehen können, sondern erst mit 55 Jahren.

Die neue Regierung besteht aus den folgenden Parteien: *Partie Socialiste* (wallonische Sozialisten), *Socialistische Partij Anders* (flämische Sozialisten), *Mouvement Réformateur* (frankophone Liberale), *Open Vlaamse Liberalen en Democraten* (flämische Liberale), *Centre Démocrate Humaniste* (frankophone Christdemokraten) und *Christen-Democratisch en Vlaams* (flämische Christdemokraten). Diese Regierungskoalition trägt den Namen „Schmetterlingskoalition“, dieser Name leitet sich davon ab, dass Elio di Rupo immer eine rote Fliege trägt, welche auf Französisch als *papillon* bezeichnet wird, was übersetzt Schmetterling bedeutet.

Weil der neue Premierminister ein Frankophoner ist, fordern die Flamen einen Ministerposten mehr. Denn dadurch gäbe es bei dieser Regierung ein Übergewicht auf der Seite der Frankophonen. Dieser Zustand würde aber nicht mit der Bevölkerungsverteilung übereinstimmen, denn die Flamen bilden die Mehrheit der belgischen Bevölkerung. Der Normalfall ist aber eigentlich, dass die Ministerposten gleichmäßig zwischen den Flamen und den Wallonen aufgeteilt werden, wobei der Premierminister dabei nicht eingerechnet war, da

er linguistisch neutral ist. Daher wird es auch bei dieser Regierung wieder Staatssekretäre geben.

Die neue belgische Regierung setzt sich folglich aus 13 Ministern zusammen, wobei jede Gemeinschaft jeweils sechs Ministerposten besetzt und Elio di Rupo dazu kommt. Das führt aber dazu, dass die Frankophonen einen Minister mehr haben, als die Flamen. Das spiegelt aber nicht Bevölkerungszusammensetzung wieder, so besteht diese aus rund 60 Prozent Flamen und 40 Prozent Wallonen. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, sind vier der sechs Staatssekretäre Flamen und nur zwei sind Wallonen. Des Weiteren ist der Vorsitzende des föderalen Parlaments ein Wallone. Im Senat hingegen ist der Vorsitzende ein Flame. Der belgische EU-Kommissar ist ebenfalls Flame.

Am 10. Dezember stellt sich das Kabinett um Elio di Rupo der Vertrauensabstimmung im Parlament. Bei dieser Abstimmung wird ihm von 89 der 143 Abgeordneten das Vertrauen ausgesprochen. Die N-VA und der Vlaams Belang sprechen der neuen Regierung nicht ihr Vertrauen aus. Des Weiteren sprechen ihm folgende Parteien ebenfalls nicht das Vertrauen aus: eco!-Groen, FDF, LDD und MLD. Weitere vier Gegenstimmen kommen von den Parteien die an der Regierung beteiligt sind.

Nun ist die neue Regierung im Amt. Die Regierungsbildung hat 541 Tage gedauert, dabei handelt es sich um einen Weltrekord. Bei der Staatskrise des Jahres 2007 waren es „nur“ neun Monate die die belgischen Parteien gebraucht haben um eine neue Regierung aufzustellen.

Elio di Rupo ist seit dem Jahre 1974 der erste Premierminister der nicht von den Flamen gestellt wird. Der Grund dafür, dass bisher immer ein Flame der Premierminister war, ist, dass die Flamen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

Er hat aber einen harten Gegner, denn Bart de Wever sitzt mit seiner N-VA in der Opposition. Zum einen hat die N-VA die meisten Sitze im Parlament und zum anderen handelt es sich bei dieser Partei um eine separatistische Partei, die sich offen für die Spaltung Belgiens ausspricht und diese auch erreichen will, was sich bereits während der Regierungskrise durch die ständigen Blockaden durch die N-VA abgezeichnet hat.

5. Der ewige Zankapfel: Brüssel-Halle-Vilvoorde

5.1. Zusammensetzung von BHV ^{108 109}

Der Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde liegt in der flämische Provinz flämisch Brabant. BHV besteht aus insgesamt 54 Gemeinden. Dabei handelt es sich um die 19 Gemeinden der zweisprachigen Region Brüssel-Hauptstadt. Diese sind:

„Anderlecht, Auderghem, Berchem-Sainte-Agathe, Bruxelles-Ville, Etterbeek, Evere, Forest, Ganshoren, Ixelles, Jette, Koekelberg, Molenbeek-Saint-Jean, Saint-Gilles, Saint-Josse-ten-Noode, Schaerbeek, Uccle, Watermael-Boitsfort, Woluwe-Saint-Lambert et Woluwe-Saint-Pierre.“ ¹¹⁰

Zudem zählen zu diesem Bezirk auch alle 35 Gemeinden von Halle-Vilvoorde, das aus den sechs Kantonen Asse, Halle, Lennik, Meise, Vilvoorde und Zaventem besteht. Obwohl sich dieser Bezirk in Flandern befindet, stammt ein großer Teil der Bevölkerung davon aus dem frankophonen Teil der Bevölkerung, vor allem in den sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Frankophonen. Bei den sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen für Frankophone die in Halle-Vilvoorde liegen handelt es sich um: Rhode-Saint-Genèse, Linkebeek, Drogenbos, Wemmel, Crainem und Wezembeek-Oppem.

Die anderen 29 Gemeinden von Halle-Vilvoorde in denen es keine Spracherleichterungen für die Frankophonen gibt, sind:

„Affligem, Asse, Beersel, Biévène, Dilbeek, Gammerages, Gooik, Grimbergen, Hal, Herne, Hoeilaert, Kampenhout, Kappelle op den Bos, Lennik, Leeuw-Saint-Pierre, Liedekerke, Londerzeel, Machelen, Meise, Merchtem, Opwijk, Overijse, Pepingen, Roosdaal, Ternat, Steenokkerzeel, Vilvorde, Zaventem et Zemst.“ ¹¹¹

¹⁰⁸ vgl. http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?rubrique5&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

¹⁰⁹ vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹¹⁰ http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?rubrique5&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

¹¹¹ http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?rubrique5&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

BHV befindet sich folglich an der Grenze zwischen zwei unterschiedlichen Regionen. Dabei handelt es sich einerseits um die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt, in der sowohl das Französische als auch das Flämische in allen Bereichen des Lebens Anwendung finden darf. Andererseits handelt es sich dabei um die flämische Region, die nur einsprachig flämisch ist. Die Flamen sind darauf bedacht, dass in ihrer Region ausschließlich das Flämische zur Anwendung kommt, mit Ausnahme der Gemeinden, welche den Status einer Gemeinde mit Spracherleichterungen für die Frankophonen haben. Wobei, wenn es nach den Flamen gehen würde auch diese abgeschafft werden würde.

5.2. Rechte der Frankophonen in BHV und die damit verbundenen Probleme ¹¹²

Die Frankophonen die in dem Wahlkreis BHV ansässig sind haben das Recht sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Europawahlen entweder für frankophone oder für niederländischsprachige Kandidaten zustimmen. Dieses Recht genießen nicht nur die Frankophonen die in den 19 Gemeinden der Region Brüssel-Hauptstadt oder in den sechs Gemeinden von Halle-Vilvoorde leben, letztere sind Gemeinden mit Spracherleichterungen. Sondern dieses Recht genießen sie ebenfalls in den anderen 29 flämischen Gemeinden die auf dem flämischen Territorium liegen, aber zu BHV gezählt werden.

5.2.1. Exkurs: Die Wahlkreise in Belgien ¹¹³

In diesem Exkurs möchte ich auf die belgischen Wahlkreise eingehen, welche sich unterscheiden je nachdem um welche Wahlen es sich handelt. Anders ausgedrückt setzen sich die Wahlkreise bei den Wahlen zur Kammer, bei den Wahlen zum Europaparlament und bei den Wahlen zum Senat unterschiedlich zusammen.

Für die Wahlen zur belgischen Abgeordnetenversammlung ist Belgien in Wahlkreise aufgeteilt und diese entsprechen auch den Provinzen, mit der einzigen Ausnahme von flämisch Brabant. Denn im Falle dieser Provinz bildet nur ein Teil davon den Wahlkreis Löwen und der andere Teil, dabei handelt es sich um Halle-Vilvoorde, gehört zum Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde. Dieser Wahlkreis existiert bis Oktober 2011, der Zeitpunkt an dem BHV endgültig aufgespalten wird (darauf werde ich im Verlauf dieses Kapitels im Unterkapitel zur Geschichte von BHV näher eingehen). Auch nach der endgültigen Festlegung der Sprachengrenze im Jahre 1963 hat man diesen Wahlkreis beibehalten, damit sowohl die

¹¹² vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹¹³ vgl. http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?rubrique2&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

Frankophonen in Halle-Vilvoorde, als auch die niederländischen Minderheiten in Brüssel geschützt werden. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung gibt es in jedem dieser Wahlkreise Listen die von den politischen Parteien gebildet werden. Wobei diese Listen nicht in jedem Wahlkreis identisch sind und daher kann jeder Belgier nur für die Listen aus seinem Wahlkreis stimmen. Es gibt eine fünf Prozent Hürde die jede Partei erreichen muss, um einen Sitz in der Abgeordnetenversammlung zu erhalten.

Wenn BHV gespalten wird, dann würde das für die Frankophonen, die in Halle-Vilvoorde beheimatet sind, bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung folgendes bedeuten: damit sie einen Frankophonen Vertreter bekommen, dürften sie lediglich für eine Liste stimmen, nämlich für die Union des Francophones. Das ist die einzige frankophone Liste, die es dann in Halle-Vilvoorde geben würde. Die Frankophonen müssten dann eine schwerwiegende Entscheidung treffen, nämlich entweder stimmen sie für eine flämische Partei die ihrer Gesinnung entspricht, aber die sie nicht in ihren Sprachenfragen vertreten wird, oder sie stimmen für die einzige frankophone Liste, was aber bedeuten würde, dass die Wahl nicht unbedingt ihrer politischen Gesinnung entspricht.

Bei den Wahlen fürs Europäische Parlament und den belgischen Senat sehen die Wahlkreise anders aus, als bei den Wahlen für die belgische Abgeordnetenversammlung. Im Falle der Senatswahlen und der Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es nur drei Wahlkreise in Belgien, nämlich: die Wallonie, Flandern und BHV. Zudem gibt es auch noch die Einteilung in zwei Wahlkollegien, nämlich das französische Wahlkollegium und das flämische Wahlkollegium.

Diese Einteilung in Wahlkollegien bedeutet, dass die Wallonen nur für das französische Wahlkollegium ihre Stimme abgeben und die Flamen, mit Ausnahme jener welche in Halle-Vilvoorde leben, haben nur das Recht für das flämische Wahlkollegium zu stimmen. Anders sieht die Sache im Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvorde aus, denn dort stehen beide Wahlkollegien zur Wahl.

Wenn BHV gespalten wird, dann hätten die Frankophonen die in Halle-Vilvoorde leben keinen frankophonen Vertreter im Senat und im europäischen Parlament. Denn auch wenn alle Frankophonen Parteien aus diesem Wahlkreis auf eine Liste zusammengehen würden, dann würden sie die fünf-Prozenthürde nicht erreichen.

Bei den Regionalwahlen basieren die Wahlkreise auf den Regionen und daher gibt es bei diesen Wahlen den Wahlkreis BHV nicht.

Damit die Frankophonen, die in Halle-Vilvoorde und damit in der Provinz flämisch Brabant leben, ebenfalls im flämischen Parlament einen Frankophonen Vertreter haben, müssen sie alle für die Liste Union des Francophones stimmen, damit diese die fünf-Prozent Hürde schafft.

Zusammengefasst lässt sich in Bezug auf die Gemeinden in Halle-Vilvoorde sagen, dass die Frankophonen, welche in diesem Gebiet leben das Recht genießen, dass sie, obwohl sie auf dem flämischen Territorium beheimatet sind, dennoch für die frankophonen Parteien in Brüssel stimmen können.

5.2.2. Der Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde ¹¹⁴

Des Weiteren genießen die Frankophonen in BHV das Privileg vor Gericht entweder französisch oder niederländisch zu sprechen.

Die Frankophonen genießen dieses Privileg, obwohl laut Verfassung in Flandern nur das Niederländische die einzige offizielle Sprache ist. Aber die Frankophonen pochen darauf auch das Französische in diesem Gebiet verwenden zu dürfen, damit auch sie als „Minderheit“ zu ihren Rechten kommen. Anders ausgedrückt, damit auch sie in allen möglichen politischen Institutionen Vertreter haben, welche sich um ihre Angelegenheiten und Anliegen kümmern, hierbei geht es hauptsächlich um ihre Sprachenrechte.

Was die Sprachverwendung vor Gericht im Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde anbelangt so wird dabei das Gesetz über den Sprachgebrauch vor Gericht aus dem Jahre 1935 angewendet. Somit haben die Frankophonen die in Halle-Vilvoorde leben, die Möglichkeit, dass ihre strafrechtlichen Verfahren und ihre zivilrechtlichen Verfahren auf Französisch abgehalten werden. Die Regeln des Sprachgebrauchs bei Gericht in Halle-Vilvoorde folgen folglich dem Gesetz diesbezüglich aus dem Jahre 1935.

Das bedeutet im zivilrechtlichen Bereich Folgendes, sofern es sich um Gerichte der ersten Instanz, um Handelsgerichte oder Arbeitsgerichte in Brüssel-Halle-Vilvoorde handelt: Lebt der Angeklagte in der französischen Sprachgemeinschaft oder in der flämischen Sprachgemeinschaft, so richtet sich der Sprachgebrauch nach dieser Sprachregion. Wenn der Beklagte aber in einer Gemeinde von Brüssel lebt oder keinen bekannten Wohnsitz in Belgien

¹¹⁴ vgl. http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?rubrique3&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

hat, dann kann er sich aussuchen, in welcher der beiden Sprachen die Anklageschrift verlesen wird und der Prozess stattfindet. Dieses Recht genießen nicht nur die Frankophonen welche in Brüssel direkt leben, sondern auch alle anderen Frankophonen, welche in einer der 35 Gemeinden von Halle-Vilvoorde ansässig sind.

Im strafrechtlichen Bereich bedeutet dies für die Vergehen aburteilende Strafkammer des Bezirks BHV und die tribunaux de police der Region Brüssel-Hauptstadt folgendes: Wenn der Angeklagte aus einer der beiden Sprachregionen kommt, dann wird auch das Verfahren gegen ihn in der betreffenden Sprache geführt, wenn er aber im Großraum Brüssel wohnhaft ist, dann kann er selbst bestimmen, in welcher Sprache das Verfahren abgehalten wird.

Aus der Sicht der Flamen geht es den Frankophonen bei dem Kampf zur Erhaltung ihrer Rechte in Bezug auf den Sprachgebrauch in BHV lediglich darum, die Region Brüssel-Hauptstadt künstlich zu vergrößern. Die Flamen werfen den Frankophonen überdies auch noch vor, dass die Immobilienpreise im Umland von Brüssel gestiegen sind, weil immer mehr Frankophone in dieses Gebiet gezogen sind. Die Frankophonen wiederrum entgegnen, dass der Preisanstieg in keinerlei Zusammenhang mit der sprachlichen Zugehörigkeit steht und, dass sich daran auch nichts ändern werde, wenn BHV endlich aufgespalten wird. Denn der Preisanstieg im Bereich der Immobilien ist laut den Frankophonen ein allgemeines Phänomen in Belgien.

5.3. Geschichte von BHV

5.3.1. Die Anfänge und die Entwicklung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ¹¹⁵

Der Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde wird nicht erst mit der Festlegung der Sprachengrenze im Jahre 1963 geschaffen um die Rechte der in diesem Bereich lebenden Frankophonen zu bewahren. Sondern dieser Wahlkreis und Gerichtsbezirk wurde bereits im 19. Jahrhundert gegründet, also schon bevor die Belgier damit begonnen haben aus Belgien einen Föderalstaat zu machen.

¹¹⁵ vgl. http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?rubrique4&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

Bereits im Jahre 1929 existiert der Bezirk Brüssel, welcher sich aus Kantonen zusammensetzt, die sich sowohl auf der einen Seite als auch auf der anderen Seite der aktuellen Sprachengrenze befinden, also sowohl in Flandern, als auch in der Wallonie liegen. Der Beweis dafür findet sich bereits in einem königlichen Erlass vom 27. April 1929. Die Kantone aus denen der Bezirk Brüssel damals besteht sind die folgenden: Anderlecht, Brüssel, Ixelles, Molenbeek-Saint-Jean, Saint-Gilles, Saint-Josse-Ten-Noode, Scharbeek, Uccle, Asse, Hal, Lennik-Saint-Quentin, Vilvoorde und Wolventem.

Im Jahre 1947 findet eine Volkszählung statt und diese zeigt, dass immer mehr Frankophone in das Umland von Brüssel ziehen. Das ist den Flamen zuwider. Diese Volkszählung hat ergeben, dass 24 flämische Gemeinden im Umland von Brüssel einen hohen frankophonen Bevölkerungsanteil aufweisen. Die Folge davon ist, dass diese betreffenden Gemeinden entweder mit Spracherleichterungen für die Frankophonen ausgestattet werden, oder zur Region Brüssel dazu kommen. Die Angst vor der Reaktion der Flamen auf dieses Resultat hat zur Folge, dass die Ergebnisse dieser Volkszählung erst viele Jahre später, im Jahre 1954 veröffentlicht werden.

Die Gemeinden Crainhem, Drogenbos, Linkebeek und Wemmel sind mehrheitlich frankophon, und aus diesem Grund könnten die Frankophonen einfordern, dass diese Gemeinden an die Region Brüssel-Hauptstadt angegliedert werden und damit zweisprachig werden. Diesen Schritt haben sie aber nicht gewagt, um die flämische Bewegung nicht in Aufruhr zu versetzen. Diese vier Gemeinden an der Peripherie von Brüssel werden daher zu Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Frankophonen.

Im Jahre 1954 wird die Region Brüssel, die damals aus sechzehn Gemeinden besteht, um die drei Gemeinden Ganshoren, Evere und Berchem-Saine-Agathe erweitert, welche dadurch ebenfalls zweisprachig werden. Der Grund dafür ist das Ergebnis der Volkszählung aus dem Jahre 1947 bei der sich herausgestellt hat, dass mindestens 30 Prozent der in diesen Gemeinden ansässigen Bevölkerung die andere Sprache des Landes sprechen, in diesem Falle nicht Flämisch, sondern Französisch. Denn im Jahr 1932 ist ein Gesetz verabschiedet worden in dem festgelegt wurde, dass alle Gemeinden, die sich entlang der Sprachengrenze befinden und in denen mindestens 30 Prozent der dort ansässigen Bevölkerung die andere Staatssprache sprechen, einen Spezialstatus bekommen. Dieser Sonderstatus gestattet es, dass diese Bewohner ihre Muttersprache in allen Bereichen der Verwaltung anwenden dürfen.

Im Jahre 1963 wird die Sprachengrenze zwischen Flandern und der Wallonie endgültig festgelegt. Aber diese Festlegung ändert nichts an den Grenzen und der Zusammensetzung von BHV. Was aber erfolgt ist, dass sechs der Gemeinden, welche zum Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV gehören zu Gemeinden werden, in denen es Spracherleichterungen für die frankophone Bevölkerung gibt. Bei diesen Gemeinden handelt es sich um Crainhem, Drogenbos, Linkebeek, Wemmel, Rhode-Saint-Genère und Wezembeek-Oppem.

Am 18. Juli 1966 wird das Gesetz zum Sprachgebrauch in der Verwaltung verabschiedet. Darin kommt es zur Gründung des Verwaltungsbezirks Brüssel und des Verwaltungsbezirks Halle-Vilvoorde. BHV bildet demnach im Bereich der Verwaltung keine Einheit mehr. Jedoch, was die Parlamentswahlen anbelangt, so ändert sich nichts an dem bisherigen Status von BHV. Mit anderen Worten, was die Parlamentswahlen betrifft so bildet BHV eine Einheit und die Frankophonen können nach wie vor für frankophone Listen aus Brüssel stimmen, obwohl sie im Umland von Brüssel und damit auf flämischen Gebiet leben.

Im Jahre 1992 wird die Provinz Brabant durch die Reform von Saint-Michel in zwei eigenständige Provinzen geteilt. Nämlich in die Provinz flämisch Brabant und die Provinz wallonisch Brabant. Aber auch diese Veränderung führt zu keiner Änderung in Bezug auf den Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV.

Ein Schiedsgericht entscheidet im Jahre 1994, dass der Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV beibehalten wird. Auch im Jahr 2003 gibt es eine Entscheidung des Schiedsgerichtes. Auch dieses Mal kommt es zu keiner Auflösung von BHV. Dieses Schiedsgericht sagt lediglich, dass es nicht korrekt ist, dass die Wähler unterschiedlich behandelt werden. Das bezieht sich darauf, dass die Frankophonen in Halle-Vilvoorde für die frankophonen Listen von Brüssel stimmen dürfen, was aber die Flamen, welche in der Wallonie leben, selbst, wenn sie in Gemeinden mit Spracherleichterungen für das Flämische leben, nicht dürfen. Des Weiteren gibt dieses Schiedsgericht bekannt, dass BHV etwas einzigartiges ist verglichen mit den anderen Bezirken.

Im Jahre 2002 kommt es zu einer Wahlrechtsreform. Mit dieser Reform werden die Wahlbezirke verändert, damit sie mit den belgischen Provinzen übereinstimmen. Hierbei bildet aber der Wahlkreis BHV wiederum eine Ausnahme. Das hat zur Folge, dass nur der Verwaltungsbezirk Löwen (Louvain) dem Wahlkreis flämisch Brabant zugeordnet wird. Der Sinn und Zweck dieser Ausnahme ist es, dass sowohl die frankophone Minderheit die in Halle-Vilvoorde ansässig ist, als auch die niederländischsprachige Minderheit, die in Brüssel

beheimatet ist zu schützen. Bei diesem Schutz geht es hauptsächlich darum, dass beide Minderheiten eine entsprechende Vertretung haben und zudem geht es dabei auch darum, dass diese Minderheiten damit den Vorteil genießen, dass die Gerichtsverfahren immer in ihrer entsprechenden Sprache abgehalten werden.

Das Problem um den Wahlkreis und den Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde wird erst dann gelöst werden können, wenn die flämischen Parteien zustimmen, dass die Rechte der Frankophonen in diesem Gebiet auch bei einer Aufspaltung garantiert werden. Denn erst dann werden die frankophonen Parteien der Aufspaltung von BHV zustimmen.

5.3.2. BHV soll aufgespalten werden – Der große Zankapfel ^{116 117} ¹¹⁸

Die flämischen Politiker fordern schon seit vielen Jahren, dass der Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde aufgelöst wird, denn sie sehen dadurch das Prinzip der Territorialität verletzt. Dieses Territorialitätsprinzip besagt, dass in der Wallonie Französisch und in Flandern Flämisch gesprochen wird. Lediglich die Region Brüssel-Hauptstadt ist zweisprachig, Französisch und Flämisch.

Guy Verhofstadt, der damalige Premierminister, schlägt im Jahr 2005 vor, dass BHV aufgespalten wird. Er macht den Frankophonen Zugeständnisse. Aber auch er scheitert mit seinem Vorschlag.

Im Oktober 2007 präsentieren die flämischen Parteien im Parlament einen Gesetzesentwurf bezüglich der Aufspaltung von BHV. Ihr Entwurf hat zum Ziel, dass die Region Brüssel-Hauptstadt zu einem eigenen Wahlkreis wird und, dass alle Gemeinden die Halle-Vilvoorde bilden zum Wahlkreis Löwen kommen. Die Umsetzung dieses Gesetzesentwurfs würde aber für die betroffenen Frankophonen bedeuten, dass sie ihre Rechte in Bezug auf die Wahlen und den Sprachgebrauch bei Gericht verlieren würden. Sie würden folglich bei den Parlamentswahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht mehr für die Listen in Brüssel stimmen dürfen. Daher sprechen sich die Frankophonen gegen die Aufspaltung des Wahlkreises und Gerichtsbezirks BHV aus. Zudem würde es sich bei diesem Gesetzesentwurf um keinen Kompromiss handeln, da den Frankophonen die in diesem Gebiet außerhalb der sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen leben, hierin keinerlei Zugeständnisse gemacht

¹¹⁶ vgl. <http://bruxelleshalvilvorde.be/spip.php?article12> [Zugriff: 22. Dezember 2011]

¹¹⁷ vgl. <http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

¹¹⁸ vgl. http://blog.lesoir.be/jour-apres-jour/files/2010/04/soir_nalu_20100416_018_018.pdf [Zugriff: 22. Dezember 2011]

werden. Die Frankophonen, welche in den sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen von Halle-Vilvoorde leben, würden bei einer Aufspaltung von diesem ihre Rechte nicht verlieren, da ihnen diese von der Verfassung garantiert sind. Aber die Frankophonen die in Gemeinden in Halle-Vilvoorde ohne Spracherleichterungen leben, verlieren ihre Privilegien. Aus diesem Grund fordern die frankophonen Politiker im Gegenzug für eine Aufspaltung von BHV, dass die sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen von Halle-Vilvoorde zur Region Brüssel-Hauptstadt dazukommen, sich folglich diese Region weiter ausbreiten würde. Diese Erweiterung der Region Brüssel-Hauptstadt hätte den Vorteil, dass die Wallonie und Brüssel endlich miteinander verbunden wären. Aber für die Flamen wäre das wiederum keine Lösung, da sie nicht den kleinsten Zipfel ihres Territoriums an die Frankophonen abtreten wollen.

Im November 2007 findet eine Abstimmung statt, bei der sich die flämischen Parteien für eine Aufspaltung von BHV aussprechen, damit die dort ansässigen Frankophonen ihre Rechte verlieren. Aber BHV bleibt dennoch weiter bestehen und ist weiterhin der große Zankapfel innerhalb der Regierungen.

5.3.3. Aufspaltung von BHV – die lang ersehnte Lösung für ein jahrelanges Problem^{119 120 121}

Am 14. September 2011 gelingt es den belgischen Parteien sich bezüglich der Aufspaltung des Wahlkreises und Gerichtsbezirkes Brüssel-Halle-Vilvoorde zu einigen. Diese Einigung enthält Zugeständnisse an die dort ansässigen Frankophonen und die frankophonen Parteien haben diesem Vorschlag zugestimmt.

Der Kompromiss bezüglich BHV sieht wie folgt aus: Die Frankophonen, welche in Halle-Vilvoorde in Crainhem, Drogenbos, Linkebeek, Rhode-Saint-Genèse, Wemmel oder Wezembeek-Oppem, also den sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen leben, behalten das Privileg zu wählen, ob sie für Kandidaten der Listen von flämisch Brabant oder den frankophonen Listen von Brüssel stimmen. Alle anderen Frankophonen, welche in der Provinz flämisch Brabant leben und nicht in einer dieser sechs Gemeinden mit

¹¹⁹ vgl. <http://www.levif.be/info/actualite/belgique/le-contenu-de-l-accord-sur-bhv/article-1195104187108.htm> [Zugriff: 22. Dezember 2011]

¹²⁰ vgl. <http://blog.lesoir.be/jour-apres-jour/2011/09/14/voici-les-grandes-lignes-de-l%E2%80%99accord-bhv-bruxelles/> [Zugriff: 22. Dezember 2011]

¹²¹ vgl. http://m.deredactie.be/cm/vrtnieuws.deutsch/Politische%2BKrise/110915_BHV%2Bgespalten [Zugriff: 22. Dezember 2011]

Spracherleichterungen leben, haben keine Wahl, sie können nur noch für die Listen von flämisch Brabant stimmen.

Ein weiteres Novum ist, dass es zu Veränderungen im Nominierungsverfahren für Bürgermeister kommt. Sollten die Bürgermeister von der flämischen Regierung nicht nominiert werden, dann ist es ihnen gestattet beim Conseil d'État bilingue dagegen Einspruch zu erheben.

Was die Sprachenwahl vor Gericht betrifft, so dürfen die Bewohner von Halle und Vilvoorde weiter wählen, welche Sprache sie vor Gericht verwenden. Egal ob sie in Gemeinden mit Spracherleichterungen leben oder nicht.

Auch in Bezug auf den Senat kommt es zu Neuerungen. So erfolgt die Ernennung von 50 Senatoren von diesem Zeitpunkt an auf Basis der Ergebnisse der Regionalwahlen. Die Wahl dieser 50 Senatoren erfolgt folglich indirekt. Von diesen 50 Senatoren müssen 29 Flamen sein, 20 Frankophone und einer muss aus der deutschsprachigen Sprachgemeinschaft kommen. Zehn weitere Senatoren werden mittels der Ergebnisse in der Abgeordnetenkommission ernannt. Auch hier gibt es wieder einen Verteilungsschlüssel, der besagt, wie viele Senatoren welche Sprachzugehörigkeit haben müssen. Von diesen zehn Senatoren sind sechs Flamen und vier Wallonen. Zudem wird der Senat jetzt als „Assemblée des entités fédérées“ bezeichnet.

Außerdem bleiben die frankophonen Bürgermeister der Randgemeinden von Brüssel Linkebeek, Kraainem und Wezembeek-Oppem im Amt und ihnen wird es gestattet, bei der allgemeinen zweisprachigen Generalversammlung des Rates wegen ihrer Nichternennung Klage einzureichen. Sie sind nicht anerkannt worden, da sie rechtswidrig auch Wahlaufforderungen auf Französisch verschickt hatten.

Es ist erstaunlich, dass die frankophonen Politiker jetzt der Aufspaltung des Wahlkreises und Gerichtsbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde zugestimmt haben, denn in Bezug auf das Wahlrecht hat es schon mehrmals den selben Vorschlag gegeben und immer wieder ist dieser von den Frankophonen blockiert worden.

6. Die Belgier und der Sprachenkonflikt

In diesem Kapitel werde ich mich mit den Meinungen der Belgier zu vier unterschiedlichen Themen befassen. Zum einen werde ich mir in diesem Kapitel ein paar Meinungen in Bezug auf die lange andauernde Regierungskrise von 2010/2011 näher ansehen und erläutern, warum die Belgier dieser Meinung sind. Des Weiteren werde ich mich mit der neuen Regierung unter dem frankophonen Premierminister Elio di Rupo befassen und beschreiben, wie die Belgier über ihren neuen Premierminister denken und was sie von der neuen Regierung halten. Der letzte Punkt meiner Meinungsanalyse wird das Thema rund um Brüssel-Halle-Vilvoorde sein und die vor kurzem erfolgte Aufspaltung.

Vorweg möchte ich auf zwei Punkte hinweisen. Zum einen habe ich keinerlei Kenntnisse der niederländischen Sprache und aus diesem Grunde ist es mir auch nicht möglich mir Internetforen anzusehen, welche auf Niederländisch verfasst sind. Daher gehe ich bei meiner Meinungsanalyse von französischsprachigen Foren aus, wobei sich auch hier Flamen zu Wort melden können, wenn sie über französisch Kenntnisse verfügen. Zum anderen muss ich darauf hinweisen, dass ich keine Garantie dafür übernehmen kann, dass die Personen deren Meinungen ich in diesem Kapitel behandeln werde, wirklich Belgier sind, da in den Foren jede Person seine Meinung kund tun kann, die das möchte und der französischen Sprache mächtig ist. Des Weiteren weise ich darauf hin, dass ich mich in diese Diskussionen in keinster Weise eingemischt habe, sondern diese Diskussionen einfach nur verfolgt habe.

Die Internetforen auf die ich mich bei der folgenden Analyse stütze sind einerseits das Forum der französischsprachigen belgischen Tageszeitung „Le soir“ und andererseits handelt es sich dabei um das Forum „Les francophones de Bruxelles“. Des Weiteren habe ich mir auch Meinungen zu Zeitungsartikeln im Internet angesehen. Dabei habe ich wieder mit der Zeitung „Le Soir“ gearbeitet, daneben habe ich aber auch Kommentare zu Artikeln der Onlinezeitung „Le Vif“ verwendet.

6.1. Meinungen und Kommentare zur Regierungskrise in Belgien

In diesem Unterkapitel möchte ich darauf eingehen, welche Meinung die Belgier von der lange andauernden Regierungskrise haben, die ihr Land in Atem hält und die dazu führt, dass Belgien den Rekord als Land, das am längsten gebraucht hat eine Regierung zu bilden, gebrochen hat und damit sogar länger als der Irak ohne gewählte Regierung war.

Ein zweisprachiger Belgier, der in Brüssel geboren wurde (wurde in dem Kommentar erwähnt), hat folgende Meinung zur Regierungskrise von 2010/2011. Diese Meinung stammt von Februar 2011.

« Nulle moitié ne peut ignorer trop longtemps les revendications de l'autre. Dans cette situation extrême, aucun compromis 'Belgische wijze' ne peut plus être trouvé: c'est blanc ou noir...
Retourner aux urnes ne fera que confirmer que la moitié, voire plus, de la population veut et exige la scission de la Belgique: pourquoi s'entêter? Ils ne veulent plus de nous, et nous n'avons finalement aucunes affinités avec eux: leur humour ne nous fait pas rire et inversement. Leur cuisine est triste et pitoyable. Leur langue est étrange à nos oreilles...Voilà le constat que je fais ce jour.
Beaucoup de voix s'élèvent pour diminuer le nombre de ministres: c'est l'occasion: 249 jours sans réel gouvernement, alors que l'on a besoin de décideurs. La communauté internationale rit jaune de toutes ces bêtises...stop!»¹²²

Dieser Brüsseler ist der Ansicht, dass die einen die Forderungen der anderen nicht ignorieren können. Damit ist gemeint, dass sowohl die Flamen als auch die Frankophonen die Meinungen und die Forderungen der anderen respektieren müssen und, dass es einen Kompromiss geben muss. Denn jede Seite stellt nur ihre Forderungen, ist aber zu keinem Kompromiss bereit um den anderen entgegen zu kommen. Anders ausgedrückt: die Flamen wollen die Forderungen der Frankophonen nicht akzeptieren, welche wiederum die Forderungen der Flamen nicht annehmen wollen. Das ist auch der Grund, warum die Regierungsbildung so lange dauert und es zu keiner Einigung kommen kann. Zudem vertritt diese Person die Ansicht, dass, wenn es zu Neuwahlen kommt, das Ergebnis zeigen würde, dass immer mehr Menschen die Spaltung des Landes wollen. Damit hat diese Person recht, denn auch aktuelle Umfragen haben gezeigt, dass, je länger die Regierungskrise die sich bereits in eine Staatskrise gewandelt hat, andauert, umsomehr Flamen zeigten sich bereit für

¹²² <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=65269&st=0> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

die separatistischen Parteien zu stimmen, allen voran für die N-VA rund um Bart de Wever. Wenn dieser Fall wirklich eintreten würde, dann hätte Bart de Wever das erreicht was er mit seinen ständigen Blockaden in der Regierungsbildung erreichen möchte, nämlich die Schaffung einer unabhängigen Republik Flandern. Es wird in diesem Kommentar erwähnt, dass sich die Flamen und die Wallonen auch abseits des Sprachenkonflikts nicht verstehen, da ihre Kulturen grundsätzlich verschieden sind. Es wird ebenfalls erwähnt, dass die Flamen die Wallonen nicht wollen. Das lässt sich dadurch erklären, dass die Flamen in der ersten Zeit nach der Gründung Belgiens wenig bis keine Rechte hatten. So war die einzige offizielle Sprache des Landes in dieser Zeit das Französische, das vor allem von den Frankophonen im Süden des Landes gesprochen wurde, aber auch von der flämischen Bourgeoisie. Es hat lange gedauert bis die Flamen durchsetzen konnten, dass das Niederländische ebenfalls zu einer offiziellen Staatssprache Belgiens wurde. Aber zu Beginn dieses Prozesses herrschte nur in der Wallonie die Einsprachigkeit zugunsten des Französischen. In Flandern wurden beide Sprachen als offizielle Sprachen angesehen, was sich erst nach und nach geändert hat. Diese Unterdrückung der Flamen in den ersten Jahren des Bestehens des Königreiches Belgien hat zur Folge, dass die Flamen sich heute gegen die Wallonen wenden und versuchen ihr Territorium gegen diese zu verteidigen. Mit anderen Worten beharren die Flamen genau aus diesem Grund so sehr auf dem Territorialitätsprinzip und auf der Forderung, dass in diesem Gebiet ausschließlich die niederländische Sprache gesprochen werden solle, weil die Wallonen das am Beginn ebenfalls so gehandhabt haben.

Außerdem geht aus dem Kommentar hervor, dass die Person es als wichtig erachtet, dass Belgien bald wieder eine gewählte Regierung bekommt, da die anderen Länder schon über Belgien lachen. Belgien hat tatsächlich mit der Bildung einer neuen Regierung länger gebraucht, als das in anderen Länder der Fall war. Sogar der Irak hatte schneller eine neue Regierung als Belgien. Aber für die Belgier dürfte es nichts Neues sein, dass die Politiker lange brauchen um eine Regierung zu bilden, denn bereits im Jahre 2007 hat es neun Monate gedauert, bis Belgien eine neue Regierung hatte. Aber auch schon davor hat es manchmal mehr als 100 Tage gedauert um eine Koalition zustande zu bekommen.

Eine andere Meinung ist auch, dass die Frankophonen die Schuld daran haben, dass die N-VA, also eine separatistische Partei, stärker geworden ist. Denn noch im Jahre 2007 hat die N-VA zusammen mit der CD&V antreten müssen um genug Stimmen zu bekommen. Die CD&V und die N-VA sind im Jahre 2004 ein Wahlbündnis eingegangen, dass bis ins Jahr 2008 bestanden hat.

Der Kommentar dazu lautet:

« On oublie trop facilement que les francophones sont à l'origine du débâcle actuel. En 2007 le NVA était un tout petit partie qui devait s'associer au CD&V pour survivre. Aux élections le CD&V a réussi une victoire éclatante avec 800.000 voix pour monsieur Leterme à lui seul. Les politiciens francophones, les dames Milquet et Onkelinx en tête, et les médias francophones ont cru bien faire de ridiculiser monsieur Leterme et son électorat flamand et de dire non à toute suggestion modeste de réforme de l'état. Je me suis dit à l'époque que les francophones allaient payer cette attitude humiliante pour les Flamands avec intérêt lors de prochaines élections, et voilà, le NVA est devenu le plus grand partie en Flandre et le CD&V ne sait vraiment plus quoi faire pour redresser la situation. »¹²³

Aus diesem Kommentar geht auch hervor, dass die Frankophonen deswegen die Schuld an der Situation tragen, weil sie jeden Reformvorschlag von Yves Leterme abgelehnt haben. Dass Yves Leterme keine Staatsreform durchführen konnte lag daran, dass er sich mit seinen Parteien auf keinen Kompromiss einigen konnte, und das hat dazu geführt, dass er beispielsweise im Jahre 2007 bereits zwei Monate nach den Parlamentswahlen sein Mandat zur Regierungsbildung zurückgelegt hat. Nach langem hin und her gelang es ihm dann doch im März 2008 eine neue Regierung zu bilden. Doch bereits im Juli 2008 trat er zurück, da er bezüglich einer Staatsreform keine Einigung erzielen konnte, da die Wallonen den Forderungen der Flamen nicht nachkommen wollten. Dieser Rücktritt wurde, wie ich in Punkt 4 dieser Diplomarbeit bereits erläutert habe, vom König nicht angenommen. Wobei es nicht ganz stimmt, dass nur die Frankophonen Schuld an der Krise von 2007 shabennd, da Yves Leterme zurücktreten wollte, weil die Flamen sich dagegen ausgesprochen haben, dass die Reformen wieder einmal aufgeschoben wurden. Aber daran, dass Yves Leterme 2010 endgültig zurückgetreten ist, tragen die Frankophonen sehr wohl auch die Mitschuld, da sie sich gegen die Aufspaltung des Wahlkreises und Gerichtsbezirkes BHV gewehrt haben und im Gegenzug dafür gefordert haben, dass die sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen die in Halle-Vilvoorde sind, an die Region Brüssel-Hauptstadt angegliedert werden.

¹²³ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=65269&st=0> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

In Bezug darauf, wer Schuld an der Krise hat gibt es aber auch andere Meinungen. Denn die Flamen wehren sich dagegen, dass sie der Wallonie Geld geben müssen. Dabei handelt es sich um den Streit bezüglich der Transferzahlungen. Wobei in Bezug darauf die Meinung vertreten wird, dass die Flamen darauf vergessen, was sie der Wallonie schulden. Damit ist gemeint, dass nach der Staatsgründung die Situation genau umgekehrt war, also, dass die Wallonie das reiche Gebiet war, in dem die Industrie vorherrschte. Hingegen Flandern war damals das arme Gebiet in dem die Landwirtschaft vorherrschte und von den Transferzahlungen der Wallonie abhing. Damals gab es ein Süd-Nord Gefälle und heute gibt es ein Nord-Süd-Gefälle. Der Kommentar dazu lautet:

« Maintenant que la Flandre est riche, que nous l'avons enrichie, que le cycle la place plus haut économiquement, pour un temps, nous ne nous attendons plus à quelque loyauté ni reconnaissance de sa part, c'est la nature de ce peuple de ne voir que ses frustrations et jamais ce qu'elle doit aux autres, c'est sa nature de se comporter en nouveaux riches orgueilleux et supérieurs. (Pourvu que ça dure, pour vous). »¹²⁴

Des Weiteren wird auch die Ansicht vertreten, dass die Flamen Schuld an der Krise und an dem Sprachenkonflikt sind, denn sie sind es, die immer wieder die Spracherleichterungen in Frage stellen.

« Enfin si les Flamands ne remettaient pas continuellement en cause " les facilités " (elles ont déjà beaucoup servi, ça use) les relations seraient plus détendues. »¹²⁵

Damit ist gemeint, dass die Flamen darauf bestehen, dass die Spracherleichterungen für die Frankophonen auf dem flämischen Territorium nur eine Übergangslösung darstellen, die dazu dienen sollte, dass sich die Frankophonen eingewöhnen können und ausreichende Kenntnisse der niederländischen Sprache aneignen. Und, dass nach dieser Phase der Eingewöhnung die Spracherleichterungen abgeschafft werden. Die Wallonen hingegen sehen die Spracherleichterungen als eine Dauerlösung an. Somit ist der Konflikt zwischen den beiden Sprachgemeinschaften vorprogrammiert. Denn wenn die Flamen ständig auf das

¹²⁴ <http://forums.lesoir.be/index.php?s=47a7645c6f3755b43becd4d27f8439a5&showtopic=65269&st=20>
[Zugriff: 30. Dezember 2011]

¹²⁵ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=65269&st=80> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

Territorialitätsprinzip bestehen, also dass in Flandern nur flämisch gesprochen wird, dann beschneiden sie damit den Frankophonen das Recht sich in ihrer Sprache in der Verwaltung zu äußern und ihre Kinder in frankophone Schulen zu schicken. Es ist nur natürlich, dass die Frankophonen auf dererlei Vorschläge missbilligend reagieren und diese ablehnen. Wenn die Flamen folglich aufhören würden die Rechte der Frankophonen in Flandern in den Gemeinden mit Spracherleichterungen zu beschneiden, dann würden die Frankophonen auch nicht jeden Vorschlag von Seiten der Flamen blockieren.

Es haben sogar schon Demonstrationen stattgefunden, bei denen die belgische Bevölkerung die Politiker aufgefordert hat möglichst rasch eine Regierung zu bilden. Hierzu ebenfalls ein Kommentar:

« Un mouvement « apolitique » spontané a eu lieu dimanche dernier pour réclamer « un gouvernement immédiatement » ce qui voulait dire « un gouvernement qui s'occupe des problèmes des gens, du social, de l'économique, du travail, de l'environnement, etc. » et non plus des « affaires communautaires ».¹²⁶ »

Hier wird auf diese Demonstrationen eingegangen, bei denen es darum geht, dass sich so schnell wie nur möglich eine neue Regierung bildet, die sich um die sozialen Angelegenheiten und die wirtschaftliche Lage des Landes kümmert. Damit ist gemeint, dass sich die Politiker während der Verhandlungen zur Regierungsbildung nur auf die Probleme der Gemeinschaften und Regionen konzentrieren sollen und aushandeln sollen welche Kompetenzen diese bekommen und welche nicht. Zudem streiten die Politiker nur darum wie man BHV aufspalten soll. Bei allen diesen Verhandlungen lassen die Politiker außer Acht, dass sie sich eigentlich darum kümmern sollten, dass die Schulden Belgiens geringer werden und nicht weiter steigen. Denn im Jahre 2011 beträgt die gesamte Staatsverschuldung von Belgien fast 100 Prozent des BIP. Aber laut Europäischer Union und den Maastrichtkriterien dürfen es nur 60 Prozent des BIP. Zudem ist die Arbeitslosigkeit in der Wallonie extrem hoch.

¹²⁶ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=65269&st=0> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

Es gibt aber daneben auch Stimmen, die sich dafür aussprechen, dass das Mandat der Regierung unter Leterme, der das Land während der Regierungskrise kommissarisch verwaltet, verlängert werden sollte, denn einerseits können sich die Politiker zur Zeit nicht auf eine Regierungskoalition einigen und andererseits hat das Land noch nie so gut funktioniert wie in dieser Zeit. Der Kommentar dazu lautet:

« Il faudra bien, "par défaut", reconduire le mandat du Gouvernement "actuellement en affaires courantes". Ce, puisque de toute évidence les "nouveaux" sont incapable de faire preuve de raison et "d'esprit d'équipe" pour former un nouveau Gouvernement "dans un délais raisonnable"... Ce serait même une bonne solution puisque depuis que nos politiques sont "dans l'incapacité de gouverner pour causes d'ordre communautaire" l'Etat belge "ex-royaume" n'a jamais aussi bien fonctionné. »¹²⁷

Damit ist gemeint, dass selbst die kommissarische Regierung unter Leterme noch Mehrheiten erzielen kann und das Land weiter regiert wird.

Aus diesen hier zitierten Kommentaren und den restlichen Informationen, die ich im Internet gelesen habe, geht eindeutig hervor, dass die Belgier es satt haben, dass es ständig eine Krise gibt und die Regierungsbildung so lange dauert. Es gibt unterschiedliche Ansichten wer die Schuld daran trägt, die einen sagen die Frankophonen, weil sie die Forderungen der Flamen nicht akzeptieren wollen, die anderen sagen, dass es die Flamen sind, weil sie die Transfertzahlungen an die Wallonie ablehnen und den Frankophonen auf flämischen Territorium ihre Sprachenrechte nehmen wollen.

6.2. Meinungen zum Thema „Ein Frankophoner und Sozialist als belgischer Premierminister“

Die belgische Tageszeitung „Le Soir“ hat in ihrem Forum eine Umfrage veröffentlicht aus der ersichtlich ist, dass sich mehr als 50 Prozent der Sprecher der niederländischen Sprache in Belgien dafür aussprechen, dass nicht Elio di Rupo den Posten des Premierministers bekommen hätte sollen, sondern dass dieser nach den Verhandlungen durch einen anderen Politiker ersetzt hätte werden sollen. Und nur 29 Prozent der Befragten vertrauen ihm.

¹²⁷ <http://forums.lesoir.be/index.php?s=47a7645c6f3755b43becd4d27f8439a5&showtopic=65269&st=40>
[Zugriff: 30. Dezember 2011]

„Je crois qu'il faut féliciter le talent de négociateur d'Elio Dirupo. Il a fait preuve de patience, soutenu par le palais (avec un autre qu'Albert II, que ce serait-il passé). Il est évident qu'il n'applique pas un programme social. Et je suis le premier à le regretter. Les riches moins riches, les pauvres moins pauvres... c'est pour quand? Il a tout simplement limité les dégâts, tout en permettant à l'Etat belge de survivre. [...]En résumé, je crois que la seule victoire d'Elio Dirupo, c'est d'avoir maintenu l'unité du pays. Car je vois mal la Wallonie s'en sortir seule. ”¹²⁸

Aus diesem Kommentar geht hervor, dass Elio di Rupo seine Sache gut gemacht hat und, dass er Geduld bewiesen hat. Damit ist gemeint, dass Elio di Rupo während der ganzen Dauer der Verhandlungen zur Regierungsbildung und auch schon davor, als es darum ging die nötigen Einigungen in Bezug auf BHV und den Haushalt für das Jahr 2012 zu erzielen zwar immer zwischendurch wieder aufgegeben hat, aber dennoch die Verhandlungen weiter voran getrieben hat und es somit erreicht hat, dass Belgien endlich nach mehr als 500 Tagen eine neue Regierung bekommt. Bei diesen Verhandlungen ist er immer wieder von König Albert II unterstützt worden, indem dieser die Angehörigen der anderen Parteien immer wieder ermahnt hat, dass sie eine Einigung erzielen sollen und Elio di Rupo immer wieder mit den Verhandlungen betraut wurde.

Aus diesem Kommentar geht auch hervor, dass die Person, die diesen Kommentar schreibt, es bedauert, dass Elio di Rupo sich nicht um soziale Maßnahmen kümmert, die dazu führen, dass die Armen mehr Geld bekommen. Damit wird darauf Bezug genommen, dass der belgische Staat, aufgrund seines hohen Defizits einsparen muss und es außerdem zu Steuererhöhungen kommen wird, und somit ist für soziale Maßnahmen kein Geld vorhanden.

Am Ende dieses Kommentars wird erwähnt, dass Elio di Rupo es geschafft hat, den belgischen Staat davor zu bewahren auseinander zu brechen und er weiterhin eine Einheit bildet, denn eine Wallonie ohne Flandern wäre nicht denkbar. Damit ist gemeint, dass Elio di Rupo durch seine Staatsreform, der sechsten mittlerweile, in der festgelegt wird, dass BHV geteilt wird und dass die Regionen mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen, es geschafft hat, Belgien davor zu bewahren, dass sich Flandern absplattet. Denn wenn es keine Einigung gegeben hätte, hätte es vermutlich Neuwahlen geben müssen und diesen hätten wahrscheinlich dazu geführt, dass die N-VA noch mehr Stimmen bekommt, und es hätte sich in dem neuen Wahlergebnis herauskristallisiert, dass zumindestens die Flamen für den Separatismus sind. Die Wallonie wird nicht alleine bestehen können, da die Wallonie der arme Teil Belgiens ist, und daher hängt sie finanziell von Flandern ab. Ohne die

¹²⁸ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646> [Zugriff: 29.Dezember 2011]

Transferzahlungen von Flandern wird es die Wallonie schwer haben weiter zu existieren, denn in diesem Gebiet ist zudem die Arbeitslosenquote extrem hoch und es gibt sehr viele Pensionisten.

“Rappelez-vous que c’est cette coalition ci qui assure que la question de BHV, le plus gros boulet autour du cou de la Belgique, va être résolu. Cela, au moins, mérite une certaine reconnaissance.”¹²⁹

Dieser Kommentar lobt ebenfalls die Einigung, welche von Elio di Rupo und seinen Koalitionspartnern im Vorfeld der Regierungsbildung erreicht worden ist. Dabei handelt es sich vor allem um die Einigung über die Aufspaltung des Problemwahlkreises BHV, der schon seit mehr als 40 Jahren immer wieder Grund für Probleme war, und auch zum Fall der Regierung von Yves Leterme geführt hat. Zudem haben die Diskussionen rund um die Aufspaltung von BHV eine rasche Regierungsbildung in Belgien verhindert, da sich die Flamen und die Frankophonen nicht einigen konnten, wie die Aufspaltung von statten gehen solle. Elio di Rupo hat einen Vorschlag unterbreitet, den die flämischen Politiker akzeptiert haben, besser gesagt, der so ziemlich mit den Forderungen der Flamen übereinstimmte, zumindest was den Punkt der Wählerlisten in den 29 Gemeinden ohne Spracherleichterungen in Halle-Vilvoorde anbelangt. Des weiteren hat er es geschafft eine Einigung darüber zu erzielen, welche weiteren Kompetenzen die Regionen bekommen. Dieses Mehr an Kompetenzen für die Regionen führt aber wiederum zur Schwächung des Bundesstaates, was die Wallonen grundsätzlich ablehnen, denn diese treten für eine Stärkung des Bundesstaates ein.

Ein Kritikpunkt an der Tatsache, dass Di Rupo der neue Premierminister ist, ist, dass er nicht beide Landessprachen fließend spricht, was der belgische Premierminister eigentlich können sollte. Alle seine Vorgänger waren Flamen und sie alle konnten neben ihrer Muttersprache, dem Flämischen, ebenfalls fließend Französisch sprechen. Was daher kommt, dass die flämischen Kinder in den flämischen Schulen verpflichtend Französisch als erste Fremdsprache lernen müssen. Elio di Rupo hat zwar Kenntnisse der flämischen Sprache, aber dabei handelt es sich um sehr rudimentäre Kenntnisse. Der Grund dafür ist, dass in den frankophonen Schulen in Belgien zwar auch Niederländisch unterrichtet wird, es dort aber nicht die erste Fremdsprache ist, und zudem in einem weit geringeren Maße an Schulstunden

¹²⁹ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646&st=20> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

unterrichtet wird, als Französisch in den flämischen Schulen. Ich möchte nun im folgenden auf Kommentare diesbezüglich eingehen.

« La question n'est pas si quelqu'un est en francophone ou néerlandophone. La question est si le Premier ministre d'un pays est en mesure de s'exprimer dans les langues nationales d'une façon acceptable. Pour di Rupo il pourrait y avoir un petit problème là. Mais qui sait. C'est un homme intelligent. »¹³⁰

Aus diesem Kommentar geht hervor, dass es egal ist, ob der Premierminister ein Flame oder ein Wallone ist. Das wichtigste ist, dass er sich in den Staatssprachen ausdrücken kann, also dass er im Falle Belgiens zumindest Flämisch und Französisch spricht. Ob der Premierminister Kenntnisse der deutschen Sprache hat, welche im Osten des Landes an der Grenze zu Deutschland gesprochen wird, spielt bei dieser Diskussion die Sprachkenntnisse des neuen Premierministers betreffend keinerlei Rolle. Das ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Deutschsprachigen nur eine Minderheit in Belgien bilden. Für di Rupo werden seine schwachen Kenntnisse der flämischen Sprache zu Problemen führen, das bedeutet, dass die Regierung Belgiens sowohl auf Flämisch als auch auf Französisch tagt. Und dass er wegen seiner schwachen niederländisch Kenntnisse auch immer wieder kritisiert werden kann.

Die Reaktion auf den vorherigen Kommentar im Forum von „Le Soir“ ist der folgende:

« L'important n'est pas de savoir dans quelle langue il choisira de s'exprimer mais ce qu'il choisira d'exprimer. »¹³¹

Aus diesem Kommentar geht hervor, dass die Sprachenwahl keine Wichtigkeit hat, sondern nur, dass von Bedeutung ist, was Elio di Rupo während seiner Amtszeit als Premierminister sagt. Damit ist gemeint, dass es wichtiger als die Sprachenfrage ist, dass Elio di Rupo während seiner Zeit als Premierminister versucht das Land einerseits aus der Schuldenkrise zu führen und andererseits zu verhindern versucht, dass seine Regierung wieder an dem Sprachenkonflikt zerbricht. Es geht also darum, dass er sich weiter um die Einheit des Landes bemüht und versucht beiden Seiten, also sowohl den Flamen als auch den Frankophonen

¹³⁰ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646> [Zugriff: 29. Dezember 2011]

¹³¹ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646> [Zugriff: 29. Dezember 2011]

gerecht zu werden, und hier spielt die Frage bezüglich seiner Sprachkompetenzen keine Rolle. Denn er muss nur Kompromisse zwischen den beiden Sprachgemeinschaften finden, welche von beiden Seiten akzeptiert werden.

Dass Elio di Rupo fehl am Platz des Premierministers ist, findet sich in einigen der Kommentare bezüglich der Regierung unter Elio di Rupo. Der Hauptgrund für diese Ansicht ist immer, dass er die zweite offizielle Sprache des Landes nicht gut genug spricht, obwohl die Mehrheit der belgischen Bevölkerung die Flamen sind und nicht die Sprecher der französischen Sprache. Von Seiten der Wallonen erfolgt immer wieder der Vorwurf, dass er sie verrät. Damit ist gemeint, dass er nur darum bemüht ist Einigungen zu erzielen und dabei nicht darauf achtet, dass alle Rechte der Frankophonen gewahrt werden.

6.3. Meinungen zur neuen Regierung unter Elio di Rupo

Ein Kommentar in Bezug auf die neue Regierung lautet beispielsweise:

« La situation actuelle sera toujours "défaussée". La personnalité de Di Rupo (et de n'importe qui) n'est pas transformable, malléable indéfiniment[...] Les électeurs de la N-VA sont dans l'impossibilité psychologique de se reconnaître de EDR. Le gouvernement "papillon" durera le temps de déjà préparer la suite. »¹³²

Aus diesem Kommentar geht hervor, dass die neue Regierung unter dem frankophonen Premierminister Elio di Rupo nicht konform mit dem Wählerwillen ist. Anders ausgedrückt, hat Elio di Rupo nur in der Wallonie die Mehrheit, die Bewohner Flanderns haben ihn aber nicht gewählt, da sie dazu wegen des Wahlsystems nicht die Möglichkeit haben. In Belgien gibt es unterschiedliche Wahllisten und jeder Wähler darf nur für die Wahllisten seiner Gemeinschaft stimmen, das hat zur Folge, dass die Flamen nicht für die frankophonen Parteien stimmen können und umgekehrt können die Frankophonen nicht für die flämischen Wählerlisten stimmen. Des Weiteren kommt bei dieser Schmetterlingskoalition dazu, dass die stimmenstärkste Partei, nämlich Bart de Wever mit seiner N-VA, der die meisten Sitze im Parlement hat, nicht in der Regierung vertreten ist, sondern sich in der Opposition befindet.

¹³² <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646> [Zugriff: 29.12.2011]

Dass sich die Wähler der N-VA nur schwer mit der Partei von Elio di Rupo identifizieren können, also mit der frankophonen PS, ist darin begründet, dass die beiden Parteien grundsätzlich verschiedene Ansichten vertreten. Elio di Rupo ist der Chef der frankophonen Sozialisten und die N-VA ist eine offen separatistische Partei. Bart de Wever, der Chef der N-VA, hat es während den Verhandlungen zu einer Regierungsbildung immer wieder darauf angelegt, dass die Verhandlungen scheitern, denn wenn es nach ihm gehen würde, dann würde sich Flandern von der Wallonie abspalten und unabhängig werden. Er hat während der Verhandlungen immer wieder die Meinung vertreten: je schlechter die Verhandlungen laufen desto besser kann er seine Ziele verfolgen. Denn er ist immer der Meinung gewesen, dass wenn es Neuwahlen gäbe er noch mehr Stimmen bekäme.

Des weiteren geht aus diesem Kommentar hervor, dass der Autor der Ansicht ist, dass die Regierung unter di Rupo nicht lange halten werde. Der Grund für diese Ansicht ist, dass der belgische Premierminister es schwer haben werde seine Vorhaben umzusetzen, da sein stärkster Gegner, die N-VA in der Opposition sitzt und es somit immer wieder zu Problemen kommen werde.

Ein weiterer Kommentar zur Regierung unter Di Rupo ist der folgende:

“[...]Mais le gouvènement Di Rupo représente 80% du vote francophone et 45% du vote flamand.”¹³³

Daraus geht hervor, dass die neue Regierung 80 Prozent der frankophonen Stimmen und nur 45 Prozent der flämischen Stimmen repräsentiert. Damit ist gemeint, dass die drei frankophonen Koalitionsparteien jene Parteien sind, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei den flämischen Parteien ist aber die stimmenstärkste Partei nicht vertreten, nämlich die N-VA, welche 27 Sitze im Parlament erhalten hat und damit auch die meisten Sitze hat. Und aus diesem Grund kommt es zu dieser Unausgeglichenheit bei der Vertretung der Gemeinschaften. Das bedeutet, dass die Zusammensetzung der Regierungskoalition nicht mit dem Willen der Wähler übereinstimmt, zumindest was die flämische Seite betrifft. Denn auf der Seite der Wallonen sitzen die drei stimmenstärksten Parteien in der Regierung. Aber Bart de Wever hatte auch seine Chance eine Regierung zustande zu bekommen, aber da er es nicht geschafft hat, dass sich die Parteien auf die notwendigen Reformen einigen, wurde Elio di

¹³³ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646&st=20> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

Rupo auserkoren die Reformen auszuarbeiten und dann nach dem Erfolg in diesem Bereich eine Regierung zu bilden. Zudem hat Bart de Wever ebenfalls immer wieder die Reformvorschläge, die im Laufe der 541 Tage andauernden Verhandlungen zur Regierungsbildung vorgelegt wurden, blockiert und abgelehnt und aus diesem Grunde ist es klar, dass er nicht an der Regierung beteiligt ist. Dieses Ungleichgewicht in der Regierung in Bezug auf die Vertretung der Gemeinschaften stimmt zudem auch nicht mit der Verteilung der Bevölkerung überein. Denn die Mehrheit der belgischen Bevölkerung bilden die Flamen und die Frankophonen bilden nur 40 Prozent der Bevölkerung. Daher wird diese Regierung von den Flamen als eine schlechte unausgeglichene Regierung angesehen.

Ein weiterer Kommentar in diese Richtung ist der folgende:

« Un pays où chaque région vote pour 'ses' partis politiques régionales et qui ensuite mélange les résultats de toutes les régions pour arriver à une majorité n'est pas une démocratie. [...] »¹³⁴

Am Anfang dieses Kommentars wird auf das Wahlsystem in Belgien Bezug genommen, also, dass die Wallonen und die Flamen jeweils nur für ihre Listen stimmen können und nach den Parlamentswahlen müssen sich dann alle belgischen Parteien auf eine Regierung einigen, die dann aus Parteien aus beiden Landesteilen bestehen muss, damit die beiden großen Gemeinschaften vertreten werden. Es sitzen demnach Parteien in der Regierung die nur von einem Teil der Bevölkerung gewählt worden sind.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Regierung unter Premierminister Elio di Rupo ist, dass es eine Regierung der Verleugnung und der Zugeständnisse ist. Das geht aus dem folgenden Kommentar hervor:

« Le gouvernement de toutes les compromissions et tous les reniements. Di Rupo avait déjà vendu son corps, aujourd'hui il monnaie son âme ! »¹³⁵

¹³⁴ <http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646&st=20> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

¹³⁵ <http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=3&topic=76663> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

Der Schreiber dieses Kommentars nimmt darauf Bezug, dass Elio di Rupo, ein Frankophoner, bei der Aufspaltung von BHV den Flamen einige Zugeständnisse gemacht hat. Im Gegenzug dafür haben aber tausende Frankophone, die im Umland von Brüssel in Halle-Vilvoorde beheimatet sind, ihre Rechte in Bezug auf die Wahlen verloren. Dagegen haben sich die Wallonen aber vorher immer vehement gewehrt. Des Weiteren ist der Schreiber der Ansicht, dass Elio di Rupo den Flamen weitere Zugeständnisse machen werde, um die Regierung so lange wie nur möglich im Amt zu halten und Reformen durchführen wird, die schlecht für die Frankophonen sind.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt in Bezug auf die neue Regierung ist, dass diese fast gänzlich wieder aus den gleichen Ministern besteht wie die vorangegangene Regierung unter Premierminister Yves Leterme.

Die Meinung dazu lautet beispielsweise:

« Bj, A peu de choses près, on prend les mêmes on remache et on recommence tout. Est-ce-que cela valait les 520 et quelques jours de marasme ? Merci à Bartje et consorts, d'avoir bloqué notre Belgique si longtemps, on devrait leur faire payer les coûts de cette crise ! »¹³⁶

Es stimmt, dass neun der dreizehn Minister, aus denen die neue Regierung besteht, bereits Minister in der vorangegangenen Regierung waren. Bei diesen Ministern handelt es sich um Didier Reynders, Laurette Onkelinx, Steven Vanackere, Joello Milquet, Sabine Laruelle, Pietre de Crem, Paul Magnette, Vincent Can Quickenborne und Annemie Turtelboom. Des Weiteren sind ebenfalls zwei Staatssekretäre gleich geblieben. Wobei es nicht der Fall ist, dass sie in der jetzigen Regierung wieder für die gleichen Ressorts zuständig sind. Die Kritik an dieser Tatsache ist berechtigt, denn was soll sich jetzt ändern. Die vorangegangene Regierung ist zerbrochen und jetzt soll die Regierung länger halten und die notwendigen Reformen durchziehen, obwohl ein Großteil der vorherigen Minister erneut an der Regierung beteiligt sind.

Mit dem Kommentar in Bezug auf Bartje und seines Gleichen ist gemeint, dass Bart de Wever und die N-VA die Bildung einer neuen Regierung sehr lange blockiert haben, indem sie jeglichen Reformvorschlag abgelehnt haben. Diese Blockade hat aber dazu geführt, dass die

¹³⁶ <http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=3&topic=76663> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

Krise in Belgien länger andauert hat, und somit sind auch die Staatsschulden gestiegen. Belgien hat diese Krise sehr hart getroffen und sie war für die Wirtschaft nicht von Vorteil. Aus diesem Grund wurde auch die Kreditwürdigkeit von Belgien von der Rating-Agentur Standard and Poors bereits gesenkt.

Die Belgier sind absolut nicht zufrieden mit ihrer Regierung, denn einige sind der Ansicht, dass diejenigen Parteien, welche die Wahlen verloren haben, nun an der Regierung beteiligt sind. Ein Kommentar diesbezüglich lautet:

« Et pire des gens qui n'ont même pas gagné les élections nous gouvernent ! »¹³⁷

Damit ist gemeint, dass neben der PS, dem Wahlsieger in der Wallonie, die Wahlsieger in Flandern, also die N-VA, nicht an der Regierung beteiligt sind. Dafür aber Parteien, wie Open VLD, MR und CDH, welche bei den Wahlen im Juni 2010 im Vergleich zu den Wahlergebnissen von den Wahlen 2007 herbe Verluste eingefahren haben, dennoch an der Regierung beteiligt sind. Und das, obwohl aus dem Wählerwillen deutlich hervorgeht, dass das nicht mehr sehr erwünscht ist.

Ein weiterer Kritikpunkt an der neuen Regierung auf den ich eingehen möchte ist der folgende:

« la surreprésentation libérale dans ce gouvernement me gêne et me révolte. Ces gens ont quand même été battus à plate couture aux dernières élections. C'est une véritable prime à l'incompétence qui est donnée au MR et à l'OpenVLD ! »¹³⁸

Aus diesem Kommentar geht hervor, dass die beiden Liberalen Parteien, welche jeweils fünf Sitze im Parlament verloren haben, dennoch an der Regierung beteiligt sind und dann auch noch fünf Minister und einen Staatssekretär stellen. Die drei Minister welche von dem MR gestellt werden sind: Didier Reynders (Minister für auswärtige Angelegenheiten, für den Außenhandel und Europäische Angelegenheiten), Sabine Laruelle (Ministerin für den Mittelstand, KMU, Selbständige und Landwirtschaft) und Olivier Chastel (Minister für den Haushalt und Verwaltungsvereinfachungen). Die beiden Minister die Open VLD stellt sind:

¹³⁷ <http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=1&topic=76663> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

¹³⁸ http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=0&article_id=881551 [Zugriff: 28. Dezember 2011]

Vincent Van Quickenborne (Minister für Pensionen) und Annemie Turtelboom (Minister für Justiz). Des weiteren kommt ein Staatssekretär von Open VLD. Die Christdemokraten stellen drei Minister und drei Staatssekretäre. Bei den Christdemokraten handelt es sich um die flämische CD&V und die frankophone CDH. Die beiden sozialistischen Parteien PS und sp.a stellen fünf Minister und zwei Staatssekretäre. Daraus ergibt sich, dass die Liberalen genauso viele Minister stellen wie die Sozialisten. Nur bei den Staatssekretären haben die Sozialisten einen mehr als die Liberalen. Die Christdemokraten stellen die geringste Zahl von Ministern, aber die meisten Staatssekretäre.

6.4. Meinungen und Kommentare zur Aufspaltung des ewigen Zankpfahls BHV

In diesem Unterkapitel möchte ich mich mit ein paar Meinungen in Bezug auf die Aufspaltung des Wahlkreises und Gerichtsbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde beschäftigen, da im Zuge der Aufspaltung die Frankophonen einige Sonderrechte verloren haben, die sie bis dahin in Halle-Vilvoorde in Gemeinden ohne Spracherleichterungen genossen haben.

« Comme c'était prévisible, cet accord consacre la DEFAITE, le DESASTRE des francophones !!! Sur base d'une escroquerie "compensatrice", celle d'une nomination aléatoire (ce sera le jeu de la roulette russe selon l'appartenance linguistique du Président de séance du Conseil d'Etat) et trompeuse des Bourgmestres (ayant été élus DEMOCRATIQUEMENT, leur nomination n'aurait JAMAIS dû faire partie de ce troc INFÂME dont se "félicitent" les TREMBLEURS et les TRÂITRES francophones qui ne craignent pas d'arborer tout sourire leurs chicots), 80.000 francophones sont livrés au fascisme flamant ... C'est PIRE ENCORE qu'en 1989 quand les SociALAUDS, reniant toutes les "promesses", ont définitivement abandonné les Fourons !!! Désormais, Bruxelles est définitivement séparé de la Wallonie Le SEUL espoir est que la NVA bloque tout à l'échelon du gouvernement régional flamand !!! Prochain rendez-vous des revendications flamandes ... la DEFINITIVE flamandisation des SIX communes à facilité ... Depuis un demi siècle, les Flamands avancent lentement leurs pions ... S'ils sont logiques avec eux-mêmes (ILS LE SONT !), ils ne toléreront plus longtemps ces ... "facilités" dans un territoire qu'ils considèrent comme le leur !!! Et comme cet "accord" consacre la RECONNAISSANCE et la LEGITIMITE de ce prétendu "droit du sol" ... Je ne donne pas cinq ans pour que cela se produise »

139

Aus diesem Kommentar geht hervor, dass die Teilung von BHV von den Frankophonen als Verrat und Desaster gesehen wird und, dass die Kompensationen welche die Frankophonen in Halle-Vilvoorde im Zuge dessen bekommen ein Betrug sind. Damit ist gemeint, dass nur noch die Frankophonen in sechs Gemeinden von Halle-Vilvoorde das Recht haben bei den Parlamentswahlen und den Wahlen zum Europaparlament für die frankophonen Listen in Brüssel zu stimmen. Die frankophonen Bewohner der restlichen 29 Gemeinden in Halle-Vilvoorde können nur noch für die flämischen Listen von flämisch Brabant stimmen. Vor der Teilung hatten alle Frankophonen in allen Gemeinden von Halle-Vilvoorde das Recht sich auszusuchen, ob sie für die frankophonen Listen in Brüssel oder die flämischen Listen aus flämisch Brabant stimmen. Das war wiederum den Flamen ein Dorn im Auge. Diese Lösung rund um BHV ist nun jene, welche immer wieder im Raum gestanden hat, aber von den frankophonen Politikern immer wieder blockiert wurde. Aber ausgerechnet Elio di Rupo, ein Frankophoner, hat diese historische Lösung nun doch herbeigeführt. Das wird als Verrat an den Frankophonen angesehen.

Auch, dass die drei frankophonen Bürgermeister, die rechtmäßig gewählt wurden, aber bis zur Teilung von BHV nicht ernannt worden sind, vor einem Conseil d'État klagen können wird als ungerecht empfunden, denn die Ernennung der Bürgermeister wird in dem Fall davon abhängen, welche sprachliche Zugehörigkeit der Präsident dieses Rates in dem Moment hat, denn die Präsidentschaft in diesem Rat wechselt. Anders ausgedrückt, der Präsident dieses Rates ist einmal ein Frankophoner und einmal ein Flame und das abwechselnd. Und es ist zu befürchten, dass, wenn der Präsident ein Flame ist, die frankophonen Bürgermeister nicht ernannt werden.

In diesem Kommentar wird auch Fourons erwähnt. Dabei handelt es sich um eine Gemeinde die vor der Ziehung der Sprachengrenze zu Lüttich, einer frankophonen Provinz gehörte. Aber im Jahre 1963 wurde Fourons an die flämische Provinz Limburg gegeben und zu einer Gemeinde mit Spracherleichterungen für die Frankophonen, was sie auch heute noch ist. Im Jahre 1989 ist José Happart, ein Französischsprachiger, als Bürgermeister einer flämischen Gemeinde zurückgetreten und durch einen flämischen Bürgermeister ersetzt worden. Somit ist Fourons endgültig flämisch geworden.

Des weiteren wird darauf angespielt, dass die N-VA rund um Bart de Wever diesen historischen Kompromiss rund um den Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV im flämischen Parlament genehmigen muss und er vermutlich auch hier versuchen wird, den Kompromiss zu

blockieren. Die Vermutung liegt nahe, da er im Verlauf der Koalitionsverhandlungen immer wieder für Unruhen gesorgt hat und jeden Reformvorschlag abgelehnt hat.

Der letzte Punkt auf den in diesem Kommentar eingegangen wird, ist die Tatsache, dass die Flamen immer mehr auf dem Territorialitätsprinzip bestehen. Dabei handelt es sich darum, dass die Flamen fordern, dass in Flandern nur flämisch gesprochen wird. Das ist auch der Grund, warum die flämischen Politiker darauf bestanden haben, dass der Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV gespalten wird. Es ist daher anzunehmen, dass die Flamen ebenfalls bald fordern werden, dass auch die Bewohner der Gemeinden mit Spracherleichterungen für Frankophone aufgelöst werden. Hierbei wird es aber wiederum zu einem Konflikt zwischen den Flamen und den Wallonen kommen, denn die beiden Gruppen haben unterschiedliche Ansichten über die Gemeinden mit Spracherleichterungen. Während die Wallonen davon ausgehen, dass diese Gemeinden für immer Gemeinden mit Spracherleichterungen bleiben werden, sehen die Flamen die Sache definitiv anders. Denn nach der flämischen Auffassung dienen die Gemeinden mit Spracherleichterungen nur dazu, den Bewohner der anderen Sprache die Eingliederung zu erleichtern. Diese Spracherleichterungen sollten folglich kein Dauerzustand bleiben, was die Wallonen aber wollen. Daher werden die Flamen weiterhin versuchen die Gemeinden mit Spracherleichterungen abzuschaffen.

Alles in allem kann man hier sagen, dass die Einigung als negativ für die frankophonen Mitbürger gesehen wird und es vor allem als schlecht angesehen wird, dass dieser Kompromiss von einem Frankophonen kommt und von den frankophonen Politikern akzeptiert worden ist.

Ein weiterer Kommentar der in diese Richtung geht ist der folgende:

« Ni honorable, ni équilibré ... SCANDALEUX !!! On comprend que le CD&V s'en félicite ... 80.000 francophones sont désormais sous la coupe des Flamands ... Les portes sont désormais ouvertes pour eux pour la reconquête de Bruxelles ... via la liquidation préalable des "facilités" de SIX communes du même nom ... »

140

¹⁴⁰ <http://www.levif.be/info/actualite/belgique/accord-bhv-un-compromis-honorable-et-equilibre-selon-le-cd-v/article-1195104244870.htm#reviews> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

Auch aus dieser Meinungsäußerung geht hervor, dass die Aufspaltung vom BHV als negativ für die Frankophonen angesehen wird. Mit der Wiedereroberung von Brüssel ist gemeint, dass zu Beginn in Brüssel die Mehrheit der Bewohner flämischsprachig war, aber im Laufe der Zeit hat sich das umgedreht und nun sind nicht mehr die Frankophonen die Minderheit in Brüssel, sondern die Flamen. Heute wird davon ausgegangen, dass 90 Prozent der Bevölkerung Brüssels Frankophone sind. Das ist darauf zurückzuführen, dass Brüssel die Hauptstadt der Europäischen Union ist und dass viele Immigranten nach Brüssel gehen und diese sprechen meist Französisch.

« Les flamands ont obtenu ce qu'ils voulaient, les francophones rien (même pas l'élargissement de Bruxelles). De nouveau un accord à la belge : tordu et compliqué, permettant toutes les interprétations. Les politiciens francophones espèrent que cette fois c'est la "dèr des dèr" des concessions. En fait il n'en n'est rien. Les flamands préparent déjà leurs prochaines revendications. Mais bien sûr pour Di Roupette la seule chose qui importe c'est de devenir premier. Ce qu'il oublie c'est que les lois ne sont pas encore votées et que beaucoup pourraient voter non même dans les rangs des partis de la majorité gouvernementale et par la même occasion faire tomber le gouvernement. Pauvres de nous mes frères et soeurs. »¹⁴¹

Auch aus diesem Kommentar wird ersichtlich, dass die Belgier der Ansicht sind, dass nur die Flamen das bekommen haben was sie wollten und die Frankophonen mit leeren Händen zurückbleiben. Die frankophonen Politiker hoffen, dass es sich dabei um den letzten Kompromiss handelt, den sie eingehen müssen.

„Dèr des Dèr“ ist eine Anspielung auf die Franzosen, welche im Jahre 1918 nach dem Ende des ersten Weltkrieges gehofft haben, dass es sich dabei um den letzten großen Krieg handelt, das war aber ein Irrtum, denn nach dem ersten Weltkrieg folgte noch der zweite. An dieser Anspielung sieht man, dass die Person, welche diese Meinung äußert der Ansicht ist, dass es noch zu weiteren Kompromissen kommen wird, welche zu Ungunsten der Frankophonen erfolgen werden. Hier sieht man auch deutlich, dass die Belgier der Ansicht sind, dass Elio di Rupo sich nur auf diesen Kompromiss eingelassen hat, damit er Premierminister wird und damit zum ersten frankophonen Premierminister seit dem Jahre 1979. Aber dieser Kompromiss muss noch von der flämischen Regierung anerkannt werden und dabei ist es

¹⁴¹

<http://www.levif.be/info/actualite/belgique/le-contenu-de-l-accord-sur-bhv/article-1195104187108.htm#reviews> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

noch nicht sicher, ob diese Bestätigung wirklich erfolgt, denn die N-VA von Bart de Wever sitzt ebenfalls dort und er könnte den Vorschlag noch ablehnen.

Neben diesen negativen Ansichten gibt es aber auch positive Ansichten in Bezug auf die Aufspaltung von BHV. Eine dieser Meinungen ist die folgende:

« CETTE SICISSION EST UNE BONNE CHOSE car elle clarifie la situation. Maintenant que les bruxellois ne peuvent plus voter pour des listes flammandes, la Flandre n'a plus de légitimité démocratique pour demander des nouvelles compétences sur le sol bruxellois. Faire coïncider l'arrondissement électoral avec les frontières de la région est aussi une reconnaissance de Bruxelles-région à part entière. »¹⁴²

Hier wird die Ansicht vertreten, dass die Aufspaltung von BHV eine gute Sache ist und, dass es somit zu einer einfacheren Situation kommen wird. Damit ist gemeint, dass BHV immer wieder zu Konflikten in den Regierungen geführt hat und es damit auch immer wieder zum Fall von Regierungen gekommen ist, da sich die Politiker nicht auf einen Kompromiss in dieser Hinsicht einigen konnten. Dadurch, dass der Wahlkreis nun mit den Provinzgrenzen übereinstimmt, wurde auch die Region Brüssel-Hauptstadt endgültig anerkannt. Damit ist gemeint, dass nun alle Wahlkreise mit den Provinzgrenzen übereinstimmen und es in diesem Bereich zu keiner Diskussion mehr kommen kann.

An diesen Meinungen sieht man ganz deutlich, dass BHV ein wirklicher Zankapfel in Belgien war, der oft zu Streitigkeiten geführt hat. So zum Fall der Regierung unter Leterme im Jahre 2010 und zu den lange währenden Regierungsgesprächen nach den vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2010 geführt hat. Jetzt ist das Problem gelöst, wobei die Meinungen bezüglich dieser Aufspaltung von BHV in fast allen Fällen in die Richtung gehen, dass es sich dabei um einen Verrat an den Frankophonen handelt, welche Rechte verloren haben. Es ist klar, dass sich die Frankophonen gegen diese Aufspaltung gewehrt haben und auch jetzt dagegen sind, denn für sie heißt es, dass sie Rechte einbüßen müssen.

¹⁴² <http://www.levif.be/info/actualite/belgique/accord-bhv-un-compromis-honorable-et-equilibre-selon-le-cd-v/article-1195104244870.htm#reviews> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

7. Die Zukunft Belgiens – ist Belgien am Ende? ¹⁴³ ¹⁴⁴ ¹⁴⁵

In diesem Kapitel möchte ich mich der Frage widmen wie es mit Belgien weitergehen wird. Können sich Flamen und Wallonen endlich auf einen gemeinsamen Weg einigen, anders gesagt, die Differenzen überwinden und gemeinsam in Belgien leben? Oder kommt es doch so weit, dass Flamen und Wallonen sich endgültig trennen und getrennte Wege gehen.

Doch hier stellt sich die Frage, wie diese getrennten Wege aussehen werden. Denn es gibt unterschiedliche Möglichkeiten der Aufspaltung, also der Zusammensetzung der neuen Staaten. Zudem gibt es auch die Möglichkeit der Angliederung an andere bereits bestehende Staaten.

Bilden sich drei unabhängige Staaten, also ein flämischer Staat, ein wallonischer Staat und ein Stadt-Staat-Brüssel? Doch laut Claude Demelenne wäre dieser Zerfall für Europa nicht die beste Lösung, denn dies könnte den Weg dazu öffnen, dass sich in ganz Europa eine Vielzahl an Ministaaten bilden. Die Einwohnerzahlen der drei Staaten, die sich aus Belgien bilden würden, würden wie folgt aussehen: Der flämische Staat hätte die meisten Einwohner, nämlich rund 6,2 Millionen, an zweiter Stelle würde der wallonische Staat kommen, mit 3,5 Millionen Einwohnern. Der kleinste Staat an der Bevölkerungszahl gemessen würde der Stadt-Staat Brüssel sein, der nur eine Million Einwohner hätte. Wenn Belgien zerfallen würde, dann müssten die drei neu entstehenden Staaten einen Antrag stellen, der Europäischen Union beitreten zu dürfen. Die EU würde in dem Fall einen ihrer Gründungsstaaten verlieren. Diese Lösung würde aber auch wieder Konflikte auslösen, denn es müssten die Staatsschulden Belgiens aufgeteilt werden. Ein weiteres Problem wäre in diesem Falle, dass nur Flandern als Staat groß genug wäre um alleine bestehen zu können. Die anderen beiden Staaten sind zu klein um existieren zu können. Eine Umfrage von Juni 2008 zeigt, dass die Unabhängigkeit Flanderns von der Mehrheit der Flamen gefordert wird und dass zudem die Mehrheit der Flamen der Meinung ist, dass es zu einem Bruch mit den Frankophonen kommen werde.

Eine andere Möglichkeit wäre, dass nur Flandern unabhängig wird und die Wallonie sich an Frankreich angliedert. Der Wunsch der Angliederung der Wallonie an Frankreich ist kein Novum, denn bereits im Jahre 1830, dem Gründungsjahr Belgiens, stand dieser Wunsch im

¹⁴³ vgl. Demelenne, 2009

¹⁴⁴ vgl. Fralon, 2009

¹⁴⁵ vgl. Javeau, 2009

Raum. Doch er konnte nicht realisiert werden, da Frankreich und Großbritannien Rivalen waren und Großbritannien dafür war, dass Belgien als Pufferstaat gebildet wird. Laut Umfragen von Ifpo, ist die Mehrheit der Franzosen für diesen Vorschlag und auch die Hälfte der befragten Wallonen sind für diese Lösung im Falle des Zerfalls von Belgien.

Bei dieser zweiten Möglichkeit kommt es aber zu einem kleinen Problem, wer bekommt Brüssel? Die Flamen wollen Brüssel nicht verlieren, denn dabei handelt es sich auch um die Hauptstadt Flanderns, aber auch die Wallonen wollen Brüssel nicht aufgeben, auf Grund der Tatsache, dass 90 Prozent der Bevölkerung von Brüssel Frankophone sind. Der Streit um Brüssel würde sehr heftig werden. Wenn die internationale Rechtsprechung Anwendung findet, dann würde Flandern nur die Gebiete bekommen die ihm auch gehören, Brüssel in dem Fall nicht, denn Brüssel ist eine eigene Region innerhalb Belgiens. Aber alle Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Frankophonen auf flämischen Boden würden zu Flandern gehören.

Oder bilden die Wallonie und Brüssel eine Einheit und nur Flandern spaltet sich ab. Aber dies wird nicht so einfach zu realisieren sein, denn wie bereits erwähnt, ist Brüssel nicht nur die Hauptstadt Belgiens, sondern auch die Hauptstadt Flanderns, und die Flamen werden wohl kaum freiwillig auf Brüssel verzichten, da Brüssel ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor ist. Dadurch, dass in Brüssel zwei wichtige Organe der Europäischen Union ihren Sitz haben, ist Brüssel eine international bekannte belgische Stadt. Flandern müsste in diesem Falle ein Ansuchen um Beitritt zur Europäischen Union stellen, aber die Wallonie würde diesen Vorschlag unterstützen. Hier sehe ich nur das Problem, dass die Wallonie ein armes Gebiet ist, in dem die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, was bedeuten würde, dass Belgique française wirtschaftliche Probleme haben würde. Zudem gibt es zwischen der Wallonie und Brüssel keinerlei territoriale Verbindung. Diese würde aber leicht erreicht werden, indem man die Gemeinde mit Spracherleichterungen Rhode-Sainte-Gènesse, die sich an der Peripherie von Brüssel befindet und damit auf flämischen Territorium an Brüssel angliedert oder gleich alle sechs Gemeinden mit Spracherleichterungen aus dem Umland von Brüssel an Brüssel angliedert. Aber Flandern wird sich dagegen hundertprozentig wehren, denn es will kein Stückchen von seinem Territorium verlieren. Die flämischen Nationalisten sprechen sich für die Unabhängigkeit Flanderns aus.

Wenn es wirklich zur Aufspaltung Belgiens kommen sollte, in naher oder auch ferner Zukunft, dann werden sich die Wallonen und die Flamen mit Gewissheit um Brüssel streiten.

Ein Ausweg aus dieser Geschichte wäre, dass Brüssel zu einem europäischen Distrikt wird. Die Frage ist nur ob sich das wirklich realisieren lässt.

Eine andere Möglichkeit wäre, dass Belgien bestehen bleibt, so wie es ist, mit der einzigen Ausnahme, dass die Regionen noch mehr Kompetenzen bekommen und der Bundesstaat nur noch ein paar wenige Kompetenzen behält. Es ist aber fraglich, ob Belgien wirklich weiterhin so bestehen bleiben kann. Meiner Meinung nach könnte es Belgien schaffen, wenn sich die Flamen und die Wallonen auf einen gemeinsamen Weg einigen und, wenn beide Seiten nachgeben und sie Kompromisse bilden.

Die Zukunft Belgiens hängt meiner Meinung nach davon ab, ob sich die Regierung unter Elio di Rupo hält und wie es nach den nächsten regulären Parlamentswahlen weitergeht. Es bleibt zu hoffen, dass die Parteien danach nicht wieder 541 Tagen brauchen werden, um eine neue Regierung zu bilden.

8. Schlusswort

Die hier vorliegende Diplomarbeit hat sich mit dem Sprachenkonflikt in Belgien auseinandergesetzt. Mein Erkenntnisinteresse galt dabei zum einen der Frage nach dem Ursprung dieses Konflikts zwischen den Sprechern der flämischen Sprache und den Sprechern der französischen Sprache. Zum anderen ging es mir darum herauszufinden, was die Belgier über vier unterschiedliche Themen, die in einem Zusammenhang stehen, denken.

Was die Wurzel des Sprachenkonflikts betrifft, so bin ich zu der Erkenntnis gelangt, dass diese nicht wie vermutet, in der Zeit der Entstehung des Königreiches Belgien zu finden ist, sondern dass der Ursprung dieses Konfliktes bereits in der Vorgeschichte des belgischen Staates zu finden ist. In Punkt zwei dieser Diplomarbeit habe ich mich mit der Geschichte Belgiens auseinandergesetzt. Ich habe dabei bei der Eroberung des heutigen Belgien durch die Römer, genauer gesagt durch Gaius Julius Caesar begonnen, wobei, wie ich bereits in diesem Kapitel erwähnt habe, die Römer nicht das erste Volk waren, welches in den belgischen Raum gekommen ist. Denn bereits vor den Römern haben dort sowohl keltische als auch germanische Völker gesiedelt. Durch die Römer wurde die lateinische Sprache in diesen Raum gebracht, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Romanisierung vor allem im Süden sehr stark war.

Nach den Römern kamen die Franken in den belgischen Raum, diese haben wiederum eine germanische Sprache in dieses Gebiet gebracht, welche sich vor allem im Norden dieses Gebietes verbreitet hat. Im Süden und Südosten hingegen fand das Germanische der Franken keinerlei Verbreitung. Im Jahre 843 wurde das Gebiet nach dem Tod von Ludwig dem Frommen aufgeteilt und das Gebiet des heutigen Belgien befand sich danach in unterschiedlichen Händen.

Im Jahre 1384 begann im Raum der heutigen Benelux Staaten die burgundische Herrschaft und unter den Burgundern war das heutige Gebiet der Benelux Staaten politisch fast vollständig geeint. Unter den Burgundern hatte sich das Französische im Bereich der Verwaltung auch in jenen Gebieten verbreitet, in denen Niederländisch gesprochen wurde. Bereits 1477 begann die Herrschaft der Habsburger in diesem Gebiet. Karl V. erreichte die vollständige Vereinigung der siebzehn Provinzen, wobei in diesen Gebieten sowohl Französisch als auch Niederländisch gesprochen wurde. Im Jahre 1555 dankte er zu Gunsten

seines Sohnes Philipp II ab und damit kamen die niederländischen Provinzen an die spanische Linie der Habsburger.

Im Jahre 1579 bildeten die Provinzen des Nordens die Utrechter Union und mit dem Westfälischen Frieden (1648), der den dreißig jährigen Krieg beendete, wurde die Republik der sieben Vereinigten Provinzen offiziell anerkannt. Der Rest der niederländischen Provinzen verblieb in den Händen der spanischen Linie der Habsburger. Nach dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges, im Jahre 1713, fielen diese Provinzen an die österreichische Linie der Habsburger. Bereits im Jahre 1794 fielen die Gebiete an Frankreich und unter der Herrschaft der Franzosen wurde das Brabançon, eine Sprache die dem Flämischen recht nahe ist, in der Zentralverwaltung verboten, wo es unter den Habsburgern Anwendung gefunden hatte. Unter der französischen Herrschaft kam es zu einer Beschleunigung in Bezug auf die Französisierung der flämischen Eliten.

Im Jahre 1815 wurde auf dem Wiener Kongress beschlossen, dass die südlichen und die nördlichen Niederlande einen gemeinsamen Staat, das Vereinigte Königreich der Niederlande, bilden sollten. Der Herrscher, Wilhelm I aus dem Haus Oranien bestand auf der Einführung des Niederländischen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, also im Unterrichtswesen, der Verwaltung und der Rechtsprechung in den nördlichen Provinzen. Jedoch war das Französische die vorherrschende Sprache und das auch bei den Eliten in den nördlichen Niederlanden. In den südlichen Provinzen sollte das Französische die vorherrschende Sprache bleiben. Doch die Konflikte mehrten sich und so kam es 1830 zur Revolution die die Bildung des Königreiches Belgien zur Folge hatte.

Französisch war die vorherrschende Sprache. In einem Spracherlass aus dem Jahre 1830 wurde die freie Sprachenwahl festgelegt, wobei darin festgehalten wurde, dass die offiziellen Texte nur auf Französisch verfasst werden, da es sowohl im Flämischen als auch im Deutschen zu viele Dialekte gab. Auch im 23. Artikel der Verfassung wurde freier Sprachgebrauch festgeschrieben, wobei darin auch stand, dass nicht garantiert werden kann, dass alle Sprachen auch wirklich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verwendet werden können. So blieb das Französische die vorherrschende Sprache in Belgien und setzte sich in ganz Belgien nach und nach in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durch.

Doch die Flamen wehrten sich dagegen und es bildete sich die flämische Bewegung, die eine Gleichstellung zwischen dem Französischen und dem Flämischen forderte. Und das auch zurecht, denn in einer Volkszählung im Jahre 1846 wurde festgestellt, dass die Mehrheit der

Bevölkerung Niederländisch spricht und nicht Französisch. Ab dem Jahre 1850 kam es zu Verbesserungen im Bereich der Sprachverwendung für das Niederländische. 1850 wurde festgelegt, dass das Niederländische in Flandern im Enseignement moyen verwendet werden sollte. Ab 1873 konnte das Flämische auch vor Gericht in Flandern verwendet werden. Dies wurde 1878 dann für die Verwaltung und für das Unterrichtswesen in Flandern erreicht.

Am 18. April 1898 wurde das Flämische dem Französischen in Flandern gleichgestellt und ab diesem Zeitpunkt wurde das Flämische zu einer offiziellen Sprache in Belgien. Aber dennoch waren die Beamten in Flandern nicht dazu verpflichtet auch wirklich Flämisch zu sprechen.

In der Zeit der deutschen Besatzung, während der beiden Weltkriege wurden die Flamen bei der Durchsetzung ihrer Sprachenrechte offen bevorzugt. In der Zwischenkriegszeit kam es in Belgien zu einer Wahlrechtsreform, welche dazu führte, dass ab diesem Zeitpunkt die Flamen die Mehrheit im Parlament inne hatten, da sie ebenfalls die Mehrheit der belgischen Bevölkerung darstellten.

Im Jahre 1921 wurde festgelegt, dass sowohl die Wallonie als auch Flandern einsprachige Gebiete sind, wobei in Flandern unter gewissen Bedingungen ebenfalls das Französische seine Berechtigung hatte, da in manchen Gebieten viele Frankophone lebten. Brüssel wurde damals zu einem zweisprachigen Gebiet. Im Jahre 1932 wurde in den Bereichen Unterricht, Justiz und staatlicher Verwaltung nur noch Einsprachigkeit zu Gunsten des Flämischen in Flandern eingeführt, außer in jenen Gemeinden, in denen mehr als 30 Prozent der Bevölkerung Frankophone sind, denn diese sind zweisprachig.

Im Jahre 1962 wurde die Sprachengrenze zwischen der Wallonie und Flandern endgültig festgelegt und es wurde bestimmt, dass es in manchen Gemeinden Sonderregelungen für die Sprecher der jeweils anderen Sprache gibt, dabei handelt es sich um die sogenannten Gemeinden mit Spracherleichterungen, welche sich hauptsächlich entlang der Sprachengrenze und im Umland von Brüssel befinden. Hier haben die Angehörigen der jeweils anderen Sprachgruppe Spracherleichterungen in den Bereichen Rechtsprechung, Unterrichtswesen und Verwaltung.

Ab dem Jahre 1970 kam es in Belgien zu fünf Staatsreformen, welche dazu führten, dass die Regionen und Gemeinschaften gegründet wurden und aus dem Einheitsstaat Belgien ein Föderalstaat wurde, in dem der Bundesstaat selbst nur noch wenige Kompetenzen inne hat, da er sehr viele von diesen an die Regionen und Gemeinschaften abgetreten hat.

Bis zum Jahre 2007 gab es zwar auch immer wieder Konflikte zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften, aber bis dahin gab es keine so extreme Eskalation wie in den Jahren zwischen 2007 und 2011. In diesen vier Jahren wechselte die Regierung gleich vier Mal. Wobei es nur ein einziges Mal vorgezogene Neuwahlen gab, welche dazu geführt haben, dass Belgien nicht nur in seine tiefste Regierungskrise geschlittert ist, sondern auch dazu geführt haben, dass sich daraus eine Staatskrise entwickelt hat, die zu einem Eintrag ins Guinness Buch der Rekorde geführt hat, als Land, das am Längsten keine gewählte Regierung hatte. Grund für die häufigen Regierungswechsel und die schwere Staatskrise von 2010/2011 war, dass sich die Flamen und die Wallonen nicht auf eine sechste Staatsreform einigen konnten, da sie beide unterschiedliche Forderungen stellten und sich weigerten auf die Forderungen der anderen einzugehen. Die Wallonen wollten eine Stärkung des Bundesstaates, die Flamen hingegen forderten mehr Autonomie für die Regionen, hauptsächlich im Bereich der Sozialpolitik und der Finanzen. Zudem war der größte Zankapfel zwischen den beiden der umstrittene Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde, in dem die Frankophonen das Privileg genossen für frankophone Wählerlisten von Brüssel zu stimmen, obwohl sie auf flämischen Territorium leben. Nun hat es Elio di Rupo endgültig geschafft diese Probleme aus der Welt zu räumen und hoffentlich kommt es dadurch zu einer Beruhigung in Belgien.

Aus dem vorher gesagten geht hervor, dass die Konflikte zwischen den Flamen und den Wallonen sich aus der Geschichte des Königreiches Belgien ergeben und dabei nicht erst mit der Staatsgründung beginnen, sondern bereits vor der Staatsgründung Belgiens im Jahre 1830, der Grundstein dafür gelegt wurde, dass es Konflikte zwischen den Flamen und den Wallonen gibt. Zum einen ist damit gemeint, dass dadurch, dass die Gebiete des heutigen Belgien immer wieder unter unterschiedlicher Herrschaft gestanden sind und damit die Sprachentwicklung im Süden und im Norden unterschiedlich verlaufen ist, heute im Norden Flämisch und im Süden Französisch gesprochen wird. Denn die Franken haben die germanische Sprache lediglich im Norden des Landes verbreitet, das Germanische ist folglich nicht in den Süden des Landes vorgedrungen. Vor den Franken haben sich die Römer in diesem Gebiet niedergelassen und haben damit die lateinische Sprache mitgebracht, diese hat sich aber hauptsächlich im Süden des Landes verbreitet und daraus hat sich dann in weiterer Folge das Französische entwickelt. Hieran zeigt sich, dass der Grundstein für die sprachliche Gliederung Belgiens bereits vor dem fünften Jahrhundert gelegt wurde.

Zum anderen ist damit gemeint, dass die Tatsache, dass die Flamen die Wallonen verachten und zum Teil am liebsten sofort, eine eigenständige Republik Flandern ausrufen wollen, damit zusammen hängt, dass die Wallonen nach der Gründung Belgiens die flämische Sprache ausrotten wollten, damit sich Belgien so rasch als Möglich an Frankreich angliedern konnte. Den Beleg dafür findet man in einem Brief von Charles Rogier aus dem Jahre 1832 in dem er das zum Ausdruck bringt. Zudem haben die Frankophonen alles daran gesetzt, das Französische in ganz Belgien zu verbreiten und das auf Kosten des Flämischen. Aber nach und nach haben es die Flamen geschafft, das Flämische in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchzusetzen. Daher ist es auch verständlich, dass die Flamen alles daran setzen das Französische aus Flandern zu vertreiben und somit ist es ihnen auch ein Dorn im Auge, dass es nach wie vor Gemeinden mit Spracherleichterungen für Frankophone in Flandern gibt. Denn ihrer Meinung nach, sind diese Fazilitätengemeinden nur eine Übergangslösung gewesen, damit die Frankophonen in Flandern genügend Zeit haben sich Kenntnisse des Niederländischen anzueignen um sich dann in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in dieser Sprache zu bewegen. Aber die Wallonen sehen dies grundlegend anders, sie finden, dass diese Gemeinden mit Spracherleichterungen eine Dauerlösung sind. Darin spiegelt sich auch der Unterschied wieder, wie die Flamen und die Wallonen der jeweils anderen Sprache gegenüber stehen. Während die Flamen alles daran setzen Französisch fließend zu beherrschen und daher die französische Sprache in den Schulen in Flandern als erste Fremdsprache gelehrt wird und das mit der höchstmöglichen Stundenanzahl, wird in der Wallonie zwar auch flämisch unterrichtet, aber nicht als erste Fremdsprache und dann auch nur in einer geringen Stundenzahl, was deren schlechte Sprachkenntnisse in der niederländischen Sprache bedingt. In Bezug auf die Sprachkenntnisse zeigt sich auch die Überheblichkeit der Frankophonen, welche zum Teil noch immer der Ansicht sind, dass das Französische die vorherrschende Sprache im Königreich Belgien ist, was aber nicht der Fall ist, denn die Mehrheit der Bevölkerung hat eindeutig das Flämische als Muttersprache.

Ein weiterer Grund, warum die Flamen sich gegen die Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Frankophonen auf dem flämischen Territorium aussprechen ist, dass es sich, ihrer Meinung nach, dabei um eine Verletzung des Territorialitätsprinzips handelt. Denn es ist festgelegt worden, dass in Flandern flämisch die offizielle Sprache ist und in der Wallonie das Französische die offizielle Sprache ist. Die einzig zweisprachige Region ist die Region Brüssel-Hauptstadt, in welcher das Flämische und das Französische die gleichen Rechte

haben und gleichermaßen Anwendung finden dürfen, obwohl die Mehrheit der Brüsseler frankophon ist.

Ich sehe einen weiteren Grund für die Tatsache, dass die Flamen nicht wollen, dass auf ihrem Gebiet Französisch gesprochen wird ebenfalls in der Geschichte. Die Unterdrückung der flämischen Sprache in den ersten Jahren und die lang anhaltende Dominanz des Französischen in ganz Belgien, hat dazu geführt, dass die Flamen ihr Territorium vehement gegen die französische Sprache verteidigen. Das Flämische hat sich erst nach und nach in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Flandern durchgesetzt. Der erste große Erfolg ist das Gleichheitsgesetz aus dem Jahre 1898, mit dem Flämisch neben dem Französischen in Flandern zu einer offiziellen Sprache wurde, aber dennoch mussten die Flamen sich immer wieder des Französischen im öffentlichen Leben bedienen. Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass die Unterdrückung des Französischen auf dem flämischen Territorium durch die Flamen auch vor dem Hintergrund zu verstehen ist, dass sie sich damit gegen die Wallonen wenden, welche dies im Laufe der Geschichte ebenfalls mit dem Flämischen praktiziert haben. Denn die Wallinganten forderten ausschließlich die Einsprachigkeit der Wallonie, für Flandern aber sahen sie vor, dass dieses weiterhin zweisprachig blieb, damit sich die Frankophonen, die in Flandern beheimatet sind, dort ebenfalls ihrer Muttersprache bedienen konnten. Dies war aber ebenfalls wieder eine Benachteiligung der Flamen, welche diese Rechte in der Wallonie nicht genossen und sich daher, wenn sie dort ansässig waren, dem Französischen bedienen mussten. Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde neben der Wallonie auch Flandern einsprachig, abgesehen von den Gemeinden in denen mindestens 30 Prozent Frankophone lebten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Flamen nun auf ihren Rechten bestehen und sie verlangen jetzt von den Frankophonen das, was von ihnen zu Beginn der Existenz des belgischen Staates verlangt wurde, nämlich die Kenntnis der anderen Sprache, in dem Fall des Flämischen, wenn die Frankophonen sich auf dem flämischen Territorium befinden. Denn die Flamen wurden Jahrzehnte lang von den Frankophonen unterdrückt und sie mussten hart um ihre Sprachenrechte kämpfen. Zudem wehren sie sich mit ihren Forderungen auch gegen die Arroganz der Wallonen, welche nach wie vor der Ansicht sind, dass das man sich in ganz Belgien der französischen Sprache bedienen kann und dass es daher nicht notwendig ist, flämisch zu lernen.

Diese Forderungen der Flamen führen aber wiederum dazu, dass die Wallonen sich benachteiligt fühlen und nicht nachgeben wollen, denn sie fürchten um ihre Sprachenrechte und somit sind die Fronten verhärtet. Denn auch die Flamen rücken von ihren Positionen nicht ab.

Die Flamen fordern ebenfalls immer mehr Autonomie für Flandern, vor allem im Bereich der Finanzen. Die Wallonen befürchten hier aber, dass Flandern dann die Wallonie in weiterer Folge nicht mehr finanziell unterstützt. Dabei geht es um den Streit bezüglich der Transferzahlungen von Flandern an die ärmere durch Arbeitslosigkeit geprägte Wallonie. Wobei die Flamen hier wiederum außer Acht lassen, dass es die Wallonie war, die am Beginn des Staates Belgien, Flandern finanziell unterstützt hat, als dieses das ärmere Gebiet war, da dort die Landwirtschaft vorherrschend war. Die Wallonie hingegen florierte auf Grund der Tatsache, dass es sich dabei um ein Industriegebiet handelte. Doch im Laufe der Zeit hat sich die Situation umgekehrt und es kam zu diesem Nord-Süd-Gefälle, folglich steht ein reicher Norden einem armen Süden gegenüber.

Bei dem Streit um die Finanzen geht es aber auch darum, dass Flandern mehr in die Staatskassen einzahlt, als es dann wieder bekommt. Die Wallonie benötigt mehr Geld, da es sich heutzutage um das ärmere Gebiet in Belgien handelt und daher ist es in diesem Bereich von Flandern abhängig. Die Flamen finden das ungerecht, dass sie den Wallonen Geld geben sollen.

Nach der geschichtlichen Entwicklung in Belgien bin ich im Verlauf meiner Arbeit auf die Sprachensituation und die Sprachgesetzgebung in den Bereichen Verwaltung, Unterrichtswesen und Gerichtswesen näher eingegangen. Bei dem Unterpunkt in Bezug auf die Sprachgesetzgebung kommt deutlich heraus, dass die jeweils andere Sprache von den Flamen und den Wallonen unterschiedlich betrachtet wird. Denn während die flämischen Schüler verpflichtend Französisch als erste Fremdsprache lernen müssen, haben die wallonischen Schüler diese Verpflichtung nicht. Daher sprechen die Flamen auch wesentlich besser Französisch, als die Wallonen Flämisch sprechen. Das spiegelt auch die Tatsache wieder, dass die Frankophonen der Ansicht sind, dass es nicht notwendig ist Flämisch zu lernen.

Des weiteren habe ich mich in der vorliegenden Diplomarbeit mit dem umstrittenen Wahlkreis und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde beschäftigt. Ich finde, dass die Aufspaltung rund um den Wahlkreis und Gerichtsbezirk BHV gerechtfertigt ist, denn die Frankophonen müssen die Rechte der Flamen respektieren, auch wenn sie dies im Laufe der Geschichte nicht immer getan haben. Daher ist es nur gerechtfertigt, dass die Frankophonen, welche nicht in Gemeinden mit Spracherleichterungen in Flandern leben, nicht mehr für frankophone Listen in Brüssel stimmen dürfen, denn die Flamen in der Wallonie haben dieses Recht ebenfalls nicht. Zudem handelt es sich dabei eindeutig um eine Verletzung des Territorialitätsprinzips, denn durch dieses Privileg bei den Wahlen hatten die Frankophonen einen Vertreter in Flandern, was die Flamen aber in der Wallonie in keiner Gemeinde haben. Die große Aufregung diesbezüglich von Seiten der Frankophonen zeigt deutlich, dass sie immer noch der Ansicht sind, dass sie die dominante Gruppe in Belgien sind. Aber es sind die Flamen, welche die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Zudem wird bei diesem Streit auch die Abneigung der Wallonen den Flamen gegenüber deutlich.

Die Regierungskrisen der letzten vier Jahre führen uns ganz deutlich vor Augen, dass die Flamen und die Wallonen nur noch sehr wenig gemeinsam haben. Dazu kommen noch die unterschiedlichen Forderungen der beiden und die Tatsache, dass sie nicht dazu bereit sind sich auf Kompromisse zu einigen, die die Situation entspannen, denn jede Seite will nur ihre Rechte durchsetzen und ist nicht dazu bereit einen Schritt auf die anderen zuzugehen. Das führt aber zu unmöglichen und ausweglosen Situationen, denn nur Forderungen stellen, ohne auf Forderungen der anderen einzugehen bedeutet in letzter Folge, irgendwann einmal den Stillstand. Daher betrachte ich es als einen großen Erfolg, dass Elio di Rupo es geschafft hat die notwendigen Reformen in die Wege zu leiten und somit dem Land vielleicht doch wieder mehr Stabilität bringt.

Anhand meiner Meinungsanalyse habe ich gesehen, dass die Meinungen in den vier untersuchten Themenbereichen meist alle in eine Richtung gehen, außer beim Thema der Frage, wer schuld an der lange andauernden Regierungskrise hat. So meinen die einen, dass es die Frankophonen sind, weil diese die Reformvorschläge von Leterme blockiert haben, der BHV aufspalten und Flandern mehr Autonomie geben wollten. Andere hingegen sind der Meinung, dass es die Flamen waren, da sie der Wallonie kein Geld mehr geben wollten. Ich finde, dass beide Seiten schuld sind, denn beide weigerten sich nachzugeben. Wenn es zu

erneuten Neuwahlen gekommen wäre, dann hätten sicher die Separatisten gewonnen und das wird auch von aktuellen Umfragen bestätigt.

In Bezug auf das Thema Elio di Rupo und seine Regierung betreffen die Kritikpunkte hauptsächlich die Tatsache, dass di Rupo kaum Niederländisch spricht, obwohl die Premierminister beide Sprachen fließend beherrschen sollen, aber hier zeigt sich deutlich die Ansicht der Frankophonen gegenüber der Sprache ihrer Landsleute. Und dass seine Regierung fast gänzlich wieder aus den gleichen Minister besteht, wie die Regierung unter Leterme. Daher ist es wirklich fraglich, ob sich an der politischen Situation in Belgien etwas ändern wird. Zudem sind Parteien an der Regierung beteiligt, welche bei den Wahlen deutliche Verluste eingefahren haben und dennoch eine große Zahl an Ministern stellen. Das zeigt sich daran, dass die Liberalen Parteien gleich fünf Minister stellen. Genauso viele wie die Sozialisten.

Es wird auch Kritik am Wahlsystem geübt, denn die Flamen können nicht für die wallonischen Parteien stimmen und umgekehrt. Daher sitzen Parteien in der Regierung die von vielen gar nicht gewählt wurden. Zudem repräsentiert diese neue Regierung die Bevölkerungszusammensetzung nicht, denn in der Regierung werden 80 Prozent der wallonischen Wählerstimmen vertreten und nur 45 Prozent der flämischen. Aber die Mehrheit der Bevölkerung sind Flamen.

Große Aufregung herrscht ebenfalls über die Aufspaltung von BHV, die laut den Frankophonen, ungerecht ist, da die Frankophonen in den 29 Gemeinden von Halle-Vilvoorde ohne Spracherleichterungen ihre Rechte in Bezug auf die Wahlen verloren haben.

Aus dieser Meinungsanalyse geht hervor, dass die belgische Bevölkerung in Bezug auf die neue Regierung unzufrieden ist und auch die Reformen von Elio di Rupo nicht als in Ordnung betrachtet. Doch es war notwendig, dass di Rupo diese Schritte gesetzt hat, um den belgischen Staat vor seinem Zerfall zu retten.

Wenn es die Belgier nicht endlich schaffen sich auf einen Kompromiss zu einigen, wird es wahrscheinlich in einiger Zeit dazu kommen, dass einer der Gründungsstaaten der Europäischen Union verschwindet und entweder eigenständige Staaten entstehen oder sich die Wallonie an Frankreich angliedert, was eine Möglichkeit ist, die auch nach Umfragen als positiv gesehen wird, sowohl von Seiten der Wallonen als auch von Seiten der Franzosen.

Aber hierbei wird es wieder einen Konflikt um Brüssel geben der Hauptstadt Belgiens und zugleich Hauptstadt Flanderns und einer der wichtigsten Städte der Europäischen Union.

Ich hoffe, dass Belgien nicht eines Tages von der Landkarte Europas verschwindet, sondern dass die Belgier weiter zusammenleben, auch wenn es laut Jules Destrée keine Belgier gibt, sondern nur Flamen und Wallonen und heute kommen auch noch die Brüsseler dazu. Aber vielleicht jetzt, da die wahrscheinlich größten Problem im Konflikt zwischen den Flamen und den Wallone, durch Elio di Rupo, einem Frankophonen, aus dem Weg geräumt wurden, steht es vielleicht nicht mehr so schlimm um Belgiens Zukunft und es ist vielleicht möglich, dass das Land so weiter bestehen kann, wie es jetzt ist. Es hat bis jetzt immer einen Ausweg gegeben, daher denke ich, wird es diesen auch weiterhin geben. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich in meiner hier vorliegenden Diplomarbeit keines Falls den Anschein erwecken wollte, dass es sich um eine einseitige Berichterstattung zu Gunsten der Frankophonen handelt. Auf Grund meiner mangelnden Sprachkenntnisse hatte ich zu meinem Bedauern keinen Zugang zu flämischsprachigen Quellen und konnte daher auch nur Meinungen der Flamen in meiner Arbeit berücksichtigen und behandeln, sofern diese auf Französisch verfasst waren.

9. Résumé en français

Si l'on demande à de différentes personnes ce qu'on parle en Belgique, la réponse est très souvent « belge », mais cela n'est pas correcte, parce qu'en Belgique le peuple parle trois langues, le flamand au Nord, le français au Sud et à l'est le long de la frontière allemande on trouve des communes dans lesquelles on parle l'allemand. Je vais examiner deux de ces trois langues dans ce mémoire de maîtrise, cela veut dire que dans le cadre de ce travail je vais parler du français et du flamand ainsi que des problèmes entre les personnes qui pratiquent ces deux langues.

Comme on parle trois langues différentes en Belgique et à cause des problèmes entre les Flamands et les Wallons, l'État dorénavant unitaire est devenu un État fédéral qui subit une double répartition. Cela veut dire que le Royaume de la Belgique est d'une part réparti en trois communautés et d'autre part il est réparti en trois régions. Les trois communautés sont la Communauté flamande, la Communauté française et la Communauté allemande. Ces trois communautés disposent non pas seulement d'un Conseil, mais aussi d'un gouvernement. La Communauté française englobe tous les citoyens qui vivent en Wallonie hormis les territoires allemands et tous les francophones qui vivent en Bruxelles. Par contre, la Communauté flamande comprend tous les citoyens de la Flandre et tous les Flamands de Bruxelles. Et tous les germanophones vivant dans les territoires allemands en Wallonie se trouvent dans la Communauté allemande.

Les trois régions de la Belgique sont la région wallonne, donc la Wallonie, la région flamande, donc la Flandre et la Région Bruxelles-Capitale. Ces trois régions disposent aussi d'un Conseil et d'un gouvernement. Mais il ne faut pas omettre de mentionner que les Flamands ont fusionné les institutions de la région flamande et de la communauté flamande, ainsi ils ont seulement un Conseil et un Gouvernement.

La raison de cette double répartition, ce sont les différentes revendications des Wallons et des Flamands. D'une part les Flamands souhaitaient plus d'autonomie culturelle pour leur communauté et pour cela on a réparti la Belgique en trois communautés. Par contre, les Wallons souhaitaient une indépendance économique et à cause de cela on a créé les régions.

À part cette répartition en trois Communautés et trois Régions, il existe en Belgique aussi une répartition en quatre régions linguistiques. Ce sont la région linguistique française, la région

linguistique flamande, la région linguistique allemande et la région linguistique bilingue Bruxelles.

Dans l'introduction de ce mémoire de maîtrise j'ai dit que je voulais analyser dans le cadre de ce travail les racines du conflit linguistique en Belgique et le développement actuel de ce conflit, cela veut dire la façon comment ce conflit linguistique influence la politique du Royaume de Belgique au début du vingt-et-unième siècle. De plus, je me concentre dans ce mémoire de maîtrise sur les diverses opinions concernant les crises politiques et le nouveau gouvernement de la Belgique.

En ce qui concerne les racines de ce conflit linguistique il faut mentionner que cela commence seulement en 1830 avec la construction de l'État belge, mais que ces racines se trouvent déjà dans le premier peuplement des territoires belges. En d'autres termes, la première pierre de ce conflit entre les francophones et les parleurs du flamand se trouve dans le fait qu'avant l'arrivée des Romains il y a dans ce territoire non seulement des peuples celtiques, mais aussi des peuples germaniques. Les Romains viennent dans ce territoire environ 58 avant Jésus-Christ. Mais il faut absolument mentionner que la romanisation des territoires des actuels pays Benelux ne se développe pas dans tout le territoire de la même manière. Cela veut dire que le Sud est plus romanisé que le Nord.

Après les Romains viennent les Francs, qui s'installent surtout dans le Nord de ces territoires. De plus, les Francs ne parlent pas une langue romane, mais une langue germanique. Cette langue ne se répand pas dans le Sud et le Sud-est de ces territoires.

Il est tout à fait faux de croire que l'actuelle frontière linguistique en Belgique se développe seulement en 1962. Autrement dit, cette frontière existe quasiment depuis le Moyen Âge, mais on corrige un peu le cours de cette frontière linguistique.

En 843 avec le traité de Verdun on répartit les territoires de l'Empire des Francs entre les trois fils de Louis le Pieux. Cependant cette répartition ne s'effectue pas à partir des circonstances linguistiques. Donc les territoires qui composent aujourd'hui la Belgique se trouvent dans des zones linguistiques différentes.

Une date vraiment très importante pour les Flamands, même aujourd'hui, est le 11 juillet, parce que le 11 juillet 1302 quelques villes flamandes ont battu les Français dans la fameuse bataille des Éperons d'Or. Déjà au XIV^{ème} siècle les Flamands réclament leur indépendance. Donc, cette revendication de la part des Flamands n'est pas nouvelle.

Sous le règne des Bourguognes, qui commence en 1477, presque tous les territoires des actuels pays de Benelux sont réunis de manière politique. En 1493, Philippe le Bon reçoit le règne sur les Pays-Bas et il se marie avec l'héritière de la maison royale de l'Espagne. Charles Quint, son fils, le roi d'Espagne et le souverain des Pays-Bas, réussit à réunir les dix-sept provinces dans lesquelles on parle non seulement le français, mais aussi le néerlandais. En 1555, Charles Quint abdique en faveur de son fils Philippe II. En 1579, les provinces du Nord se réunissent dans l'Union d'Utrecht et de cette Union se développe la République des sept Provinces Unies, qui sont reconnues en 1648. Le reste des Pays-Bas reste sous le règne espagnol.

En 1713, à la fin de la guerre de succession, la ligne autrichienne des Habsbourg reçoit le règne sur ces territoires. Sous la domination autrichienne le français se répand aussi dans les communes flamandes. En 1789 a lieu la Révolution brabançonne avec laquelle se construisent les États-Belgiques-Unis. Mais ce premier État belge ne dure pas longtemps, en d'autres termes, les territoires deviennent de nouveau les Pays-Bas autrichiens en 1793.

Cependant, la France vainc l'Autriche dans une bataille en 1794 et par conséquent la France obtient les Pays-Bas dans la Paix de Lunéville. Alors même que, le brabançon, une langue proche du flamand, est utilisé dans l'administration centrale pendant la domination autrichienne, les francophones le prohibe le 11 septembre 1794. Dans la suite, une forte francisation a lieu dans ces territoires et on remarque surtout une accélération de la francisation des élites flamandes. Mais avec la défaite de Napoléon dans la Bataille de Waterloo toute la situation change.

En 1815, suite à la défaite de Napoléon a lieu le Congrès de Vienne au cours duquel on décide que les Pays-Bas du Sud et les Pays-Bas du Nord doivent construire un État commun, qui s'appelle Royaume-Uni des Pays-Bas, à partir de ce moment. Guillaume I^{er} d'Orange devient le roi de ce Royaume. Mais cet État ne peut pas fonctionner, à cause des différences entre les peuples qui constituent cet État. À partir de 1827, les conflits avec le souverain deviennent de plus en plus graves. Les porteurs de ce conflit sont les Libéraux et les Catholiques qui forment en ce temps l'Unionisme. Guillaume souhaite que le néerlandais devienne une langue officielle de cet État, mais la majorité de la population parle le français à ce moment-là, non seulement dans le sud de ce pays, mais aussi dans les Pays-Bas du Nord où le français n'est parlé que par les élites. Cependant il est nécessaire de mentionner, que Guillaume I^{er} ne veut pas éliminer le français dans son Royaume, mais il souhaite qu'on parle les deux langues, donc le français et le néerlandais dans les communes adéquates. Cela signifie qu'il veut qu'on

utilise le français dans les communes francophones au sud du pays et le néerlandais dans les communes flamandes au nord du pays dans les domaines de l'enseignement, de l'administration et de la justice.

Mais en 1830 a lieu une Révolution à la suite de laquelle un nouvel État, le Royaume de Belgique, se construit. Au début de ce nouveau pays, le français est la langue dominante et on traduit les textes concernant ce pays seulement en néerlandais quand il est nécessaire.

Le 16 novembre 1830 on publie un arrêté concernant l'application des langues qui dit qu'il y a un libre choix des langues en Belgique. Mais il ne faut pas omettre de mentionner que dans le même arrêté il est dit qu'à cause du fait que l'allemand et le flamand aient plusieurs variétés, il n'est pas possible de publier les textes officiels du Royaume seulement en français.

Dans la Constitution de 1831 on garantit un libre choix des langues, mais dans cette loi il n'existe pas de garantie qu'on puisse utiliser le français et le flamand dans tous les domaines de la vie publique. Donc, le français reste la langue dominante du pays et il se répand dans tous les domaines de la vie publique de ce pays. Mais les Flamands ne veulent pas jeter l'éponge et le mouvement flamand se forme. Et ce mouvement réclame une égalité des langues, donc le français et le flamand doivent avoir les mêmes droits et doivent être utilisés dans les mêmes domaines de la vie publique. Cependant, on doit dire qu'il dure plusieurs décennies jusqu'à ce que le néerlandais puisse être utilisé dans les mêmes domaines que le français. Un autre fait important à mentionner est que le français est la langue dominante même si la plupart de la population parle le flamand. En chiffres, ce sont 42 pour cent de la population qui parlent le français.

À partir de 1850, le néerlandais est utilisé dans l'enseignement moyen en Flandre. Avec une loi en 1873 le néerlandais occupe aussi le domaine de la justice en Flandre et en 1878 la même chose succède dans l'école avec la Loi Coremans et dans l'administration avec la loi Delaet. Mais la population flamande en Belgique a quand même un préjugé envers les Wallons.

Mais cela change avec la loi d'égalité de 1898, parce qu'à partir de ce moment le français et le flamand deviennent des langues égalitaires et de plus, le néerlandais devient une langue officielle de la Belgique, 68 ans après la création de cet État. Cependant, les Flamands sont quand même obligés d'utiliser le français dans l'administration, parce qu'un grand nombre, pour ne pas dire la majorité, des fonctionnaires, ne parle pas le néerlandais, dû au fait qu'il

n'est pas obligatoire de l'apprendre. Donc, même si des lois qui renforcent le statut du néerlandais existent, cela ne change rien en réalité.

En 1914, on introduit que l'enseignement élémentaire en Flandre doit être donné en flamand et pas en français.

Avant j'ai mentionné qu'un mouvement flamand s'est créé qui luttait pour l'égalité des langues dans la vie publique. Il existe un mouvement wallon qui exige que la Wallonie devienne un territoire unilingue français, mais pour la Flandre ils réclament un bilinguisme, donc ils souhaitent qu'on puisse utiliser soit le français soit le flamand en Flandre suivant le fait si le citoyen parle le français ou le flamand.

Le Royaume de Belgique a promis de rester neutre en ce qui concerne les affaires étrangères le jour de sa création. Mais cette neutralité est violée deux fois pendant l'histoire. La première fois, au début de la première guerre mondiale et la deuxième fois au début de la deuxième guerre mondiale et les deux fois ce sont les Allemands qui violent la neutralité de la Belgique.

Le 4 août 1914, les troupes de l'Empire allemand envahissent la Belgique. Durant la première guerre mondiale, les occupants allemands pratiquent une politique flamande, c'est-à-dire une politique qui soutient les revendications des Flamands. Mais quand au début de l'année 1918 le Raad van Vlaanderen déclare l'indépendance de la Flandre, les allemands ne la reconnaissent pas. Cependant, à partir du 21 octobre 1916, l'université de Gent devient une université flamande. Mais cette décision est retirée après la première guerre mondiale. Une autre décision en faveur des Flamands est que les Allemands décident que le flamand devienne la seule langue dans la vie publique en Flandre. La première guerre mondiale se termine le 11 novembre 1918 avec l'armistice de Compiègne. Suite à la fin de la première Guerre Mondiale, le Royaume de Belgique obtient les villes Eupen, Malmedy, Saint-Vith et Moresnet. Donc, une troisième langue est parlée en Belgique.

En 1921 on change de nouveau le mode de scrutin et au lieu d'un vote plural on introduit le suffrage universel masculin. Donc tous les hommes qui ont plus de 21 ans peuvent voter, avant c'était seulement une minorité qui pouvait aller aux suffrages et il y avait des personnes qui avaient trois votes et cela était injuste. À partir de ce nouveau mode de scrutin, les Flamands forment la majorité au parlement belge et cela leur permet de réussir au champ de la langue. Autrement dit, ils peuvent ainsi plus facilement voter des lois à leur faveur pour renforcer le statut du néerlandais.

Une des premières lois en ce temps qui améliore la situation pour les parleurs du flamand, c'est la loi du 31 juillet 1921, avec laquelle le français et le néerlandais deviennent des langues égalitaires. Tandis qu'en Wallonie on parle seulement le français, la situation en Flandre est un peu différente. Cela veut dire qu'en Flandre on parle le flamand, mais sous quelques conditions on peut aussi utiliser le français. La raison pour cette situation différente est le fait, qu'en Flandre vivent aussi beaucoup de francophones. Et Bruxelles est bilingue. De plus, on divise l'université de Gent en deux sections différentes, c'est-à-dire une section flamande et une section française. Et à partir de 1930 il existe seulement une section flamande.

Dans les années 30 du XX^{ème} siècle, le flamand devient la seule langue qui possède le droit d'être utilisée dans plusieurs domaines de la vie publique en Flandre. Ces domaines sont l'enseignement, la justice et l'administration.

En juin 1932, on publie la loi concernant l'application des langues en matière de l'enseignement. Cette loi prescrit qu'en Flandre et en Wallonie on peut seulement utiliser la langue de la région dans l'enseignement, mais il faut mentionner qu'il y a aussi des exceptions, qui sont Bruxelles qui est bilingue et toutes les communes dans lesquelles plus de trente pour cent de la population ne parlent pas la langue de la communauté. Et en juillet 1932, on publie une loi concernant l'application de la langue dans l'administration. En référence à cette loi il y a aussi les exceptions concernant Bruxelles et les communes dans lesquelles plus de trente pour cent de la population parlent l'autre langue. Donc, en 1932 on décrète le monolinguisme de la Flandre.

Comme déjà en 1914, la neutralité de la Belgique n'est pas respectée par les troupes allemandes en mai 1940. Le roi, Léopold III signe la capitulation de la Belgique, mais sans convenir ce pas avec le gouvernement. Pendant l'occupation en temps de la deuxième guerre mondiale, les Allemands pratiquent, comme déjà durant la première guerre mondiale, une politique flamande. Cela a comme conséquence que les Wallons commencent à mépriser les Flamands. L'occupation allemande se termine avec la libération des troupes des Alliées en 1944.

Après cette deuxième grande guerre, le roi reste en exil et on décide que son frère Carl devienne le régent de la Belgique. Les causes pour cela sont, qu'on reproche à Léopold III sa capitulation et sa rencontre secrète avec Hitler à Berchtesgarden dans laquelle il parle avec lui sur le futur de la Belgique après la guerre. De plus, on lui reproche qu'il s'est marié une

deuxième fois pendant les années de la guerre, sans demander la permission de la part du gouvernement. En mars 1950 un referendum a lieu dans lequel on demande à la population si elle veut que le roi retourne au trône ou non. La majorité dit oui, mais ce résultat ne reflète pas l'opinion de toute la population belge, cela veut dire que seulement la majorité des Flamands souhaitent le retour de Léopold III, mais les Wallons sont en majorité contre. Ce résultat est dû au fait que les Flamands forment la majorité de la population. Le roi retourne en Belgique et en Wallonie se lèvent des grèves. Par la suite, le roi abdique en faveur de son fils Baudouin, qui reste roi jusqu'en 1993. Cette question royale aggrave le fossé entre les Wallons et les Flamands.

En 1947 un recensement a lieu dans le cadre duquel on pose aussi des questions concernant l'application des langues. Ce recensement montre que de plus en plus de francophones vivent dans la périphérie de Bruxelles et ainsi la tache d'huile francophone se répand. Cette expression « tache d'huile » vient des Flamands, qui considèrent ce phénomène de l'expansion des francophones sur le territoire comme une menace du monolinguisme de la Flandre. À cause de ce recensement, les communes Crainhem, Drogenbos, Linkebeek et Wemmel qui se trouvent dans la périphérie de Bruxelles deviennent des communes à facilités pour les francophones, parce que ces communes sont majoritairement francophones. Et les trois communes Ganshoren, Evere et Berchem-Saine-Agathe font à partir de ce moment partie de la Région bilingue Bruxelles-Capitale.

L'année 1962 est marquée par l'installation définitive de la frontière linguistique entre les francophones et les néerlandophones. Cette frontière cause une nouvelle nécessité, autrement dit, comme il existe non seulement des minorités francophones dans quelques communes en Flandre, mais aussi des minorités flamandes dans le territoire francophone, il devient nécessaire de créer quelques communes à facilités, dans lesquelles les minorités de l'autre champ linguistique reçoivent des droits spéciaux concernant l'application des langues. Mais les conceptions en référence à ces communes à facilités sont différentes entre les Flamands et les Wallons. Pour les Wallons ces facilités ont un statut permanent, les Flamands les considèrent seulement comme des solutions transitoires pour faciliter aux francophones vivant sur le territoire flamand de s'assimiler et d'apprendre le néerlandais. Une autre conséquence de cette frontière linguistique est le fait que quelques communes doivent changer l'appartenance à des provinces. Par exemple, la province Flandre occidentale doit donner Mouscron et Comine-Warneton à la province Hainaut, donc ces communes deviennent francophones, mais avec des facilités pour les Flamands. Un cas plus grave pour les

francophones est celui des Fourons qui passent de Liège à Libourg, donc deviennent flamands, mais pour cette situation il y a aussi des facilités linguistiques pour les francophones.

En août 1962 on publie une loi concernant l'enseignement en Flandre et cette loi prescrit que tous les enfants doivent fréquenter une école néerlandophone sauf dans les communes à facilités pour les francophones.

Entre 1970 et 2001 cinq réformes d'État ont lieu dans le cadre desquelles on crée les régions et les communautés de la Belgique. Et ces communautés et régions reçoivent avec ces réformes d'État leurs compétences qu'elles détiennent aujourd'hui. De plus, l'État unitaire se transforme en un État fédéral. Mais on ne doit pas croire que les problèmes entre les Flamands et les Wallons s'arrêtent avec ces réformes d'État. On peut presque dire que la situation devient de plus en plus grave avec la crise de gouvernement de 2007.

En juin 2007 ont lieu en Belgique des élections législatives qui sont gagnées par la CD&V et son partenaire la N-VA. Le roi, Albert II, confie à Yves Leterme le travail de former un gouvernement et il promet de s'occuper d'une nouvelle réforme d'État dans laquelle il veut augmenter l'autonomie de la Flandre en ce qui concerne les finances. Mais les Wallons s'opposent à cette réforme d'État par peur de perdre l'argent que la Flandre doit leur payer. Un autre point de conflit est celui autour de la circonscription électorale de Bruxelles-Hal-Vilvoorde.

En novembre 2007 les partis flamands votent pour un projet de loi concernant la scission de la circonscription électorale et judiciaire de Bruxelles-Hal-Vilvoorde dans le parlement. Cela cause un éclat chez les francophones. La Belgique est toujours sans nouveau gouvernement. Le 25 février 2008 les partis politiques peuvent se concerter à une réforme d'État, qui ne règle pas les grands conflits comme la grande pomme de discorde BHV et les revendications pour plus d'autonomie de la Flandre. Le 20 mars 2008, la Belgique obtient son nouveau gouvernement. Mais déjà après quatre mois, Yves Leterme jette l'éponge, parce qu'il ne peut pas trouver de compromis pour une réforme d'État pour résoudre les grands problèmes de la Belgique. Cependant, le roi est contre la démission d'Yves Leterme et de son gouvernement. Mais en décembre 2008 Leterme est forcé de démissionner à cause de l'affaire de Fortisgate. « Fortisgate » veut dire qu'on accuse Leterme et ses ministres d'avoir fait pression sur la justice en ce qui concerne la vente de la banque Fortis.

Le 30 décembre 2008 Herman van Rompuy devient le nouveau premier ministre de la Belgique. Mais en novembre 2009 il est nommé président du Conseil européen et pour cette raison Yves Leterme devient de nouveau le premier ministre belge. Mais son gouvernement tombe le 22 avril 2010 dû au fait de ne pas pouvoir trouver d'accord sur les réformes nécessaires.

En juin 2010 ont lieu des élections législatives, qui sont gagnées en Flandre par la N-VA et en Wallonie par le PS. Il dure plus de 500 jours pour trouver un nouveau gouvernement et plusieurs personnes ne peuvent pas trouver d'accords concernant BHV et les nouvelles compétences des régions belges.

Les francophones ne veulent pas de scission de BHV, par peur de perdre leur statut spécial. BHV est une circonscription électorale et judiciaire qui comprend les 19 communes de Bruxelles et les 35 communes de Hal-Vilvoorde. Les francophones vivant en Hal-Vilvoorde ont le droit de voter pour des listes francophones de Bruxelles et ainsi ils ont un représentant dans les institutions de la Flandre. Et les Flamands veulent mettre fin à ces droits spéciaux pour les francophones qui vivent sur leur territoire en Flandre, à cause du principe de la territorialité, qui dit que les citoyens vivant sur un territoire doivent parler la langue correspondante à ce territoire.

En ce qui concerne les revendications des Flamands pour que la Flandre reçoive plus d'autonomie en matière financière, les Wallons s'opposent à cela, parce qu'ils craignent qu'ils perdent les transferts de la Flandre dont ils dépendent.

En septembre 2011 Elio di Rupo réussit une scission de BHV qui met fin aux droits spéciaux des francophones vivant en Hal-Vilvoorde en dehors des six communes à facilités en ce qui concerne le droit de vote. En matière judiciaire les francophones disposent même après la scission de BHV de leurs droits spéciaux et cela signifie que le procès a lieu en français pour eux. De plus les régions obtiennent des compétences dans les domaines de la santé, de l'emploi et des allocations familiales. En octobre 2011 les régions reçoivent de plus les compétences sur les domaines de la politique du marché de travail et de la politique sociale. L'État fédéral dispose seulement de compétences sur les domaines de la politique étrangère, de la sécurité sociale et du réseau ferroviaire national. Et en décembre 2011 un nouveau gouvernement se forme entre les partis suivants : PS, sp.a, CD&V, MR, Open VLD et CHD.

Pour résumer cela, on peut dire que dans les premières années de l'existence de la Belgique les Flamands ont dû lutter pour que le néerlandais devienne une langue reconnue dans ce petit pays. L'histoire nous montre aussi que le conflit entre les Wallons et les Flamands est né déjà dans la préhistoire de la Belgique dû au fait que les territoires de la Belgique de nos jours se trouvent dans de diverses mains qui ne parlent pas les mêmes langues.

Les conflits entre les deux grandes communautés en Belgique des dernières années, donc les deux crises de gouvernement de 2007 et de 2010/2011 s'expliquent par le fait que les deux peuples ont des intérêts distincts et ainsi ils ne peuvent pas se mettre d'accord facilement sur des réformes. À part le grand conflit autour de BHV il y a aussi un conflit en matière financière en Belgique. Aujourd'hui la Wallonie est la région pauvre en Belgique et la Flandre est la région riche. Donc, la Flandre doit toujours donner de l'argent à la Wallonie et cela ne convient pas aux Flamands qui à cause de cela souhaitent plus d'autonomie en matière financière. Mais les Wallons s'opposent à cela, pour ne pas perdre l'argent. Avec les réformes d'Elio di Rupo la Flandre dispose de plus d'autonomie, mais doit quand même donner de l'argent à la Wallonie. Mais il ne faut pas omettre de mentionner qu'au début de l'existence de la Belgique la situation en ce domaine a été différente. Cela veut dire que la Flandre était au début pauvre et marquée par l'agriculture tandis que la Wallonie, qui était riche à cause de son industrie, a dû donner de l'argent à la Flandre, donc dans leurs yeux c'est normal et juste qu'aujourd'hui la Flandre doive payer pour la Wallonie.

Dans l'avant-dernier chapitre de ce mémoire de maîtrise j'ai fait une analyse d'opinions des Belges. Je me concentre dans cette analyse sur quatre points importants, qui sont la crise de gouvernement, Elio di Rupo comme premier ministre, le nouveau gouvernement et la scission de BHV.

En ce qui concerne la crise de gouvernement j'observe que les Belges ont de divers avis en référence à la question de savoir qui est le responsable de cette longue crise. Les uns pensent que ce sont les Wallons, parce qu'ils ont toujours bloqué les propositions de réforme d'Yves Leterme et des autres en ce qui concerne la scission de BHV, par peur de perdre leurs droits. Mais d'autres pensent que ce sont les Flamands qui bloquent le pays en refusant de donner de l'argent à la Wallonie qui est plus pauvre que la Flandre, cependant les Flamands oublient que les Wallons les avaient aidés au début. De plus, un autre reproche contre les Flamands est qu'ils veulent abolir les facilités pour les francophones en territoire flamand à cause du principe de territorialité. Donc, les Flamands veulent qu'on parle seulement le flamand en

Flandre. Mais il y a une majorité francophone dans certaines communes flamandes qui ne veut pas apprendre le néerlandais.

De plus, je vois que les Belges ne veulent plus aller d'une crise à l'autre, et pour montrer cela ils ont organisé des manifestations pour démontrer aux politiciens que le peuple veut un nouveau gouvernement et cela rapidement. Donc, ils proposent de diverses choses, comme par exemple que les deux grands groupes linguistiques arrêtent de revendiquer seulement quelque chose sans trouver de compromis entre les revendications de ces deux groupes. Une autre proposition est qu'Yves Leterme reste en fonction avec son gouvernement, parce que ce gouvernement trouve encore des majorités et donc le pays fonctionne.

Une autre opinion en référence avec ces crises éternelles sont qu'en cas de nouvelles élections il est sûr que les partis séparatistes gagnent de nouveau et ainsi il est possible que le pays disparaisse dans quelques temps. On voit aussi dans de divers sondages que surtout les Flamands voteraient majoritairement pour des partis séparatistes dans les prochaines élections anticipées.

En ce qui concerne Elio di Rupo comme premier ministre, il faut dire que la plupart des opinions va dans une direction de rejet à cause de divers reproches. Les Belges reprochent à Elio di Rupo de mal parler le néerlandais, bien qu'il ait comme premier ministre de Belgique l'obligation de parler au moins les langues des deux grandes communautés, donc il est absolument nécessaire qu'il parle le français et le flamand. Dans les forums les Belges disent, qu'il peut apprendre cette langue. En effet, les élèves francophones ont la possibilité d'apprendre le flamand à l'école comme langue étrangère, autrement dit, le flamand est enseigné dans les écoles francophones comme une langue étrangère. C'est ici que se montre une grande différence entre les francophones et les Flamands. Pour les Flamands il est un fait normal d'apprendre le français comme première langue étrangère à l'école et ils le font volontairement et avec le maximum d'heures possibles. Mais les francophones ne font pas beaucoup d'efforts pour apprendre le flamand, parce que selon eux il est toujours possible de parler le français dans n'importe quel endroit. Donc, ici on peut voir que les francophones méprisent leurs compatriotes flamands. Cependant, cela n'est pas nouveau, parce que cela se montre déjà dans l'histoire de ce petit pays. Il ne faut pas oublier de mentionner qu'Elio di Rupo est le premier francophone comme premier ministre depuis l'année 1979. Et les ministres flamands ont toujours pu parler le français couramment.

De plus, les francophones reprochent à Elio di Rupo de les trahir, parce qu'il a proposé la scission de BHV et plusieurs milliers de francophones ont perdu à cause de cela leur droit de vote pour des listes francophones de Bruxelles. Mais il a dû faire un compromis en ce cas, pour sauver la Belgique, parce que sans réforme d'État il n'était pas possible pour la Belgique de former un gouvernement élu ce qui a été nécessaire. Maintenant les francophones ont peur que di Rupo fasse d'autres compromis qui ne soient pas en faveur des francophones et qui les trahissent.

Le gouvernement d'Elio di Rupo est aussi critiqué par les Belges. Un point de critique est le fait que ce gouvernement est formé presque par les mêmes ministres que le gouvernement précédent. Et pour cela il se pose la question de savoir ce qui peut changer si les mêmes personnes ont les fils dans leurs mains. Cependant, les ministres n'ont pas les mêmes ressorts que sous le gouvernement d'Yves Leterme, donc il existe un peu d'espoir selon moi, pour que ce gouvernement ne tombe pas très vite. Mais, il faut mentionner que les grands thèmes qui ont posé des problèmes dans le gouvernement d'Yves Leterme sont déjà solutionnés. Ces points sont la scission de BHV et les revendications des Flamands pour plus d'autonomie en matière de finances pour la Flandre.

Les Belges critiquent aussi le fait que ce gouvernement ne respecte pas entièrement la volonté du peuple, cela veut dire que le grand gagnant de cette élection, la N-VA, se trouve dans l'opposition, bien qu'il y ait 27 sièges au parlement. La raison pour cela est que Bart de Wever, le leader de la N-VA, a bloqué toutes les propositions de réforme pour atteindre le but de nouvelles élections anticipées, parce que, selon lui, il gagnerait encore ces élections et ainsi il serait plus proche à son autre but, l'indépendance de la Flandre.

De plus, on critique que les partis libéraux, ce sont le MR (francophone) et l'Open VLD (flamand), aient le même nombre de ministres que les partis socialistes, bien que ces deux partis libéraux aient perdu des sièges dans le parlement lors des élections. Donc, les perdants des élections ont beaucoup de pouvoir dans ce gouvernement.

En outre, il existe l'opinion que la composition de ce gouvernement ne corresponde pas à la composition de la population en Belgique. Autrement dit, le gouvernement di Rupo représente 80 pour cent des votes des francophones et seulement 45 pour cent des votes des Flamands. Mais en Belgique 60 pour cent de la population sont des Flamands et seulement 40 pour cent sont des francophones. Ce déséquilibre dans la représentation de la population dans le gouvernement belge s'explique par le fait, que la N-VA, un parti flamand, qui a gagné les

élections en Flandre, ne fait pas partie de ce gouvernement. Et les trois partis francophones qui ont reçu la majorité des votes en Wallonie se trouvent dans le gouvernement d'où il y a ce déséquilibre.

Dans ce point on critique aussi le système électoral en Belgique qui est un peu compliqué. Il y a de diverses listes, donc des listes flamandes et des listes francophones et les Wallons ne peuvent voter que pour des listes francophones et les Flamands peuvent seulement voter pour des listes flamandes. Autrement dit, en Belgique ils n'existent pas de partis fédéraux, mais chaque parti s'est scindé en une partie flamande et une partie française qui n'ont rien en commun. Donc, un gouvernement fédéral se compose de partis de la Flandre et de partis de la Wallonie et les Flamands ne peuvent pas voter pour les partis de la Wallonie et vice versa. Et pour cette raison le système est injuste et il peut en résulter un tel déséquilibre dans le gouvernement en référence avec la composition de la population belge.

Le dernier point dans mon analyse d'opinion de la population belge sont les avis autour de la scission de la circonscription électoral de BHV. Pour les francophones ce « compromis » autour de BHV est une trahison, parce que tous les francophones vivant dans les 29 communes de Hal-Vilvoorde, qui ne sont pas des communes à facilités pour les francophones, perdent leur droit de voter pour les listes francophones de Bruxelles et donc ils n'ont plus de représentant dans les institutions de la Flandre. Mais en matière judiciaire cette scission de BHV ne change rien, cela veut dire que les francophones peuvent encore utiliser le français devant la justice.

Un autre problème autour de BHV est le fait que trois bourgmestres francophones dans Hal-Vilvoorde, qui ont été élus de manière correcte, n'ont pas été reconnus par les institutions flamandes, parce qu'ils avaient envoyé des fiches de vote aussi en français avant les élections et cela est contre la loi. Mais maintenant on peut porter plainte contre cette décision devant le Conseil d'État. Cependant, quelques Belges pensent que cela n'est pas une solution, parce que la décision de ce Conseil d'État dépend du président et la présidence alterne, autrement dit, une fois le président est un francophone et la prochaine fois c'est un Flamand.

Une chose vraiment étonnante pour moi est qu'Elio di Rupo ait réussi de mettre fin avec la pomme de discorde de BHV bien qu'il propose que milliers des francophones perdent leurs droits de vote. De plus, il m'étonne que cette proposition vienne d'un francophone. Mais je pense qu'il a compris qu'il faut trouver une solution pour sauver ce pays de sa disparition.

Dans l'ensemble on peut dire que ce nouveau gouvernement avec son premier ministre francophone et socialiste et avec ses décisions est très controversé dans l'opinion des Belges, surtout en ce qui concerne le fait qu'il fasse des compromis qui causent des maux chez les francophones.

Cette crise de 2010/2011 nous montre parfaitement qu'un pays peut aussi fonctionner sans gouvernement élu. Mais ce n'est pas une solution pour toujours, parce que les politiciens doivent se mettre d'accord sur de divers points et ne doivent pas seulement se disputer. Et ce n'est pas possible qu'un gouvernement tombé règne dans un pays bien que les électeurs aient voté autrement dans les élections anticipées et qu'ainsi d'autres partis aient gagné les élections.

Mais la Belgique a battu un record mondial en ce qui concerne la durée pour trouver un nouveau gouvernement. Avec 541 de jours sans gouvernement élu, ce sont plus de jours qu'en Irak.

De tout ce qui précède résulte que tous les conflits entre les Flamands et les Wallons sont dus à l'histoire. Cela veut dire que le fait que les Flamands méprisent les Wallons peut s'expliquer par le fait que les Wallons ont tout fait pour éliminer la langue flamande au début de l'existence de la Belgique, il s'agit donc d'une volonté de l'extinction de l'héritage germanique. Cela se montre dans la lettre de Charles Rogier de 1932 dans laquelle il exprime le souhait de l'élimination de la langue flamande pour que la Belgique puisse se rattacher à la France. Donc la revendication du rattachement de la Belgique, ou seulement de la Wallonie, à la France, n'est pas une nouvelle revendication.

Cette attitude hostile envers les Flamands de la part des francophones a pour conséquence que les Flamands autrefois et aujourd'hui souhaitent le maximum de l'autonomie pour la Flandre. De plus, il est aussi compréhensible que les Flamands aujourd'hui ont pour objectif d'éliminer le français en Flandre. Cela vise à la déconstruction des communes à facilités linguistiques pour les francophones vivant en Flandre. Les Flamands justifient cela avec le droit de sol, donc le fait qu'il existe un monolinguisme en Flandre et à cause de cela les parlants du néerlandais réclament aux francophones qui vivent ou veulent s'installer en Flandre, même dans les communes à facilités, de s'assimiler, en d'autres termes d'apprendre le néerlandais.

Il est aussi compréhensible que les francophones refusent de renoncer à leurs droits, mais il est nécessaire qu'ils respectent aussi les droits et les lois des Flamands et de la Flandre. À cause de cela, la scission de la circonscription électorale BHV, est selon mon opinion, un pas juste pour garantir les droits des Flamands. Car le fait de pouvoir voter pour des listes francophones de Bruxelles, même si on vit dans une commune flamande, est injuste envers les Flamands vivant en Wallonie.

Les crises de gouvernement des dernières quatre années en Belgique nous montrent très bien qu'il y a seulement peu de choses que les Flamands et les Wallons ont ensemble. De plus, les diverses revendications de ces deux peuples et le refus de s'accorder à des compromis valables et possibles sont les raisons pour la courte durée des gouvernements belges. Donc, les deux peuples doivent se mettre d'accord sur les diverses revendications en trouvant des compromis. Si les Belges ne trouvent pas de possibilité pour éviter une nouvelle crise de gouvernement et ainsi une nouvelle crise d'État pendant cette période législative, il serait possible qu'un État fondateur de l'Union Européenne disparaisse un jour de la carte géographique de l'Europe.

Dans ce cas, il y aurait plusieurs scénarios. Un scénario serait la construction des États indépendants, soit trois États (la Flandre, la Wallonie et la ville-État Bruxelles) soit deux États (la Flandre, la Wallonie) dont un qui comprendrait la ville de Bruxelles. Ou bien la Wallonie demanderait le rattachement à la France, sans ou avec Bruxelles. Aujourd'hui je ne peux pas prédire ce qui se passerait au cas où la Belgique disparaîtrait, mais une chose est certaine, c'est que non seulement les Wallons, mais aussi les Flamands ne veulent pas renoncer à Bruxelles, une ville connue à l'échelle mondiale et très importante de l'Union Européenne dû au fait qu'elle accueille deux importantes institutions de l'Union Européenne, la Commission Européenne et le Parlement Européen. Donc, les querelles autour de cette ville seraient très intenses. De plus, Bruxelles n'est pas seulement la capitale de la Belgique, mais aussi la capitale de la Flandre. Même si la plupart de la population de Bruxelles est francophone. Mais au XIX^{ème} siècle les francophones ont été une minorité à Bruxelles.

J'espère que la Belgique ne disparaît pas un jour et je souhaite que le gouvernement d'Elio di Rupo ne tombe pas. Mais comme quelques-uns de ces grands problèmes de ce petit Royaume sont déjà résolus aujourd'hui à cause des réformes d'Elio di Rupo, que ce soit la querelle autour de la scission de BHV ou les compétences des régions, il est possible que ce petit pays ne disparaisse pas dans la prochaine décennie.

10. Bibliografie

10.1. Bücher

ANDRIANNE, René: *Das Französische und der Dialekt in Belgien: Spannungen und Interpendenzen*, Mainz, IN: Dahmen, Wolfgang [Hg.]: *germanisch und romanisch in Belgien und Luxemburg*, Gunter Narr Verlag, Tübingen, 1992

BENEDIKT, Heinrich: *Als Belgien österreichisch war*, Verlag Herold, Wien, München, 1965

BITSCH, Marie-Thérèse : *Histoire de la Belgique – De l'Antiquité à nos jours*, Éditions complexe, Bruxelles, 2004 [ISBN : 2-8048-0023-7]

BITSCH, Marie-Thérèse: *La Belgique entre la France et l'Allemagne*, Publications de la Sorbonne, Paris, 1994

BLAMPAIN, Daniel: *Le français en Belgique, : une langue, une communauté*, Duclot, 1997

DE LA GUERIVIERE, Jean: *Belgique, La Revanche des langues*, Seuil, Paris, 1994 [ISBN: 2-02-019903-3]

DELWIT, Paul : *La vie politique en Belgique de 1830 à nos jours*, Éditions de l'Université de Bruxelles, Bruxelles, 2010 (deuxième édition revue et augmentée) [ISBN : 2-8004-1479-9]

DEMELENNE, Claude : *Pour ou contre La Belgique française*, le cherche midi, Paris, 2009 [ISBN : 2-7491-1403]

DHONDT, Jan : *Histoire de la Belgique – Que sais-je ?*, Pr. Université, Paris, 1963

DUMONT, Georges-Henri : *Chronologie de la Belgique – de 1930 à nos jours*, Le Cri, Belgique, 2005 [ISBN : 2-87106-363-X]

DUMONT, Georges-Henri : *Que sais-je ? – La Belgique*, puf, Paris, 1991 (quatrième édition) [ISBN :2-13-057060-8]

DUMOULIN, Michel ; Dujardin, Vincent ; Gerard, Emmanuel et Van den Wijngaert, Mark : *Nouvelle Histoire de la Belgique Volume 2 : 1905-1950*, éditions Complexe, Bruxelles, 2006 [ISBN : 2-8048-0078-4]

DUTILLEUL, Philippe : *Un Asile de flou nommé Belgique – Portrait à l'aigre doux d'un pays en décomposition*, Buchet – Chastel, France, 2009 [ISBN : 2-283-02350-1]

ERBE, Michal: *Belgien; Niederlande, Luxemburg – Geschichte des niederländischen Raumes*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart Berlin Köln, 1993

ERFURT, Jürgen: *Sprachpolitik in Belgien, Leipzig*, IN: Dahmen, Wolfgang [Hg.]: *germanisch und romanisch in Belgien und Luxemburg*, Gunter Narr Verlag, Tübingen, 1992

FRALON, José-Alain : *La Belgique est morte, vive la Belgique*, fayard, France, 2009 [ISBN : 2-213-64309-0]

HECKING, Claus: *Das politische System Belgiens*, Leske + Budrich, Opladen, 2003

JAVEAU, Claude : *La France doit-elle annexer la Wallonie ?*, Larousse, France, 2009 [ISBN : 2-03-584524-5]

KOLL, Johannes (Hg.): *Belgien: Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft*, Aschendorff Verlag, Münster, 2007 [ISBN: 3-402-00408-1]

KOLL, Johannes : *Nationale Bewegungen in Belgien – ein historischer Überblick*, Waxmann, Münster, 2005

KRÄMER, Philipp : *der innere Konflikt in Belgien : Sprache und Politik – Geschichte und Gegenwart der mehrsprachigen Gesellschaft*, Verlag Dr. Müller, Deutschland, 2010 [ISBN: 3-639-28610-6]

KRAMER, Johannes: *Zweisprachigkeit in den Benelux-Ländern*, Helmut Buske Verlag, Hamburg, 1984

LEMAIRE, Jacques: *Le français et les belges*, Éditions de l'Université de Bruxelles, Bruxelles, 1989

ROEGIERS, Patrick : *La Belgique – Le roman d'un pays*, Découvertes Gallimard, France, 2005 [ISBN : 2-07-031540-1]

SCHMITZ-REINERS, Marion: *Belgien für Deutsche – Einblicke in ein unauffälliges Land*, Ch. Links, Berlin, 2007

VON BUSEKIST, Astrid: *La Belgique: Politique des langues et construction de l'État*, Duculot, Paris, Bruxelles, 1998 [ISBN : 2-8011-1179-1]

WITTE, Els ; Gubin, Éliane ; Nandrin, Jean-Pierre et Deneckere, Gita : *Nouvelle Histoire de la Belgique Volume 1 : 1830-1905*, Éditions Complexe, Bruxelles, 2005 [ISBN : 2-8048-0066-0]

WOLF, Heinz Jürgen: *Das Französische in Belgien*, Bonn, IN: Dahmen, Wolfgang [Hg.]: germanisch und romanisch in Belgien und Luxemburg, Gunter Narr Verlag, Tübingen, 1992

10.2. Internetquellen

http://www.senat.be/www/?MIval=/index_senate&MENUID=14150&LANG=fr [Zugriff: 13. September 2011]

http://www.senate.be/deutsch/const_de.html [Zugriff: 8. September 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/EtatsNsouverains/bruxelles-capitale.htm> [Zugriff: September 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat.htm> [Zugriff: September 2011]

http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_histoire.htm [Zugriff: 31. Dezember 2011]

http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiqueetat_pol-Ing.htm [Zugriff: September 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 12. September 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefrn.htm> [Zugriff: September 2011]

http://bruxelleshilvorde.be/spip.php?rubrique5&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://bruxelleshilvorde.be/spip.php?rubrique5&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

http://bruxelleshilvorde.be/spip.php?rubrique5&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://bruxelleshilvorde.be/spip.php?rubrique2&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

http://bruxelleshilvorde.be/spip.php?rubrique3&var_mode=recalcul [Zugriff: 22. Dezember 2011]

http://bruxelleshilvilvorde.be/spip.php?rubrique4&var_mode=recalcul [Zugriff : 22. Dezember 2011]

<http://bruxelleshilvilvorde.be/spip.php?article12> [Zugriff: 22. Dezember 2011]

<http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/belgiquefla.htm> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/bildung_des_foederalen_staats/erste_und_zweite_staatsreform/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/bildung_des_foederalen_staats/dritte_und_vierte_staatsreform/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

http://www.belgium.be/de/ueber_belgien/land/geschichte/belgien_ab_1830/bildung_des_foederalen_staats/fuenfte_staatsreform/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-365/192_read-767/ [Zugriff : 1. Januar 2012]

10.3. Zeitungsartikel

<http://www.20minutes.fr/monde/399925-Monde-Les-dates-cles-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2880892,00.html> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/192983-Monde-Les-francophones-de-Bruxelles-privés-de-candidats-aux-legislatives.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/195112-Monde-Manifestation-a-Bruxelles-pour-l-unite-de-la-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/192696-Monde-150-jours-sans-gouvernement.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/370535/Belgien_Regierungskrise-beendet-Einigung-auf-Koalition [Zugriff : 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/399925-Monde-Les-dates-cles-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/242062-Monde-Les-raisons-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/belgique-yves-leterme-jette-l-eponge_530220.html [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/283872-Monde-Royaume-en-crise-cherche-Premier-ministre-Poste-a-duree-determinee.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/belgique-yves-leterme-jette-l-eponge_530220.html [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/399925-Monde-Les-dates-cles-de-la-crise-politique-en-Belgique.php> [Zugriff: 19. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/284892-Monde-Belgique-Un-nouveau-gouvernement-mais-pour-combien-de-temps.php> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/chronologie-de-la-belgique-1789-2010_765388.html?p=2 [Zugriff: 20. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/399589-Monde-Le-gouvernement-belge-demissionne-le-roi-Albert-II-se-laisse-du-temps-avant-de-l-accepter.php> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

<http://www.welt.de/politik/ausland/article7287470/Regierung-ist-am-Sprachenstreit-zerbrochen.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

<http://www.welt.de/die-welt/politik/article7297705/Belgien-zerbricht-am-Sprachenstreit.html> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/400327-Monde-Le-roi-de-Belgique-accepte-la-demission-du-gouvernement-d-Yves-Leterme.php> [Zugriff: 20. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/402927-Monde-Belgique-dissolution-de-la-Chambre-des-deputes-et-elections-anticipees.php> [Zugriff: 20. Dezember 2010]

http://www.lexpress.fr/actualite/monde/europe/chronologie-de-la-belgique-1789-2010_765388.html?p=2 [Zugriff: 20. Dezember 2011]

<http://www.ftd.de/politik/europa/:triumph-der-n-va-separatisten-siegen-in-belgien/50126999.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,715628,00.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/monde/609873-monde-belgique-compromis-nouveau-rejete> [Zugriff : 20. Dezember 2010]

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/30993_Belgien-findet-keinen-Weg-aus-der-Staatskrise.html [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,773090,00.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,773336,00.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,784762,00.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.tagesschau.de/ausland/belgien258.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,748504,00.html> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://brf.be/nachrichten/national/187341/> [Zugriff : 20. Dezember 2011]

http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article12685258/Neuer-Vermittler-in-belgischer-Staatskrise.html [Zugriff : 20. Dezember 2011]

http://www.deredactie.be/cm/vrtnieuws.deutsch/Politische%2BKrise/110517_Di%2BRupo%2BR Regierungsbildner [Zugriff : 20. Dezember 2011]

<http://www.ftd.de/politik/europa/:rekord-uebergangsregierung-belgien-kommt-premier-leterme-abhanden/60104334.html> [Zugriff : 21. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,773921,00.html> [Zugriff : 21. Dezember 2011]

<http://www.ftd.de/politik/europa/:sprachenstreit-belgien-kommt-regierungsbildung-naeher/60104405.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kommentar/1555578/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1315819390520> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/belgien-soll-jetzt-doch-bald-eine-regierung-bekommen--49572188.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.zeit.de/news/2011-09/regierung-durchbruch-bei-regierungsbildung-in-belgien-15150009> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.ftd.de/politik/europa/:leterme-flucht-zur-oecd-streithahn-daemmerung-in-belgien/60104745.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.marianne2.fr/BHV-le-Bazar-qui-empoisonne-la-Belgique_a210327.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,791274,00.html> [Zugriff : 21. Dezember 2011]

<http://www.20minutes.fr/ledirect/798260/belgique-albert-ii-en-marre-crise-politique>

<http://www.oe24.at/welt/16-Monate-nach-der-Wahl-Belgien-bekommt-eine-neue-Regierung/43545929> [Zugriff : 21. Dezember 2011]

http://www.lemonde.fr/europe/article/2011/09/26/en-belgique-le-processus-de-negociations-semble-reenclenche_1577810_3214.html [Zugriff : 21. Dezember 2011]

<http://www.derwesten.de/politik/belgische-parteien-einigen-sich-auf-staatsreform-id5141152.html> [Zugriff : 21. Dezember 2011]

<http://derstandard.at/1317019939219/485-Tage-ohne-Fuehrung-Belgische-Regierung-in-Reichweite> [Zugriff : 21. Dezember 2011]

http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/699558/Belgien_Staatsreform-beendet-Regierungskrise [Zugriff : 21. Dezember 2011]

<http://www.liberation.fr/depeches/01012372799-belgique-blocage-des-negociations-pour-former-un-gouvernement> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,799095,00.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Das-belgische-Tollhaus-article4829771.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.aachener-zeitung.de/artikel/1877887> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.journal.lu/2011/11/23/land-am-abgrund/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.marianne2.fr/Sans-gouvernement-ni-budget-la-Belgique-cherche-un-plan-B_a212792.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.lexpress.fr/actualite/economie/l-agence-de-notation-standard-and-poor-s-sanctionne-la-belgique_1055291.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.lexpress.fr/actualite/economie/belgique-un-gouvernement-avant-noel_1055377.html [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/11/26/International/Ende-der-belgischen-Rekord-Krise-in-Sicht> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.ftd.de/politik/europa/:haushalt-verabschiedet-belgien-kurz-vor-ende-der-regierungskrise/60134515.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,800981,00.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.faz.net/aktuell/politik/belgien-einigung-ueber-neue-regierung-11547203.html>

[Zugriff: 21. Dezember 2011]

[http://www.rp-online.de/politik/ausland/koenigstreuer-sozialistenfuehrer-mit-fliege-](http://www.rp-online.de/politik/ausland/koenigstreuer-sozialistenfuehrer-mit-fliege-1.2623961)

1.2623961 [Zugriff: 21. Dezember 2011]

[http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Der-linguistisch-asexuelle-](http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Der-linguistisch-asexuelle-Premier/story/23862235)

Premier/story/23862235 [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.lesoir.be/actualite/belgique/elections_2010/2011-11-30/accord-de-principe-sur-le-nouveau-gouvernement-federal-880644.php [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.taz.de/!83152/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://www.belgieninfo.net/artikel/view/article/die-regierung-steht/> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

http://www.lesoir.be/actualite/belgique/elections_2010/2011-12-10/di-rupo-ier-obtient-la-confiance-882936.php [Zugriff: 21. Dezember 2011]

<http://de.nachrichten.yahoo.com/belgische-regierung-gewinnt-vertrauensabstimmung-152553529.html> [Zugriff: 21. Dezember 2011]

10.4. Internetforen

[http://blog.lesoir.be/jour-apres-jour/2011/09/14/voici-les-grandes-lignes-de-](http://blog.lesoir.be/jour-apres-jour/2011/09/14/voici-les-grandes-lignes-de-l%E2%80%99accord-bhv-bruxelles/)

l%E2%80%99accord-bhv-bruxelles/ [Zugriff: 22. Dezember 2011]

http://blog.lesoir.be/jour-apres-jour/files/2010/04/soir_nalu_20100416_018_018.pdf [Zugriff: 22. Dezember 2011]

<http://forums.lesoir.be/index.php?s=47a7645c6f3755b43becd4d27f8439a5&showtopic=65269&st=20> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

<http://forums.lesoir.be/index.php?s=47a7645c6f3755b43becd4d27f8439a5&showtopic=65269&st=40> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

<http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=65269&st=0> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

<http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=65269&st=80> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

<http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646> [29.12.2011]

<http://forums.lesoir.be/index.php?showtopic=76646&st=20> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=0&article_id=881551 [Zugriff: 28. Dezember 2011]

<http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=1&topic=76663> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

<http://www.lesoir.be/forum/reactions/index.php?posts=3&topic=76663> [Zugriff: 28. Dezember 2011]

<http://www.levif.be/info/actualite/belgique/accord-bhv-un-compromis-honorable-et-equilibre-selon-le-cd-v/article-1195104244870.htm#reviews> [Zugriff: 30. Dezember 2011]

<http://www.levif.be/info/actualite/belgique/le-contenu-de-l-accord-sur-bhv/article-1195104187108.htm> [Zugriff: 22. Dezember 2011]

http://m.deredactie.be/cm/vrtnieuws.deutsch/Politische%2BKrise/110915_BHV%2Bgespalten [Zugriff : 22. Dezember 2011]

12. Lebenslauf

PERSÖNLICHE ANGABEN

Nachname: DRAB

Vorname: RHEA-DESIRÉE

Wohnort: Hartlebengasse, 1220 Wien

Geburtsdatum: 31. Oktober 1985

Geburtsort: Wien, Österreich

Staatsbürgerschaft: Österreich

Familienstand: ledig

AUSBILDUNG

1992-1996: Volksschule in der Langobardenstraße 1220 Wien

1996-2004: GRg 17 Parhamergymnasium (im Wirtschaftskundlichen Realgymnasium)

8. Juni 2004: Matura mit gutem Erfolg in den Fächern Französisch (schriftlich und mündlich), Deutsch und Mathematik (beide schriftlich), Biologie, Psychologie/Philosophie und Religion (jeweils mündlich)

Seit Oktober 2004: Diplomstudium Französisch mit Spanisch und Italienisch als Wahlfach

Seit Oktober 2006: Bakkalaureatsstudium Übersetzen und Dolmetschen mit den Sprachen Deutsch (Muttersprache), Französisch und Spanisch (als Fremdsprachen)

März 2006: Abschluss 1. Abschnitt Romanistik Französisch Diplom

Seit März 2008: Diplomstudium Spanisch

Ende Juni 2011: Umstieg von Bakkalaureat Übersetzen und Dolmetschen auf Bachelorstudium Transkulturelle Kommunikation mit den Sprachen Deutsch, Französisch und Spanisch

1. Juli 2011: Abschluss 1. Abschnitt Romanistik Spanisch Diplom (mit Auszeichnung)

SPRACHKENNTNISSE

Deutsch: Muttersprache

Englisch: Schulkenntnisse

Französisch: fließend schriftlich und mündlich

Spanisch: fließend schriftlich und mündlich

Italienisch: Grundkenntnisse im schriftlichen und mündlichen Bereich, gute passive Kenntnisse

Erklärung

Hiermit erkläre ich, Rhea-Desirée DRAB, dass ich die vorliegende Diplomarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe. Ich versichere hiermit auch, dass ich außer den in der Bibliografie aufgeführten Hilfsmitteln keine weiteren verwendet habe.

Zudem bestätige ich hiermit, dass ich diese hier vorliegende Arbeit zum ersten Mal vorlege und sie zuvor noch nie an einer inländischen Universität oder Universität im Ausland vorgelegt habe.

Wien, am 29. Januar 2012

Rhea-Desirée DRAB